

Markt Eggolsheim

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 25.09.2018
Beginn:	18:00 Uhr
Ende	21:10 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Schwarzmann, Claus

Mitglieder des Marktgemeinderates

Amon, Helmut

Arneth, Josef

Dittmann, Hans-Jürgen Dr.

Dittmann, Monika

Dormann, Christian

Eismann, Peter

Fischer, Rudolf

Geisler, Ralf

Göller, Thea

Heckmann, Irmgard

Honeck, Günter

Huberth, Matthias

Koy, Arnulf

Nagengast, Wolfgang

Pfister, Stefan

Pfister, Ute

Rziha, Uwe

Stang, Reinhard Dr.

Weis, Erich

Ortssprecher

Zehner, Zacharias

Schriftführer

Loch, Stefan

Presse

Hubele, Sylvia

Och, Marquardt

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Eismann, Georg	entschuldigt
----------------	--------------

Ortssprecher

Fronhöfer, Agnes	entschuldigt
------------------	--------------

Heinlein, Carina	entschuldigt
------------------	--------------

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 24.07.2018 (ö.T.)
2. Vorstellung des neuen Schulleiters der Grund- und Mittelschule Eggolsheim, Alexander Pfister
3. Neubau Tank- und Rastanlage „Regnitztal“ an der BAB A 73 Suhl-Nürnberg; Vorstellung des aktuellen Planungsstandes durch die Autobahndirektion Nordbayern
4. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich "Eggolsheim, Schottwiesen-Ost"; Behandlung der im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung eingeg. Stellungnahmen, Abwägungs- und Auslegungsbeschlüsse
5. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes für den Bereich "Solarpark Eggolsheim"; Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen; Abwägungs- und Auslegungsbeschlüsse
6. Friedhof Eggolsheim - Schaffung von Urnenbestattungsmöglichkeiten
7. Vergabe von Aufträgen
 - 7.1 Auftragsvergabe zum Breitbandausbau Markt Eggolsheim (2. Verfahren)
 - 7.2 Ersatzbeschaffung eines Pritschenwagens für den Bauhof
 - 7.3 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Auftragserweiterung Drehtürantrieb im Gewerk Fenster und Außentüren
 - 7.4 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Auftragserweiterung Zusatzarbeiten im Gewerk Fenster und Außentüren
 - 7.5 Dorferneuerung Bammersdorf, Pavillon
 - 7.6 Bauleistungen zum Lückenschluss des Radweges und Neubau eines Linksabbiegestreifens mit Querungshilfe an der Einmündung GVS / KrFo1
 - 7.7 Radweg Bahnhofstraße Eggolsheim - Mehrkosten im Zuge der Bauausführung
8. Förderinitiative zur Belebung von Ortskernen "Innen statt Außen" durch die Regierung von Oberfranken
Selbstbindungsbeschluss zur Innenentwicklung
9. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Weilersbach;
Aufstellung des Bebauungsplans "Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplans St. Anna Leite" und integriertem Grünordnungsplan

10. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Forchheim, Aufstellung des Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Solarpark Forchheim Nord"
11. Behandlung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts-, und Forstausschusses vom 18.09.2018 (ö.T.)
 - 11.1 Bauantrag: Dr. Andreas Schneider, Bammersdorf
Bauvorhaben: Neubau einer Industriehalle mit Bürogebäude und drei Fertiggaragen
Bauort: Fl.Nrn. 1904 und 1905, Gemarkung Eggolsheim (Bahnhofstraße 58)
 - 11.2 Bauantrag: Dr. Andreas Schneider, Bammersdorf
Bauvorhaben: Antrag auf Teilbaugenehmigung für den Neubau einer Industriehalle mit Bürogebäude und drei Fertiggaragen
Bauort: Fl.Nrn. 1904 und 1905, Gemarkung Eggolsheim (Bahnhofstraße 58)
 - 11.3 Antrag auf Vorbescheid: Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Neckarsulm
Bauvorhaben: Abriss und Neubau eines LIDL-Marktes mit Fachmarkt
Bauort: Fl.Nrn. 126/6, 126/7, 130 und 130/1, Gemarkung Neuses a.d. Regnitz (Weinhütten 1)
 - 11.4 Verlängerung der Baugenehmigung der Drügendorfer Schotterwerke GmbH & Co., Drügendorf
Bauvorhaben: Anlage und Betrieb einer Lagerfläche
Bauort: Fl.Nr. 2437, Gemarkung Eggolsheim
 - 11.5 Neugestaltung des Spielplatzes Bammersdorf im Rahmen der ELER-Infrastrukturmaßnahme am Gemeinschaftshaus
12. Kommunale Verkehrsüberwachung - Statistische Auswertungen
13. Nutzungsvereinbarung für den Dorftreff Eggolsheim mit dem Faulenzer Eggolsheim e.V.
14. Wünsche und Anfragen
 - 14.1 Fortführung Projekt Regnitz-Radweg 2019-2021

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet um Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

ÖFFENTLICHER TEIL

Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes

Beschluss:

Folgender Punkt wird zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen:

14.1 Fortführung Projekt Regnitz-Radweg 2019-2021

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 24.07.2018 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates wurde allen Mitgliedern des Marktgemeinderates über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt bzw. zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2. Vorstellung des neuen Schulleiters der Grund- und Mittelschule Eggolsheim, Alexander Pfister

Der neue Schulleiter der Grund- und Mittelschule Eggolsheim stellt sich dem Marktgemeinderat persönlich vor. Er gibt zudem einen Überblick über die Projekte des Schuljahres.

Vorabinformation von der Homepage der GMS:

Liebe Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler,

seit 1. August habe ich die Schulleitung an ihrer Grund-, und Mittelschule übernommen. Ich möchte mich daher kurz vorstellen.

Zu meiner Person: Mein Name ist Alexander Pfister, ich bin 41 Jahre alt und komme aus dem Landkreis Bamberg, habe zwei Söhne Paul und Pius mit 11 und 8 Jahren und lebe mit meiner Frau Julia in Strullendorf.

Zuletzt war ich als Rektor an der Grund- und Mittelschule Priesendorf-Lisberg-Walsdorf tätig. Dort habe ich viele Erfahrungen sammeln können und sehr unterschiedliche Herangehensweisen an die kleinen und großen Herausforderungen des Schulalltags kennengelernt. Ich freue mich darauf, dieses Wissen jetzt in Eggolsheim einzubringen.

Mein Ziel ist es, die Attraktivität und den Erfolg der Schule Eggolsheim zu sichern und weiter zu steigern. Wir werden Bewährtes erhalten, manches auf den Prüfstand stellen und neue Herausforderungen annehmen. Dabei stehen die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Die vielfältigen Angebote unserer Schule sollen den Kindern und Jugendlichen Freude am Lernen und einen bestmöglichen Abschluss ermöglichen, sodass sie als gut ausgebildete und starke Persönlichkeiten ihr Leben und unser aller Zukunft erfolgreich und verantwortungsbewusst gestalten können.

Schule wird von uns allen gemeinsam geprägt - Beschäftigten, Schülerinnen, Schülern, Eltern und Gemeinde. Mehr noch, sie wird von uns gemeinsam gestaltet. Ich möchte Sie und Euch auffordern und ermuntern, daran mitzuwirken. Ich setze darauf, dass möglichst viele von Ihnen sich in schulischen Gremien, an gemeinsamen Veranstaltungen und an Elternabenden aktiv beteiligen. Ich wünsche allen einen guten Start in das neue Schuljahr und freue mich auf gute Zusammenarbeit!

gez.

M.A. Alexander Pfister, Rektor

Zur Kenntnis genommen

3. Neubau Tank- und Rastanlage „Regnitztal“ an der BAB A 73 Suhl-Nürnberg; Vorstellung des aktuellen Planungsstandes durch die Autobahndirektion Nordbayern

Vertreter der Autobahndirektion Nordbayern haben die betroffenen Grundstückseigentümer bereits am 23.11.2017 im Rahmen einer Eigentümerversammlung im Sitzungssaal des Rathauses Eggolsheim über die Planungen zur Errichtung einer neuen Tank- und Rastanlage im Bereich der bestehenden Parkplatzanlage „Regnitztal“ an der A 73 in Eggolsheim informiert. Zwischenzeitlich wurden die Planungen weitergeführt und heute dem Marktgemeinderat präsentiert. Anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert Herr Hübner, zuständiger Sachgebietsleiter bei der Autobahndirektion die aktuellen Planungen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Rechtliche Schritte gegen das vom Marktgemeinderat bereits mehrfach abgelehnte Vorhaben werden vorbehalten.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

4. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich "Eggolsheim, Schottwiesen-Ost"; Behandlung der im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung eingeg. Stellungnahmen, Abwägungs- und Auslegungsbeschlüsse

Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Die Frist für das Beteiligungsverfahren endete am 06.06.2018.

Die Planung lag vom 30.04.2018 bis einschließlich 06.06.2018 öffentlich aus.

1. Träger öffentlicher Belange

1. Folgende Fachstellen haben im Rahmen des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen abgegeben und werden daher nachfolgend beschlussmäßig nicht behandelt:

Bebauungsplan (BBP)

8	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	91301 Forchheim
16	BUND Naturschutz Bayern	91301 Forchheim
17	Pfarramt St. Martin Eggolsheim	91330 Eggolsheim
18	Evang. Luth. Christuskirche Forchheim	91301 Forchheim
25	Kreishandwerkerschaft	91301 Forchheim
26	Allianz Regnitz- Aisch e.V.	91330 Eggolsheim
28	Markt Buttenheim	96155 Buttenheim
30	Stadt Forchheim	91301 Forchheim
32	Markt Heiligenstadt	91332 Heiligenstadt
33	Gemeinde Unterleinleiter	91364 Unterleinleiter

Flächennutzungsplan (FNP)

8	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	91301 Forchheim
16	BUND Naturschutz Bayern	91301 Forchheim
17	Pfarramt St. Martin Eggolsheim	91330 Eggolsheim
18	Evang. Luth. Christuskirche Forchheim	91301 Forchheim
20	Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim- Hallerndorf	91330 Eggolsheim
21	GWE GmbH	91330 Eggolsheim
25	Kreishandwerkerschaft	91301 Forchheim
26	Allianz Regnitz- Aisch e.V.	91330 Eggolsheim
28	Markt Buttenheim	96155 Buttenheim
30	Stadt Forchheim	91301 Forchheim
32	Markt Heiligenstadt	91332 Heiligenstadt
33	Gemeinde Unterleinleiter	91364 Unterleinleiter

2. Nachfolgende Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange haben im Rahmen des Beteiligungsverfahrens keine Bedenken, Anregungen oder Einwände zum BBP und FNP vorgebracht:

BBP+FNP

1	Regierung von Oberfranken, Bayreuth, Stellungnahme vom 25.04.2018
3	Regionaler Planungsverband Oberfranken-West, Bamberg, Stellungnahme vom 14.05.2018
10	Amt für Ländliche Entwicklung, Bamberg, Stellungnahme vom 30.04.2018
13	Reg. von Oberfranken- Bergamt Nordbayern, Stellungnahme vom 24.05.2018
23	Gewerbeaufsichtsamt, Coburg, Stellungnahme vom 28.05.2018
24	Handwerkskammer, Bayreuth, Stellungnahme vom 11.04.2018
27	Gemeinde Altendorf, Stellungnahme vom 06.06.2018
29	Stadt Ebermannstadt, Stellungnahme vom 07.05.2018
31	Gemeinde Hallerndorf, Stellungnahme vom 05.06.2018
34	VG Kirchehrenbach- Gemeinde Weilersbach, Stellungnahme vom 24.05.2018

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Stellungnahmen bzw. die Ausführungen zur Kenntnis.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

3. (2) Stellungnahme des Landratsamtes Forchheim vom 06.06.2018, 08.06.2018 und 23.07.2018

BBP

Fachbereich 32 Straßenverkehr

2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Da im geplanten Gewerbe- bzw. Mischgebiet mit Fußgängerverkehr gerechnet werden muss, insbesondere auch durch den vorgesehenen öffentlichen Parkplatz, sollte entlang der Erschließungsstraße im Baugebiet Schottwiesen Ost aus Gründen der Verkehrssicherheit ein Gehweg angelegt werden. Die Sichtflächen im Bereich der Einmündungen sind einzuhalten. Die Bepflanzungen und Einfriedungen dürfen deshalb nicht höher als 80 cm sein. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass die erforderlichen Schleppkurven vom Antragsteller geprüft wurden und ausreichend sind.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Parallel zur Planstraße A wird ein Gehweg festgesetzt. Gleichzeitig werden die Einmündungsbereiche für die Gewerbe-Grundstücke auf jeweils 6,5 m festgesetzt.

Der Hinweis zur Höhe der Einfriedungen wird zur Kenntnis genommen. Zur Gewährleistung der Freihaltung der Sichtflächen im Bereich der Einmündungen bzw. des Gehweges wird die Höhe der Bepflanzung im Grünstreifen auf eine Höhe von 80 cm begrenzt. Der Punkt A 9.1 der Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird entsprechend ergänzt.

Die Schleppkurven sind für die Dimension des Gebietes und das damit verbundene Verkehrsaufkommen ausreichend.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Fachbereich 41 Bauordnung

2.5. Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

2.5.1 Falls die in Flurnummer 1890 abgebildeten Festsetzungen für eine Teilfläche des Bebauungsplanes gelten sollen, so ist dies noch kenntlich zu machen.

2.5.2 Die Festsetzung unter Punkt B Nr. 3 ist nicht eindeutig formuliert und im Baugenehmigungsverfahren somit praktisch nicht durchsetzbar. Die Angabe von verbindlichen Maßangaben wird empfohlen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Plandarstellung wird angepasst, die angesprochenen Festsetzungen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Der Punkt B.3. der Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird dahingehend konkretisiert, dass Aufschüttungen bis maximal 30 cm über dem Niveau der Erschließungsstraße durchgeführt werden dürfen wobei der Bezugspunkt das mittlere, an das Grundstück angrenzende Straßenniveau ist und Terrassenaufschüttungen über 45° nicht zulässig sind.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Fachbereich 44 (Umweltschutz, Abfallrecht, Wasserrecht)

- 2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)

Rechtsgrundlage

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (BBodSchG -Bundes-Bodenschutzgesetz) vom 17.03.1998 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung in Bayern (VSU Boden und Altlasten) vom 03.12.2001

Bodenschutz

Die das Planungsgebiet umfassenden Flurstücke sind im Altlastenkataster des Landkreises Forchheim nicht aufgeführt. Sollten der Gemeinde jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Erkenntnisse vorliegen, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist das Landratsamt Forchheim zu informieren.

Hinweise für den Bauleitplan

Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist das Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.

- 2.5. Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage

Für den Schallschutz in der städtebaulichen Planung wird die DIN 18005 Teil1 (Ausgabe Juli 2002) mit dem zugehörigen Beiblatt 1, nach Maßgabe der Bekanntmachung des BayStMI -Vollzug des Baugesetzbuches und des Bundesimmissionsschutzgesetzes; Berücksichtigung des Schallschutzes im Städtebau vom 3. August 1988 (Nr. II B 8-4641.1-001/87) - zur Anwendung empfohlen. Für die Ermittlung der Schallimmissionen der verschiedenen Arten von Schallquellen wird unter Ziffer 2 dieser DIN 18005 Teil 1 auf einschlägige Rechtsvorschriften und Regelwerke verwiesen.

Sachverhalt

Innerhalb des ca. 1,5 ha großen Plangebietes am östlichen Rand des Ortsteils Neuses sollen gewerbliche (GE) und gemischte Bauflächen (MI) entstehen. Zudem wird im Norden des Geltungsbereiches, an den geplanten P&R-Parkplatz außerhalb des Geltungsbereichs anschließend, eine öffentliche Parkfläche festgesetzt. Das Plangebiet grenzt im Westen an die Bahnlinie Nürnberg - Bamberg (ICE Strecke München - Berlin), an die sich wiederum westlich ein Allgemeines Wohngebiet (B-Plan "Lindner- Schottwiesen II") anschließt. Unmittelbar nördlich befindet sich eine gemischte Baufläche mit Gewerbebetrieben, daran anschließend Wohnbaufläche. Östlich schließen sich Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen, sowie im weiteren Verlauf eine z.T. bebaute gewerbliche Baufläche an.

Ca. 300 m östlich verläuft die BAB 73.

Darstellung und Bewertung der Immissionssituation

1. Auswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung

1.1 Gewerbelärm

Vom Plangebiet (GE und MI) gehen künftig Gewerbelärmemissionen aus, die auf die umliegenden Misch- und Wohnbauflächen einwirken. Im Rahmen der Planung ist sicherzustellen, dass diese Lärmemissionen - unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch bestehende Anlagen in den umliegenden Gebieten - an den maßgeblichen Immissionsorten nicht zu Orientierungswert- bzw. Immissionsrichtwertüberschreitungen führen oder dazu beitragen.

Hierzu wurde durch das Planungsbüro eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt und daraus resultierend eine Geräuschkontingentierung für das Plangebiet festgesetzt.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der Vorbelastung in den Berechnungen ist aus fachtechnischer Sicht folgendes festzustellen:

Da keine konkreten schalltechnischen Beschränkungen für bestehende Betriebe existieren, wurden deren Emissionen in Form von flächenbezogenen Schalleistungspegeln für die betreffenden Flächen berücksichtigt.

Für die nördlich anschließende gemischte Baufläche wurden flächenbezogene Schalleistungspegel von tags 60 dB(A) und nachts 40 dB(A) angenommen.

Für die östlich gelegene gewerbliche Baufläche wurden flächenbezogene Schalleistungspegel von tags 60 dB(A) und nachts 50 dB(A) zugrunde gelegt, wobei der Nachtwert aus den zulässigen Immissionsrichtwerten der umliegenden Bebauung rückgerechnet wurde (nach der DIN 18005 ist für ein Gewerbegebiet ein flächenbezogener Schalleistungspegel von tags und nachts 60 dB(A) anzusetzen).

Aus den getroffenen Annahmen wurden Beurteilungspegel für die Vorbelastung an den maßgeblichen Immissionsorten in den beiden betroffenen WA-Gebieten errechnet, die dann der Emissionskontingentierung zugrunde gelegt wurden. Diese Beurteilungspegel liegen z.T. deutlich unter den zulässigen Immissionsrichtwerten. Letztlich kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte bereits durch die bestehenden Anlagen ausgeschöpft, wenn nicht sogar überschritten werden.

Die DIN 18005 sieht für Prognoseberechnungen die Annahme von flächenbezogenen Schalleistungspegeln für Gewerbegebiete vor, sofern die Art der unterzubringenden Anlagen nicht bekannt ist. Da es sich bei der Vorbelastung im vorliegenden Fall jedoch - bis auf eine Teilfläche der östlich gelegenen gewerblichen Baufläche - um vorhandene Betriebe handelt, ist diese Vorgehensweise nicht zulässig. Sofern die Vorbelastung also nicht explizit, z.B. durch Messung oder Berechnung aus den Betriebsdaten ermittelt wird, muss sie über - um 6 dB(A) - reduzierte Immissionskontingente für das Plangebiet an allen maßgeblichen Immissionsorten berücksichtigt werden. Hieraus sind dann die zulässigen Emissionskontingente zu berechnen.

Damit wird sichergestellt, dass die Planung nicht maßgeblich zu Immissionsrichtwertüberschreitungen führt bzw. beiträgt.

Auf diese Weise wird auch der noch nicht bebaute Teil der gewerblichen Baufläche im Osten sowie das südöstlich gelegene Gewerbegebiet "Wertstoffhof", für das ebenfalls eine Lärmkontingentierung festgesetzt wurde, in der Vorbelastung mit berücksichtigt.

Ca. 50 m westlich des Plangebietes, jenseits der Bahnlinie, befindet sich das ehemalige "Lindnergebäude", in dem derzeit u.a. schulische Einrichtungen untergebracht sind. Dieses ist ggf. als maßgeblicher Immissionsort mit zu berücksichtigen. Zwar enthält weder die DIN 18005 noch die TA-Lärm Orientierungswerte bzw. Immissionsrichtwerte für schulische Nutzungen; in Anlehnung an die Einstufung in der 16. BlmschV sollte jedoch hier ebenfalls die Schutzwürdigkeit eines WA-Gebietes zugrunde gelegt werden.

Es wurde eine Kontrollberechnung durchgeführt, um zu überprüfen, ob die für das Plangebiet festgesetzten Emissionskontingente in der Summe mit der Vorbelastung durch die bestehende gewerbliche Baufläche die Einhaltung der Orientierungs- bzw. Immissionsrichtwerte in den bestehenden Wohn- und Mischgebietsflächen gewährleisten. In dieser Berechnung fehlt die Vorbelastung durch bestehende Gewerbebetriebe in der nördlich vorhandenen gemischten Baufläche (z.B. Busunternehmen). Die ermittelten Beurteilungspegel liegen nicht hinreichend, d.h. mindestens 6 dB(A) unterhalb der Immissionsrichtwerte, so dass diese Vorbelastung in jedem Fall noch zu berücksichtigen ist.

Des Weiteren wurden die Auswirkungen der geplanten Gewerbegebiete auf die direkt benachbarten neuen MI-Gebiete untersucht. Hier fehlt ebenfalls die Berücksichtigung der Vorbelastung durch vorhandene Gewerbebetriebe in den bestehenden gewerblichen und gemischten Bauflächen. Auch hier liegen die ermittelten Beurteilungspegel nicht hinreichend unterhalb der Immissionsrichtwerte, so dass auch hier die Vorbelastung noch zu berücksichtigen ist.

1.2 Verkehrslärm

Es fehlt die Ermittlung und Bewertung der von der öffentlichen Parkfläche ausgehenden Lärmemissionen.

2 Einwirkungen auf das Plangebiet

2.1 Gewerbelärm

Die Begründung enthält keine Aussagen zu den Einwirkungen von bestehenden Gewerbebetrieben außerhalb des Plangebietes auf die mögliche Wohnnutzung innerhalb des Plangebietes.

Nördlich an das Plangebiet anschließend befindet sich das Busunternehmen alge-reisen auf dem Grundstück FlurNr. 1870. Wie aus Bildern auf dessen Homepage (<https://www.alge-reisen.de/#bilder>) hervorgeht, wird auch der Grundstücksbereich, der direkt an das Plangebiet angrenzt, als Abstellplatz für Busse genutzt. Da der Betrieb, wie der Begründung zu entnehmen ist, offensichtlich nicht auf die Tageszeit beschränkt ist, müssen Spitzenpegel durch Stellplatznutzungen während der Nachtzeit berücksichtigt werden.

Nach der Parkplatzlärmstudie des Bayer. LfU sind zur Vermeidung von erheblichen Belästigungen durch Spitzenpegel während der Nachtzeit bestimmte Mindestabstände zwischen Stellplätzen und nächstgelegener Wohnnutzung einzuhalten. Diese betragen für eine Stellplatznutzung durch Omnibusse zur Wohnnutzung innerhalb eines Mischgebietes 31 m und zur Wohnnutzung innerhalb eines Gewerbegebietes 18 m.

Insbesondere der erforderliche Abstand zu den Baugrenzen des geplanten Gewerbegebietes wird im vorliegenden Fall unterschritten.

Für den betroffenen Bereich sollte Wohnnutzung/Betriebswohnungen in den Festsetzungen generell ausgeschlossen werden.

2.2 Verkehrslärm

Auf das Plangebiet wirken Lärmemissionen bestehender Verkehrswege (Bahnlinie Nürnberg - Bamberg sowie BAB 73) ein. Basierend auf einem gesonderten Schallschutzgutachten der IBAS Ingenieurgesellschaft mbH, Bayreuth, vom 12.06.2017 wurden Lärmpegelbereiche ermittelt und die entsprechend notwendigen passiven Schallschutzmaßnahmen festgesetzt.

Grundlage für die Berechnung sind die planfestgestellten Ausbauzustände der Verkehrswege (4-gleisiger Ausbau der Bahnstrecke einschl. der Errichtung von Lärmschutzwänden sowie zusätzliche aktive Schallschutzmaßnahmen an der A 73). Der Zeitpunkt der Errichtung der planfestgestellten Schallschutzmaßnahmen ist nicht bekannt. Die Gemeinde hat hierauf keinen Einfluss.

Sofern das Plangebiet vor Umsetzung der planfestgestellten aktiven Schallschutzmaßnahmen mit schutzbedürftiger Bebauung bebaut werden soll, muss in der Begründung auch der Ist-Zustand lärmtechnisch ermittelt, dargestellt und bewertet sowie berücksichtigt werden.

Zumindest in unmittelbarer Nähe der Bahnstrecke muss auch mit Erschütterungen gerechnet werden. Diese sind ebenfalls noch in der Begründung darzustellen und zu bewerten. Ein entsprechender Hinweis ist in den Plan aufzunehmen.

Festsetzungen

Nach den Ausführungen auf S. 20 der schallschutztechnischen Untersuchung zum Verkehrslärm sind für alle Schlafräume schallgedämmte Lüftungseinrichtungen erforderlich. Dies ist noch in die Festsetzungen aufzunehmen.

Nach Nr. 15.3.1 der textlichen Festsetzungen wird nur für eine Bebauung des Mischgebietes ein Nachweis über die Einhaltung der zulässigen Emissionskontingente gefordert. Diese Formulierung ist durch folgende allgemein gültige Formulierung zu ersetzen: "Die Einhaltung der Emissionskontingente ist vom Bauwerber über eine schalltechnische Berechnung nach DIN 45691: 2006-12, Abschnitt 5 nachzuweisen".

Beschluss:

Die Ausführungen zur Vorgehensweise bei möglichen Altlastenfunden werden zur Kenntnis genommen und soweit erforderlichen bei der Bauausführung berücksichtigt.

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zum Immissionsschutz zur Kenntnis. Gemäß den Anregungen des Landratsamtes wird die in der Begründung aufgeführte Geräuschkontingentierung komplett überarbeitet und dahingehend geändert, dass die durch bestehende Gewerbebetriebe vorliegende Vorbelastung berücksichtigt wird. Insofern werden für die Geräuschkontingentierung um 6 dB(A) reduzierte Immissionsrichtwerte für den Tag- und Nachtzeitraum angesetzt. Neben den bestehenden Immissionsorten an der Bahnhofstraße (gemischte und Bauflächen und Wohnbauflächen) wurden auch die künftigen Mischgebiete im Geltungsbereich aufgrund möglicher Wohngebäude mit entsprechend reduzierten Richtwerten versehen, um die Vorbelastung ausreichend zu berücksichtigen. Daher wird auch die in der Begründung aufgeführte "Kontrollberechnung" hinsichtlich der geforderten Vorbelastung angepasst. Gleichzeitig wird bei der Geräuschkontingentierung auch wie angeregt das 50 m westlich des Plangebietes befindliche ehemalige "Lindnergebäude" als maßgeblicher Immissionsort mit der Einstufung eines WA-Gebietes betrachtet. Insgesamt wird zudem die Darstellung der einzelnen Immissionspunkte im Kapitel 7.1 konkretisiert.

Die Berücksichtigung der Vorbelastung führt zum Teil zu einer Reduzierung der flächenbezogenen Schallleistungspegeln im Tagzeitraum von 1 bis 3 dB(A) gegenüber den bisherigen Betrachtungen.

Die Verbindlichen Festsetzungen werden aufgrund der erhaltenen Ergebnisse entsprechend angepasst und die festgesetzten und entsprechend nachzuweisenden Emissionskontingente geändert. Dabei wird Punkt 15.3.1 der Festsetzungen des Bebauungsplanes hinsichtlich der Formulierung über die Einhaltung der Emissionskontingente korrigiert.

Aufgrund der umliegenden Gewerbebetriebe werden wie angeregt Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaberwohnungen im nördlichen Gewerbegebiet ausgeschlossen. Der Punkt A 1.2 der Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird dahingehend entsprechend ergänzt.

Die Begründung wird um die Auswirkungen des Parkplatzlärms des nördlich geplanten P+R-Parkplatzes ergänzt. Schalltechnisch negative Auswirkungen sind hierbei im Rahmen der Beurteilung gemäß 16. BImSchV nicht zu erwarten.

Der Marktgemeinderat ist der Auffassung, dass von einer Ermittlung, Darstellung und Bewertung des Ist-Zustandes der Bahnlinie abgesehen werden soll. Da das Planfeststellungsverfahren der Deutschen Bahn abgeschlossen ist und die Bauausführung ab dem nächsten Jahr beginnen soll, ist davon auszugehen, dass die Realisierung des Ausbauzustandes der Bahnlinie parallel zur Erschließung, Aufplanung und Entwicklung des Plangebietes "Schottwiesen-Ost" stattfinden wird. Somit ist der Ist-Zustand zum Schutz möglicher künftiger Bebauung nicht mehr relevant.

Bezüglich der angeregten Ausführungen zum Erschütterungsschutz kommt der Marktgemeinderat im Rahmen der Abwägung zu dem Ergebnis, dass für das westlich der Bahnlinie liegende Baugebiet "Lindner-Schottwiesen" im Jahre 2012 ausführliche Untersuchungen zum Erschütterungsschutz getätigt worden sind. Überträgt man die Erkenntnisse auf das neue Plangebiet östlich der Bahnlinie, ergeben sich in erster Linie für die beiden nordwestlichen Gewerbegrundstücke in der Teilfläche 1 Auflagen zum Erschütterungsschutz. Insofern werden die Verbindlichen Festsetzungen um diese Auflagen zum Erschütterungsschutz - analog des westlichen Plangebietes "Lindner-Schottwiesen" - ergänzt. Eine entsprechende kurze Ausführung wird zudem in der Begründung dargestellt.

Der Punkt A 15.3.2 der Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes zum Verkehrslärm wird hinsichtlich der erforderlichen schallgedämmten Lüftungseinrichtungen für Schlafräume ergänzt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

FB 63:

Die Müllbehälter sind an durchgängig befahrbaren Straßen (bzw. mit Wendeanlage gemäß RAST 3-achsige Müllfahrzeuge) bereitzustellen. Separat ausgewiesene Stellplätze sind hier nachzuweisen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die Wendeanlage mit einem Durchmesser von 25 m ist für ein 3-achsiges Müllfahrzeug ausreichend dimensioniert. Bezüglich der Standorte der Müllbehälter erfolgt ein Hinweis unter Punkt C der Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Naturschutz

2.5. Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege werden keine Einwendungen bzw. Bedenken erhoben.

Die Eingriffsbilanzierung sowie die Aussagen der artenschutzrechtlichen Relevanzabschätzung sind nachvollziehbar, korrekt und nicht zu beanstanden. Mit der Festsetzung der Ausgleichsflächen (zwei externe und eine im Geltungsbereich des B-Plans) und der darauf durchzuführenden Ausgleichsmaßnahmen besteht Einverständnis.

Die Ausgleichsflächen sind an das bayerische Landesamt für Umwelt zur Aufnahme in das Ökoflächenkataster zu melden.

Die Ausgleichsmaßnahmen sind möglichst vor dem Baubeginn für die Errichtung der Erschließungsstraße durchzuführen, spätestens aber innerhalb eines Jahres nach Baubeginn des ersten gewerblichen Bauvorhabens.

Zu den Festsetzungen

Die Festsetzungen zu den Grünflächen (Ziffer 9.1, 9.2, 9.4) sollten mit einem Querverweis auf die auf S. 7. der Begründung aufgeführte Artenliste versehen werden. Die Artenliste auf S. 7 der Begründung sollte nicht nur- wie derzeit vorgesehen- einen Empfehlungscharakter haben, sondern explizit die zulässigen Gehölzarten vorgeben, wobei sie- um zusätzliche Gehölzarten erweitert werden könnte.

Die Festsetzungen sind aus hiesiger Sicht um eine zusätzliche Festsetzung zu erweitern, die sicherstellt, dass bei der Außenbeleuchtung keine Leuchtmittel verwendet werden, die eine "Lichtfalle" für nachtaktive Insekten darstellen. Zulässig sind entweder LED-Lampen mit einem geringen UV- und Blaulichtanteil oder Natriumniederdruckdampflampe

Um sicherzustellen, dass die sinnvollen und begrüßenswerten Festsetzungen 9.1, 9.2, 9.4 und 13.1 im Zuge der Bebauung der Grundstücke umgesetzt werden, wird der Gemeinde dringend empfohlen, eine weitere Festsetzung zu treffen, wonach mit der Vorlage des Bauantrags ein Freiflächengestaltungsplan einzureichen ist.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die geplanten Ausgleichsflächen werden durch die Marktgemeinde dem Bay. Landesamt für Umwelt gemeldet, um diese in das Ökoflächenkataster zu integrieren.

Ein Querverweis auf die Artenliste standortheimischer Gehölze innerhalb der Begründung wird für die Festsetzungen zu den Grünflächen (Ziffer 9.1, 9.2 und 9.4) redaktionell ergänzt.

Die Festsetzung bzgl. der zu verwendenden Leuchtmittel zur Vermeidung von "Lichtfallen" wird unter 13.3 Artenschutzmaßnahmen der Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes redaktionell ergänzt.
Die Festsetzung zur Erstellung von Freiflächengestaltungsplänen im Rahmen der Bauanträge als Nachweis der Einhaltung grünordnerischer Festsetzungen wird ergänzt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Fachbereich 52 Tiefbauamt

Gegen das o.g. Bauvorhaben bestehen von unserer Seite aus keine Einwände

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

FNP

Fachbereich 41 Bauordnung

Zu den geplanten Änderungen des Flächennutzungsplans werden keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Naturschutz

Aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege werden keine Einwendungen bzw. Bedenken erhoben hinsichtlich der vorgesehenen Flächennutzungsplanänderung.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Fachbereich 44 (Umweltschutz, Abfallrecht, Wasserrecht)

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zum entsprechenden Bebauungsplanverfahren vom 24.05.2018.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Stellungnahme wurde im Rahmen der Abwägung zum B-Plan behandelt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

4. (4) Stellungnahme der Deutschen Bahn AG- DB Immobilien Region Süd vom 06.06.2018

Die OB AG, OB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zur o. g. Bauleitplanung.

Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen/ Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken.

Infrastrukturelle Belange

Der bahnparallele Verlauf der "Planstraße A" überschneidet sich mit dem im PFA 18/19 planfestgestellten Bahnseitenweg (PFB vom 22.01.2016).

Insofern wird von Seiten der DB Netz AG im Zuge des viergleisigen Ausbaus unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten der bereits festgestellten Bereiche der Buswendeschleife der bahnparallele Weg entsprechend der planfestgestellten Entwurfparameter (insb. Breite des Wegs) hergestellt. Der Weg ist u. a. als Baustraße für die Maßnahme erforderlich. Die Herstellung der Straße wie im Bebauungsplan dargestellt, kann nach Abschluss des Streckenausbaus durch den Markt Eggolsheim durchgeführt werden.

Da die Straßenbaumaßnahmen teilweise in direkter Nachbarschaft bzw. in Parallellage zu den Gleisen geplant sind, könnte nach der Inbetriebnahme eine gewisse Gefahr durch von der Fahrbahn abkommende Straßenfahrzeuge und ihrer Ladung für die Bahnanlagen ausgehen.

Wir merken des Weiteren an, dass der planfestgestellte Bahnseitenweg weiter in Richtung Süden über den Eggerbach hinaus verläuft. Daher ist nach Abschluss der Maßnahme der DB Netz AG im Bereich des Abschwinkens der "Planstraße A" in Richtung Osten eine Kreuzung mit Anschluss des Bahnseitenwegs durch den Markt Eggolsheim herzustellen.

Zwischen Schienenweg und anderen Verkehrswegen (Straßen, Zufahrten, Parkplätze sowie Geh- und Radwege etc.) sind Mindestabstände und Schutzmaßnahmen erforderlich. Ein Abrollen zum Bahngelände hin ist durch geeignete Schutzmaßnahmen sicher zu verhindern. Die Schutzmaßnahmen sind in Abhängigkeit der Örtlichkeit festzulegen und ggf. mit Blendschutz zu planen.

Bei Parallellage zwischen Straße und Bahngleise sind Sicherheitsabstände entsprechend DS 800.001 Anlage 11 einzuhalten. Gesetzliche Vorgaben sowie die Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen an Straßen (RPS) und das UIC Merkblatt 777-1 sind bei der Planung von Schutzmaßnahmen zu beachten.

Daher ist das Gelände zur Bahnseite hin einzufrieden. Dies ist rechtzeitig vor Baubeginn mit dem Produktionsstandort Nürnberg, Fachlinie Oberleitung, Herrn Gerry Lausch, Tel: 09571/13-120, gerry.lausch@deutschebahn.com, abzustimmen.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Immissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauwerbern auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen (Schallschutz) vorzusehen bzw. vorzunehmen.

Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn AG weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu gewähren.

Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die Bahnrichtlinie 882 zu beachten.

Bei Bepflanzungen ist grundsätzlich zu beachten, dass Abstand und Art der Bepflanzung entlang der Bahnstrecke so gewählt werden müssen, dass diese bei Windbruch nicht in die Gleisanlagen fallen können. Der Mindestpflanzabstand zur nächstliegenden Gleisachse ergibt sich aus der Endwuchshöhe und einem

Sicherheitsabstand von 2,50 m. Diese Abstände sind durch geeignete Maßnahmen (Rückschnitt u.a.) ständig zu gewährleisten.

Wir weisen auf die Verkehrssicherungspflicht (§ 823 ff. BGB) des Grundstückseigentümers hin. Soweit von bestehenden Anpflanzungen Beeinträchtigungen des Eisenbahnbetriebes und der Verkehrssicherheit ausgehen können, müssen diese entsprechend angepasst oder beseitigt werden. Bei Gefahr in Verzug behält sich die Deutsche Bahn das Recht vor, die Bepflanzung auf Kosten des Eigentümers zurückzuschneiden bzw. zu entfernen.

Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden.

Die Vorflutverhältnisse (Bahnseitengraben) dürfen durch die Baumaßnahme, Baumaterialien, Erdaushub etc. nicht verändert werden.

Durch die Maßnahme darf dem Bahngelände kein zusätzliches Oberflächenwasser zugeführt werden.

Hinweise für Bauten nahe der Bahn

Bei Bauarbeiten in Bahnnähe sind Sicherheitsauflagen aus dem Eisenbahnbetrieb zu beachten. Die Einholung und Einhaltung dieser Sicherheitsauflagen obliegt dem Bauherrn im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht. Zur Abstimmung der Sicherung gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb sind die Bauantragsunterlagen der DB AG (Eingangsstelle DB Immobilien) vorzulegen.

Die folgenden allgemeinen Auflagen für Bauten/ Baumaßnahmen nahe der Bahn dienen als Hinweis:

Der Eisenbahnverkehr darf durch die Maßnahme zu keiner Zeit eingeschränkt bzw. beeinflusst werden.

Die Signalsicht ist jederzeit zu gewährleisten.

Das Planen, Errichten und Betreiben der geplanten baulichen Anlagen hat nach den anerkannten Regeln der Technik unter Einhaltung der gültigen Sicherheitsvorschriften, technischen Bedingungen und einschlägigen Regelwerke zu erfolgen.

Ein gewolltes oder ungewolltes Betreten bzw. Hineingelangen in den Gefahrenbereich und den Sicherheitsraum der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen. Auch ein Überschreiten der Gleise ist verboten.

Bei Bauausführungen unter Einsatz von Bau- / Hubgeräten (z.B. (Mobil-) Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. der Bahnbetriebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden Haken verboten. Die Einhaltung dieser Auflagen ist durch den Bau einer Überschwenkbegrenzung (mit TÜV-Abnahme) sicher zu stellen. Die Kosten sind vom Antragsteller bzw. dessen Rechtsnachfolger zu tragen.

Können bei einem Kraneinsatz Betriebsanlagen der Eisenbahn überschwenkt werden, so ist mit der DB Netz AG eine kostenpflichtige Kranvereinbarung abzuschließen, die mind. 8 Wochen vor Kranaufstellung bei der DB Netz AG zu beantragen ist.

Die Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu unserer Oberleitungsanlage. Wir weisen hiermit ausdrücklich auf die Gefahren durch die 15000 V Spannung der Oberleitung hin. Die und die hiergegen einzuhaltenden einschlägigen Bestimmungen. Die einschlägige Sicherheitsrichtlinie Ril 132 0123, alle Ril der DB Netz AG und VDE- Vorschriften sind zu berücksichtigen. Für Laien ist ein Sicherheitsabstand zu spannungsführenden Teilen der Oberleitungsanlage von 3,0 m stets einzuhalten.

Kommen Fahrzeuge in den Oberleitungs- und Stromabnehmerbereich sind sie bahnzuwenden.

Die Funktionsweise der Oberleitungsanlage darf zu keinem Zeitpunkt in ihrer Verfügbarkeit beeinträchtigt werden.

Die Oberleitungsmasten müssen für Instandhaltungs- und Entstörungsarbeiten jederzeit allseitig zugänglich bleiben.

Die DB Netz AG übernimmt keinerlei Haftung für Schäden aus Eisabwurf oder andere herabfallende Gegenstände.

Baumaterial, Bauschutt etc. dürfen nicht auf Bahngelände zwischen- oder abgelagert werden. Lagerungen von Baumaterialien entlang der Bahngeländegrenze sind so vorzunehmen, dass unter keinen Umständen Baustoffe / Abfälle in den Gleisbereich (auch durch Verwehungen) gelangen.

Grenzsteine, Grenzmarkierungen und Kabelmerksteine dürfen nicht beschädigt, verändert, verschüttet oder überdeckt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.

Vor Baubeginn ist eine Kabeleinweisung für Leit- und Sicherungstechnik erforderlich. Bei der Kabeleinweisung werden zu beachtende Regelungen getroffen um eine Beschädigung der vorhandenen betriebsnotwendigen Kabel zu verhindern.

Der Termin zur Kabeleinweisung ist rechtzeitig im Vorfeld mit der DB Netz AG, Herr Alexander Serdyuk, alexander.serdyuk@deutschebahn.com, +49 (0)951/83-2290, zu vereinbaren.

Die erfolgten Einweisungen sind zu protokollieren.

Die Kabelanlage/der Kabeltrog der DB Netz AG darf nicht überbaut, überschüttet freigegeben oder beschädigt werden. Kabelmerkzeichen dürfen nicht entfernt werden. Der Schutzabstand zum Kabeltrasse/trog muss feldseitig mindestens 2,0 Meter betragen. Die Kabelschächte müssen zum Zwecke der Instandhaltung/Entstörung jederzeit zugänglich bleiben.

Wenn aufgrund des Projektes die Kabellage, der Kabeltype und/oder deren Länge während des Umbaus und/oder nach diesem geändert werden muss, ist eine Telekommunikationsplanung unter Einbezug des Bezi./Alv. Herr Eberhard Weiherer, Tel: +49 911 219 2750, eberhard.weiherer@deutschebahn.com, anzustoßen.

Seitens der DB Kommunikationstechnik GmbH wird im Auftrag der Vodafone GmbH folgendes mitgeteilt:

Der angefragte Bereich außerhalb von Bahngrund befindet sich auf öffentlichem Grund. Ab dem 1. April 2017 stehen die Bestandspläne der Vodafone und der Vodafone Kabel Deutschland Telekommunikationsanlagen für das gesamte Bundesgebiet gemeinsam über das Webportal "externe Webauskunft" zur Verfügung.

Anfragen per Mail werden nicht mehr beantwortet!

Bitte nutzen Sie daher den kostenlosen Self-Service unter

<https://partner.kabeldeutschland.de/webauskunft-neu/Datashop/>.

Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn. Für alle zu Schadensersatz verpflichtenden Ereignisse, welche aus der Vorbereitung, der Bauausführung und dem Betrieb des Bauvorhabens abgeleitet werden können und sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahn auswirken, kann sich eine Haftung des Bauherrn ergeben.

Schlussbemerkungen

Alle angeführten gesetzlichen und technischen Regelungen sowie Richtlinien gelten nebst den dazu ergangenen oder noch ergehenden ergänzenden und abändernden Bestimmungen. Vorausgesetzt wird, dass die maßgebenden Vorschriften und Richtlinien vorhanden und bekannt sind. Die Richtlinien der DB sind kostenpflichtig unter der folgenden Adresse zu beziehen:

DB Kommunikationstechnik GmbH
Medien- und Kommunikationsdienste,
Informationslogistik,
Kriegsstraße 136,
76133 Karlsruhe
Tel.: 0721/938-5965, Fax: 069/265-57986
E-Mail: dzd-bestellservice@deutschebahn.com
Online Bestellung: www.dbportal.db.de/dibs

Wir bitten Sie, uns das Abwägungsergebnis zu gegebener Zeit zuzusenden und uns bei Weiterführung des Verfahrens erneut zu beteiligen. Für Rückfragen zu diesem Verfahren, die Belange der Deutschen Bahn AG betreffend, bitten wir Sie, sich an den Mitarbeiter des Kompetenzteams Baurecht, Frau Schruoff, zu wenden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die erforderlichen Abstimmungen bzgl. der zeitlichen Umsetzung der Bauausführung in Abhängigkeit des Streckenausbaus der DB AG werden von der Marktgemeinde bei der weiteren Detailplanung und Bauausführung getroffen und im Rahmen einer privatrechtlichen Vereinbarung, die bereits mit der DB abgestimmt wurde und vorbereitet wird, festgehalten. Hierzu sind keine Festsetzungen im Rahmen des Bebauungsplanes notwendig.

Die Ausgestaltung des Kreuzungsbereiches wird im Rahmen der Erschließungsplanung festgelegt und von der Marktgemeinde hergestellt. Entsprechend notwendige Abstimmungen mit der DB AG werden getroffen.

Für die bahnparallele Planstraße, welche sich mit dem planfestgestellten Bahnseitenweg überlagert, wird eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von max. 50 km/h festgesetzt, sodass nach der RPS R1 keine Schutzeinrichtungen notwendig werden. Es wird davon ausgegangen, dass die notwendigen Sicherheitsabstände eingehalten werden. Die Planstraße entspricht der Wegeföhrung im Planfeststellungsverfahren. Die Straßenaufweitung/-verbreiterung wird bahnabgewandt geplant und greift nicht weiter in den festgestellten Plan ein. Die Planungen und festgesetzten Abstände im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens werden eingehalten.

Aus immissionsschutztechnischen Gründen ist von der DB bereits die Errichtung einer Schallschutzwand geplant. Diese bildet gleichzeitig einen Blendschutz zwischen Straßen - und Schienenverkehr. Es wird davon ausgegangen, dass im Bereich des Straßenverlaufes keine weiteren Blendschutzmaßnahmen notwendig werden. Dennoch wird ein entsprechender Hinweis in die Verbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes aufgenommen (Pkt. C 16).

Im Bebauungsplan werden auf Grundlage der durchgeführten Schallschutzbetrachtung entsprechende Schallschutzmaßnahmen festgesetzt.

Der Verweis auf die Bahnrichtlinie 882 bzgl. der Mindestpflanzabstände zu Bahnanlagen sowie die Hinweise zu Bepflanzungen entlang der Bahnstrecke und der Verkehrssicherungspflicht werden in den Hinweisen des Bebauungsplans redaktionell ergänzt.

Die Festsetzungen zur Ableitung der Dach-, Oberflächen und sonstigen Abwässer werden dahingehend ergänzt, dass diese nicht auf Bahngrund abgeleitet werden dürfen. Eine entsprechende Abwasserbeseitigung durch die öffentliche Kanalisation bzw. Rigolen ist vorgesehen.

Die aufgeführten "Hinweise für Bauten nahe der Bahn" werden zur Kenntnis genommen und soweit erforderlich bei der Detailplanung und der Bauausführung berücksichtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

5. (5) Stellungnahme der Autobahndirektion Nordbayern vom 25.04.2018

Das Planungsgebiet für den im Betreff genannten Bebauungsplan "**Schottwiesen-Ost**" bzw. für die Flächennutzungsplanänderung liegt ca. 250 m von der Trasse der BAB A73 entfernt. Aufgrund der Entfernung bestehen seitens der Autobahndirektion Nordbayern grundsätzlich keine Einwände gegen die vorgesehenen Ausweisungen.

Auf folgende Auflagen und Forderungen darf jedoch hingewiesen werden:

1. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei

genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen.

2. Beleuchtungsanlagen (z. B. Hofraumbeleuchtungen) sind so anzubringen, dass der Verkehrsteilnehmer auf der BAB A73 nicht geblendet wird.
3. Gegenüber dem Straßenbaulastträger können keine Ansprüche aus Lärm- oder sonstigen Emissionen geltend gemacht werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Hinweise zu Werbeanlagen und Beleuchtungsanlagen werden und Punkt C. Hinweise des Bebauungsplanes aufgenommen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

6. (6) Stellungnahme des staatlichen Bauamtes, Bamberg vom 23.05.2018

BBP

Gegen die Änderung der Bauleitplanung bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Bamberg keine Einwände, wenn die Belange des Schallschutzes im Städtebau berücksichtigt werden:

Zur Beurteilung des Schallschutzes im Städtebau teilen wir für die Staatsstraße St 2244 folgende Daten auf der Grundlage der Verkehrszählung 2015 mit: Straßenbezeichnung: St 2244 südlich der Kreisverkehrsanlage, Zählstelle Nr. 6232 9300

mittlerer stündlicher Verkehr	tags:	676 Kfz/h
	nachts:	118 Kfz/h
Lkw-Anteil:	tags:	7,20%
	nachts:	8,63%

Straßenbezeichnung: St 2244

nördlich der Kreisverkehrsanlage, Zählstelle Nr. 6132 9100

mittlerer stündlicher Verkehr	tags:	445 Kfz/h
	nachts:	75 Kfz/h
Lkw-Anteil:	tags:	5,95%
	nachts:	10,90%

Die für die Berechnung erforderlichen Daten über die jeweilige Straßenlängsneigung und den Straßenbelag sind in der Örtlichkeit zu erheben.

Wir bitten um Übersendung eines Marktgemeinderatsbeschlusses, sobald unsere Stellungnahme behandelt wurde.

FNP

gegen die Flächennutzungsplanänderung bestehen keine Einwände, wenn die Auflage unserer Stellungnahme vom 23.05.18, AZ. S. 33 - 4622 zum Bebauungsplan "Schottwiesen Ost" beachtet wird.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Emissionen der ca. 300 m vom Geltungsbereich entfernten St 2244 treten gegenüber den Schallemissionen der zum Plangebiet angrenzenden Bahnlinie sowie der Bundesautobahn A73 zurück und können vernachlässigt werden.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

7. (7) Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Kronach vom 07.05.2018

Zur Aufstellung des Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes nimmt das Wasserwirtschaftsamt Kronach wie folgt Stellung:

1. Wasserversorgung, Grundwasserschutz

Mit dem Anschluss des Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Eggolsheim besteht Einverständnis. Wasserschutzgebiete bzw. deren Schutzzonen oder Quellschutzgebiete sind nicht berührt.

Angaben zu Grundwasserständen liegen dem Wasserwirtschaftsamt nicht vor. Der Schutz vor hohen Grundwasserständen oder drückendem Wasser obliegt dem Unternehmer/ Bauherrn.

2. Gewässerschutz, Abwasser

Mit dem Anschluss des Gebietes an die öffentliche Abwasserbeseitigung über die Mischwasserkanalisation besteht Einverständnis. Hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung ist das DWA- Merkblatt M 153 (Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser) und A 138 (Versickerung von Niederschlagswasser) zu beachten und ggf. ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen.

3. Gewässerentwicklung, Überschwemmungsgebiet

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes grenzt nördlich an den Eggerbach an, ein Gew. III. Ordnung mit Genehmigungspflicht nach Art. 20 BayWG, d.h. bauliche Anlagen im 60m-Bereich des Gewässers sind genehmigungspflichtig nach Wasserrecht.

Ein Überschwemmungsgebiet ist nicht gesichert oder amtlich festgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass Teilbereiche im faktischen Überschwemmungsgebiet zu liegen kommen. Im weiteren Planverfahren ist daher das faktische Überschwemmungsgebiet zu ermitteln und der weiteren Planung zugrunde zu legen (Rücknahme von Überbauungen bzw. Retentionsraumausgleich).

Des Weiteren ist eine naturnahe Gestaltung des Eggerbaches geplant, was begrüßt wird. Die Umgestaltung des Gewässers erfordert ein Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsverfahren.

Nicht geprüft wurde die Gefährdung des Gebietes hinsichtlich oberflächlich abfließenden Niederschlagswassers.

4. Altlasten, Deponien

Es wird empfohlen, eine Anfrage bezüglich eventueller Altlastenverdachtsflächen im Geltungsbereich des Flächennutzungsplans bzw. Bebauungsplans beim Landratsamt Forchheim vorzunehmen, sofern noch nicht geschehen.

Sollten bei Erschließungs- und Baumaßnahmen Anzeichen gefunden werden, die auf einen Altlastenverdacht (Verdacht auf Altlasten, schädliche Bodenveränderungen, Grundwasserverunreinigungen) schließen lassen, ist das Landratsamt umgehend zu informieren. Weiterhin wäre bei Altlastenverdacht die Einbindung eines privaten Sachverständigen nach § 18 BBodSchG angezeigt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Ein Hinweis zu den Merkblättern zur Niederschlagswasserbeseitigung wird unter Punkt Hinweise C.13 des Bebauungsplanes aufgenommen. Der Punkt wird weiterhin dahingehend ergänzt, dass Niederschlagswasser nicht oberflächlich auf Bahngrund sowie benachbarte Grundstücke abgeleitet werden darf.

Das Plangebiet wurde mittlerweile vorab einer Baugrunduntersuchung hinsichtlich einer möglichen Versickerung unterzogen. Als Ergebnis ist eine Versickerung von Niederschlagswasser im Bereich des Baugebietes möglich. Zur benötigten Ableitung des Oberflächenwassers der öffentlichen Verkehrsflächen wurde die Breite des straßenbegleitenden Grünstreifens (für das Mulden-Rigolensystem) entlang der Planstraße A auf 2,40 m erhöht.

Bzgl. des faktischen Überschwemmungsgebietes wurden vom IB Miller im Auftrag der Marktgemeinde entsprechende Betrachtungen angestellt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass das Plangebiet nicht hochwassergefährdet ist. In Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt sind daher keine weiteren Maßnahmen notwendig.

Die Marktgemeinde beabsichtigt das notwendige Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsverfahren für die Umgestaltung des Gewässers zeitnah durchzuführen.

Nach Auskunft des Landratsamtes in der Stellungnahme vom 06.06.2018 zu diesem Verfahren sind die das Planungsgebiet umfassenden Flurstücke im Altlastenkataster des Landkreises Forchheim nicht aufgeführt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

8. (9) Stellungnahme des Amtes für Landwirtschaft und Forsten vom 05.06.2018

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg (Bereich Landwirtschaft) nimmt zu den Planungen wie folgt Stellung:

Bei den einbezogenen Flächen in Neuses a.d. Regnitz handelt es um Ackerland mit einer auf den gesamten Landkreis bezogenen überdurchschnittlich hohen Qualität. Mit vorhandenen Bodenzahlen von bis zu 86 liegen mit die besten Böden im Landkreis Forchheim vor. Die gesamte landwirtschaftliche genutzte Fläche im Geltungsbereich liegt bei ca. 2 ha. Diese werden von drei verschiedenen ortsansässigen Haupterwerbsbetrieben bewirtschaftet.

Da besonders hochwertige Bonitäten versiegelt werden, soll besonders darauf hingewiesen werden, dass mit landwirtschaftlichen Grund und Boden sparsam umgegangen werden muss. Im Markt Eggolsheim ist der Verlust der landwirtschaftlichen Flächen besonders zu bedauern, denn bereits 10,6 % der Gemeindefläche sind, bezogen auf das Jahr 2017, als baulich geprägte Siedlungsfläche oder Verkehrsfläche genutzt (Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung -Monitor der Siedlungs- und Freiraumentwicklung).

Daher wird außerordentlich begrüßt, dass ein Teil der Ausgleichsmaßnahmen im Geltungsbereich umgesetzt werden. Für die Ausgleichsflächen außerhalb des Geltungsbereiches kann Folgendes festgehalten werden:

Die Flurnummer 167 der Gemarkung Neuses a.d. Regnitz wird schon mehrere Jahre nicht mehr landwirtschaftlich genutzt, daher keine Bedenken gegen die Festsetzung als Ausgleichsfläche.

Die Flurnummer 4173 der Gemarkung Eggolsheim wird aktuell landwirtschaftlich als Ackerfläche genutzt. Hier liegen leicht überdurchschnittliche Bonitäten, bezogen auf den Landkreisdurchschnitt, vor. Aktuell wird die Fläche von einem ortsansässigen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet. Bei der Ausgleichsmaßnahme sollte bedacht werden, dass die Flurnummer zusammen mit der nördlichen Flurnummer bewirtschaftet wird. Daher wäre die Etablierung des Entwicklungsziels nur im Süden deutlich vorteilhafter für eine sinnvolle Weiterbewirtschaftung der Restfläche als Ackerfläche. Es wird angeregt, diesen Vorschlag bei den weiteren Planungen mit zu prüfen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die Ausweisung des Bebauungsplanes dient der Lückenfüllung zwischen der bestehenden Bebauung entlang der Bahnhofstraße und der Bahnlinie Nürnberg-Bamberg, wodurch bestehende Verkehrswege genutzt werden können und Eingriffe in landwirtschaftliche Flächen im Umfeld der Marktgemeinde vermieden werden.

Die Ausführungen bzgl. der gewählten Ausgleichsflächen werden zur Kenntnis genommen. Die Marktgemeinde beabsichtigt auf Fl.Nr. 4173, Gmkg. Eggolsheim, eine großflächige ökologische Aufwertung vorzunehmen, um die Fläche in das gemeindliche Ökokonto zu integrieren um den Bedarf für Ausgleichsflächen für kommende Projekte zu decken, den Flächenverbrauch für Ausgleichsmaßnahmen zu mindern und zusammenhängende Habitat-Strukturen zu schaffen. Eine Bewirtschaftung der nördlichen Fläche ist weiterhin gewährleistet.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

9. (11) Stellungnahme der Bayernwerk Netz AG vom 04.05.2018

Zu oben genanntem Bauleitplanverfahren nehmen wir wie folgt Stellung:

In dem von Ihnen überplanten Bereich befinden sich Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk Netz GmbH.

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Überprüfung der Planungsunterlagen haben wir festgestellt, dass die Anlagen unseres Unternehmens nicht richtig eingezeichnet sind bzw. fehlen. Wir haben zu Ihrer Information einen Übersichtsplan im Maßstab 1:1000 beigelegt. Die betroffenen Anlagen sind farblich markiert, weitere Informationen können der Legende entnommen werden. Wir bitten Sie, folgende Anlagen unseres Unternehmens in den Planungsunterlagen zu berichtigen bzw. zu ergänzen und mit Bayernwerk Netz GmbH zu titulieren:

20-kV-Kabel	(mit Schutzzonenbereich je 0,5 m beiderseits der Trassenachse)
-------------	---

Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die Übernahme der Leitungen in den Bebauungsplan nicht davon entbindet, weitergehende Detailplanungen erneut mit uns abzustimmen.

Störende im Planungsbereich befindliche Mittelspannungskabel die nicht mehr in Betrieb sind werden im Zuge der Erschließung des Baugebietes entfernt. Zur elektrischen und gastechnischen Versorgung des geplanten Gebietes sind Niederspannungskabel, Verteilerschränke, Rohrleitungen und Straßenkappen für die Armaturen erforderlich. Für die Unterbringung dieser Anlagenteile in den öffentlichen Flächen sind die einschlägigen DIN-Vorschriften DIN 1998 zu beachten. Eine Gasrohr- bzw. Kabelverlegung ist in der Regel nur in Gehwegen, Versorgungstreifen, Begleitstreifen oder Grünstreifen ohne Baumbestand möglich.

Im überplanten Bereich befinden sich Anlagenteile der Bayernwerk Netz GmbH oder es sollen neue erstellt werden. Für den rechtzeitigen Ausbau des Versorgungsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbauträger und anderer Versorgungsträger ist es notwendig, dass der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich frühzeitig (mindestens 3 Monate) vor Baubeginn der Bayernwerk Netz GmbH schriftlich mitgeteilt wird. Nach § 123 BauGB sind die Gehwege und Erschließungsstraßen soweit herzustellen, dass Gasrohre und Erdkabel in der endgültigen Trasse verlegt werden können.

Ausführung von Leitungsbauarbeiten sowie Ausstecken von Grenzen und Höhen:

- Vor Beginn der Verlegung von Versorgungsleitungen sind die Verlegezonen mit endgültigen Höhenangaben der Erschließungsstraßen bzw. Gehwegen und den erforderlichen Grundstücksgrenzen vor Ort bei Bedarf durch den Erschließungsträger (Gemeinde) abzustecken.

- Für die Ausführung der Leitungsbauarbeiten ist der Bayernwerk Netz GmbH ein angemessenes Zeitfenster zur Verfügung zu stellen, in dem die Arbeiten ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen durchgeführt werden können.

Zur elektrischen Erschließung der kommenden Bebauung kann die Errichtung von einer oder mehreren neuen Transformatorenstationen erforderlich werden. Zur Gewährleistung einer Grundversorgung bitten wir Sie, eine entsprechende Fläche von ca. 20 qm uns für den Bau und Betrieb einer Transformatorenstation in Form einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zur Verfügung zu stellen. Der Standort muss öffentlich zugänglich sein und sollte im rot umkreisten Bereich, im beigefügten Bebauungsplan einskizziert, eingeplant werden.

Um diese Trafostation an das Netz der Bayernwerk GmbH anschließen und Anschlussnehmer mit elektrischer Energie versorgen zu können, ist eine unbeschränkt persönliche Dienstbarkeit mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten erforderlich. Die zu belastende Fläche ist auf der Trasse der geplanten Wasserleitung am östlichen Rand des Bebauungsplanes rot umrandet markiert.

Die Erschließung mit Erdgas erfolgt unter dem Vorbehalt einer ausreichenden Kundenakzeptanz.

Wir weisen darauf hin, dass die Trassen unterirdischer Versorgungsleitungen von Bepflanzung freizuhalten sind, da sonst die Betriebssicherheit und Reparaturmöglichkeit eingeschränkt werden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher dürfen aus Gründen des Baumschutzes (DIN 18920) bis zu einem Abstand von 2,5 m zur Trassenachse gepflanzt werden. Wird dieser Abstand unterschritten, so sind im Einvernehmen mit der Bayernwerk Netz GmbH geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen.

Beachten Sie bitte die Hinweise im "Merkblatt über Baumstandorte und elektrische Versorgungsleitungen und Entsorgungsleitungen", herausgegeben von der Forschungsanstalt für Straßenbau und Verkehrswesen bzw. die DVGW-Richtlinie GW125.

Anfragen für Auskünfte zur Lage von Versorgungsanlagen der Bayernwerk Netz GmbH senden Sie bitte mit einem Lageplan vorzugsweise per E-Mail an planauskunft-bamberg@bayernwerk.de, per Fax an 0951/30932-223 oder an die obenstehende Postadresse. Telefonische Anfragen bitte an 0951/30932-338.

Im Bereich der Ausgleichsfläche mit der Fl.Nr. 167 in der Gemarkung Neuses a.d.R. verläuft eine 20-kV-Freileitung des Bayernwerks. Der Schutzzonenbereich der Freileitungen beträgt in diesen Bereichen 10,0 m beidseitig der Leitungsachse (Im Lageplan, 1: 1 000).

Innerhalb des Schutzzonenbereiches ist nur eine eingeschränkte Bebauung und Bepflanzung möglich. Die Abstände entsprechend DIN VDE 0210 sind einzuhalten. Außerhalb des Schutzzonenbereiches bestehen von unserer Seite keine Einwände hinsichtlich einer Bebauung/Bepflanzung.

Für die Richtigkeit des in den Lageplan eingetragenen Leitungsverlaufes besteht keine Gewähr. Maßangaben beziehen sich stets auf die tatsächliche Leitungsachse im Gelände. Eine Nachprüfung vor Ort ist unbedingt zu empfehlen.

Wir bitten nachstehende Einschränkungen des Schutzzonenbereiches der Freileitung in den Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan mit auf zu nehmen.

- Der Bauherr bzw. die Planungsbeauftragten Personen sind verpflichtet vor einer Baumaßnahme im Bereich von Versorgungsnetzen die Belange des Netzbetreibers anzufragen.
- Im Leitungsbereich sind Nutzungsänderungen des Geländes (Straße, Parkplätze, Spielplatz, usw.) sowie Änderungen am Geländeniveau der Bayernwerk Netz GmbH vorzulegen.
- Die Standsicherheit und die Zufahrt zu den Maststandorten müssen zu jeder Zeit gewährleistet sein. Eine Schutzzone um die Maststandorte mit 5,0 m (kreisförmig um den Mast) sind einzuhalten.
- Aufschüttungen, Lagerung von Baumaterial und -Hilfsmittel im Leitungsbereich, sowie Grabungen im Mastbereich sind nicht möglich ggf. nur nach Abstimmung mit der Bayernwerk AG.

Eine generelle Bauhöhe innerhalb des Schutzzonenbereiches von Freileitungen der Bayernwerk Netz GmbH werden nicht erteilt. Sie werden im Rahmen von Bauvorhaben gemäß der **DIN VDE 0210** geprüft und ausgesprochen.

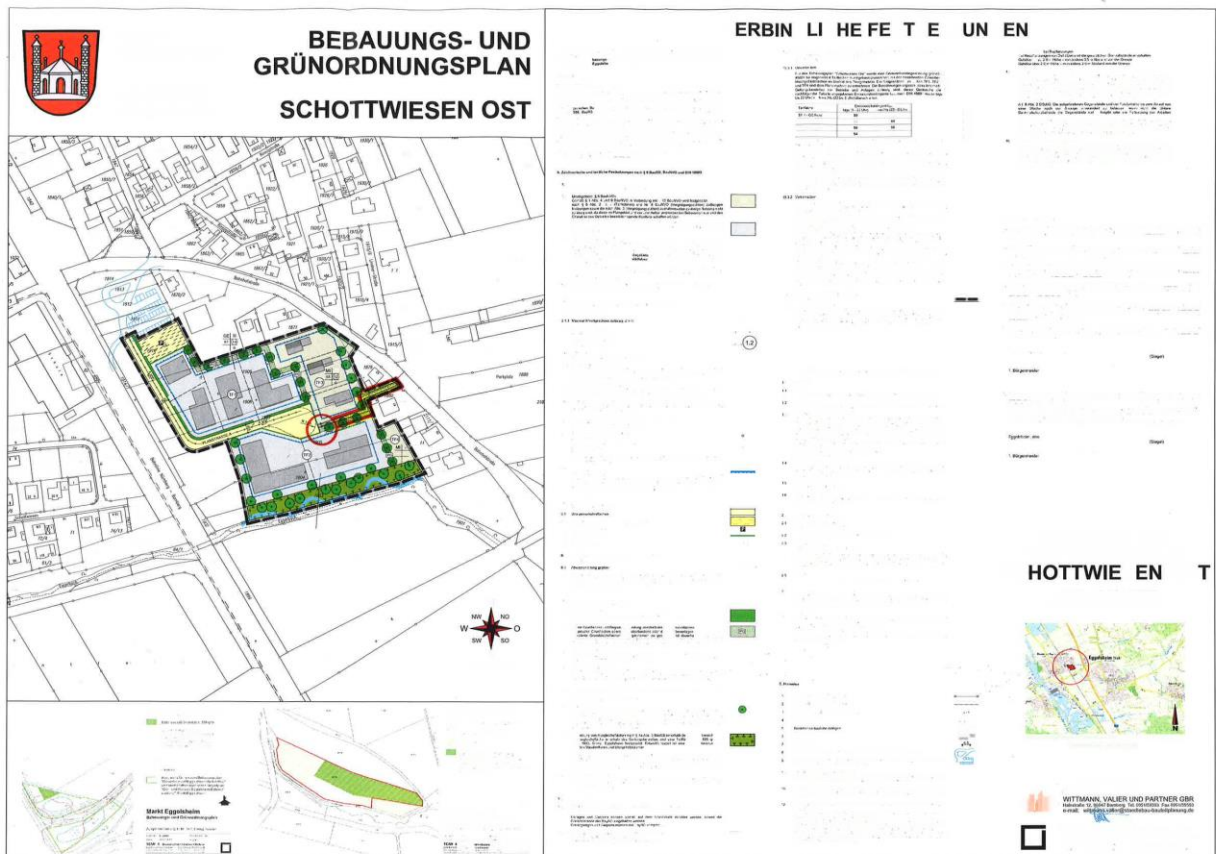
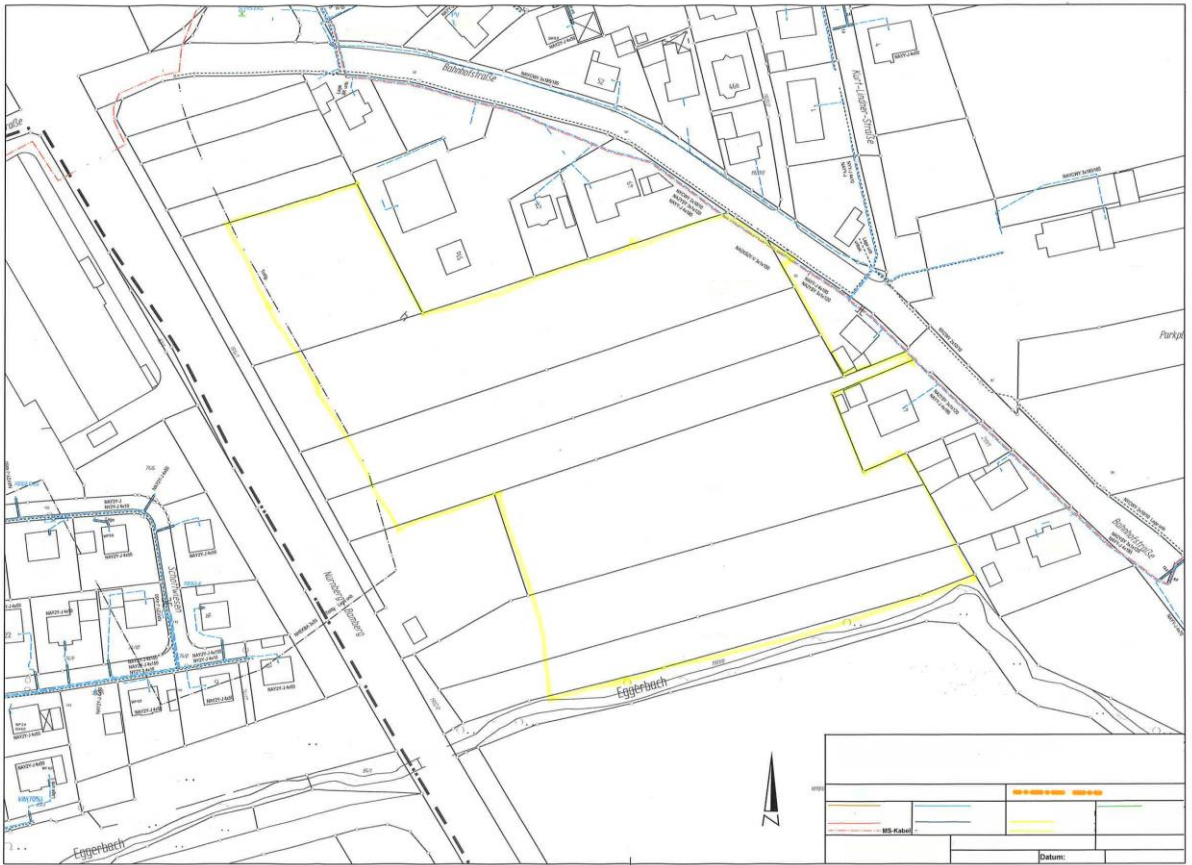
Wir bitten Sie uns auch künftig Bauvorhaben im Leitungsbereich zuzusenden. Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren nimmt zwar den Bauherren in die Pflicht und endlastet Sie als Gemeinde, aber unsere Erfahrungen zeigen, dass dies nicht immer beachtet wird. Insbesondere wenn das zuständige Landratsamt im Zuge des vereinfachten Baurechts eine Baugenehmigung erteilt.

Die Folgen einer unterlassenen Vorlage kann den Umbau der 20-kV Freileitung bedeuten, da unter Umständen die Abstände nach DIN VDE 0210 nicht eingehalten werden. Diese Kosten sind vom Verursacher zu tragen.

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Des Weiteren bitten wir Sie, uns auch weiterhin an der Aufstellung bzw. an Änderungen von Bebauungsplänen und weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.





Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Diese werden soweit erforderlich bei der Detailplanung und Bauausführung berücksichtigt.

Das 20-kV-Erdkabel am Nordostrand des Plangebietes wird inkl. des Schutzzonenbereiches in den Bebauungsplan übernommen und durch ein zusätzliches Leitungsrecht gesichert. Planteil und Verbindliche Festsetzungen des Bebauungsplanes werden dahingehend ergänzt.

Die Ausführungen zur 20-kV-Freileitung inkl. Schutzzonenbereich, von der ausschließlich Ausgleichsflächen außerhalb des Geltungsbereiches betroffen sind, werden im Planteil zur Ausgleichsflächenmaßnahme und unter Punkt C Hinweise Nr. 17 im Bebauungsplan redaktionell ergänzt.

Die Fläche zur Errichtung einer Trafostation wird in Abstimmung mit der Bayernwerk Netz GmbH im nördlichen Bereich der Wendeanlage vorgesehen. Die in der Plandarstellung der Stellungnahme eingetragene Dienstbarkeit zugunsten der Bayernwerk Netz GmbH ist auf Grund dessen nicht notwendig.

Die Ausführungen zum Ausbau des Versorgungsnetzes und zur Koordinierung werden im Rahmen der Tiefbaumaßnahmen berücksichtigt. Die Schutzzonenbereiche für Kabel und Freileitungen und die mitgeteilten Pflanzabstände werden ebenfalls beachtet.

Die Hinweise bzgl. Bepflanzungen im Bereich von unterirdischen Versorgungsleitungen, notwendige Abstände und Merkblätter werden in den Verbindlichen Festsetzungen unter Punkt C.14 Hinweise im Bebauungsplan ergänzt.

Im Rahmen des Ausbaus des Erdgasnetzes zur voraussichtlichen Versorgung des Gebietes wird angeregt, dass das Bayernwerk auch die bestehenden Anlieger an der Bahnhofstraße hins. eines evtl. Erdgasanschlusses anfragt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

10. (12) Stellungnahme der deutschen Telekom Technik GmbH vom 05.06.2018

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt)- als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG- hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zu den o. g. Planungen nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich des Bebauungs- und Grünordnungsplanes "Schottwiesen Ost" befinden sich noch keine Telekommunikationslinien der Telekom.

Zur Versorgung des neuen Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und außerhalb des Plangebiets einer Prüfung vorbehalten.

Bitte teilen Sie uns zum Zweck der Koordinierung mit, welche eigenen oder Ihnen bekannten Maßnahmen Dritter im Bereich des Baugebietes stattfinden werden.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 4 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Die Stellungnahme zum Bebauungsplan "Schottwiesen Ost" gilt sinngemäß auch für die Flächennutzungsplanänderung des Marktes Eggolsheim.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die weiteren Ausführungen zum Ausbau des Telekommunikationsnetzes und zur Koordinierung werden im Rahmen der Tiefbaumaßnahmen berücksichtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

11. (14) Stellungnahme des Bayer. Landesamts für Denkmalpflege, Referat B Q vom 01.06.2018

Wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie, bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

Bodendenkmalpflegerische Belange:

Wegen der bekannten Bodendenkmäler in der Umgebung

D-4-6232-0044: Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung.

D-4-6232-0043: Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung.

D-4-6232-0377: Siedlung der Latenezeit.

D-4-6232-0375: Siedlung der Urnenfelderzeit, hallstattzeitliches Brandgräberfeld, Siedlung der Frühlatenezeit und frühmittelalterliches Gräberfeld.

und wegen der siedlungsgünstigen Topographie des Planungsgebietes, sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes weitere Bodendenkmäler vor- und frühgeschichtlicher sowie mittelalterlicher Zeitstellung zu vermuten.

Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen gemäß Art. 7.1 BayDSchG Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis. Wir bitten Sie deshalb folgenden Text in die textlichen Hinweise auf dem Lageplan und ggf. in den Umweltbericht zu übernehmen:

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird in diesem Verfahren gegebenenfalls die fachlichen Anforderungen formulieren.

Im Falle der Denkmalvermutung werden im Rahmen des Erlaubnisverfahrens auch Möglichkeiten zur Unterstützung des Antragstellers bei der Denkmalfeststellung geprüft. Informationen hierzu finden Sie unter: http://www.blfd.bayern.de/medien/denkmalpflege_themen_7_denkmalvermutung.pdf

Wir weisen darauf hin, dass die erforderlichen Maßnahmen abhängig von Art und Umfang der erhaltenen Bodendenkmäler einen größeren Umfang annehmen können und rechtzeitig geplant werden müssen. Sollte die archäologische Ausgrabung als Ersatz für die Erhaltung eines Bodendenkmals notwendig sein, sind hierbei auch Vor- und Nachbereitung der Ausgrabung zu berücksichtigen (u.a. Durchführungskonzept, Konservierung und Verbleib der Funde). Bei der Verwirklichung von Bebauungsplänen soll grundsätzlich vor der Parzellierung die gesamte Planungsfläche archäologisch qualifiziert untersucht werden, um die Kosten für den einzelnen Bauwerber zu reduzieren (vgl. BayVGH, Urteil v. 4. Juni 2003, Az.: 26 B 00.3684, EzD 2.3.5 Nr. 3 / Denkmalpflege Informationen des BLfD 2004/I (B 127), 68 ff. [mit Anm. W. K. Göhner]; BayVG München, Urteil v. 14. September 2000, Az.: M 29 K 00838, EzD 2.3.5 Nr. 2).

Die mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern abgestimmte Rechtsauffassung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege zur Überplanung von (Boden-) Denkmälern entnehmen Sie bitte unserer Homepage: http://www.blfd.bayern.de/medien/rechtliche_grundlagen_bodendenkmal.pdf (Rechtliche Grundlagen bei der Überplanung von Bodendenkmälern).

In Umsetzung der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshof (Entscheidung vom 22. Juli 2008, Az.: Vf. 11-VII-07, juris / NVwZ 2008, 1234-1236 [bestätigt durch die nachgehenden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2008, Az.: I BvR 2296/08 & 1 BvR 2351/08, n. v.]) wird dringend angeregt, aus städtebaulichen Gründen geeignete Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB (z. B. nach Nummern 2, 9, 10, 11, 15, 20 [Bodendenkmal als "Archiv des Bodens"]) vorzunehmen.

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmalpflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Der Hinweis zur denkmalrechtlichen Erlaubnis wird unter Punkt C. 18 Denkmalpflege des Bebauungsplanes ergänzt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

12. (15) Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbandes vom 29.05.2018

Der oben genannte Plan wurde uns als Träger öffentlicher Belange zur Prüfung und Stellungnahme übermittelt.

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen für die Planungen für eine Änderung des **Flächennutzungsplans** und für den **Bebauungsplan** mit integriertem Grünordnungsplan grundsätzlich keine Einwendungen.

Anregungen:

Bei weiteren zukünftigen Planungen muss auf weniger Flächenverbrauch bei aktiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Acker- und Grünlandflächen geachtet werden. Dabei notwendige Ausgleichsmaßnahmen für Natur- und Umweltschutz dürfen nicht automatisch zum Entzug von bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen führen, sondern sollten am besten innerhalb des Planungsgebietes liegen. Mit bewirtschafteten Böden ist sparsam umzugehen, sie sind die Existenzgrundlage unserer Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Außerdem wünschen sich viele Verbraucher, dass die Lebensmittel Vorort in der Region erzeugt und verbraucht werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

13. (19) Stellungnahme des Zweckverbandes Wasserversorgung Eggolsheimer Gruppe vom 24.04.2018

Gegen den Bebauungs- und Grünordnungsplan "Schottwiesen Ost" und gegen die Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Schottwiesen Ost, bestehen aus Sicht des Zweckverbandes grundsätzlich keine Bedenken.

Die wasserseitige Erschließung des Gebietes und der sich ergebenden Bauplätze ist mit uns abzustimmen.

Korrigierender Hinweis zu Nr. 6.3 aus der Begründung zum B-Plan (s. Seite 12)

Das Leitungsrecht zur Sicherung der geplanten Wasserleitung wird auf FI-Nr. 1905 (nicht FI-Nr. 1906) festgesetzt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis; die erforderlichen Abstimmungen zur wasserseitigen Erschließung des Gebietes werden bei der Detailplanung durchgeführt.

Die aufgeführte Bezeichnung der Flurnummer wird in der Begründung richtig gestellt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP

14. (20) Stellungnahme des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim- Hallerndorf vom 06.06.2018

Der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim-Hallerndorf fordert bzgl. der Entwässerung eine bauliche Trennung des Schmutz- und Oberflächenwasser (Trennsystem).

Gem. der gehobenen Erlaubnis zum Einleiten von Abwasser der Kläranlage in den Main-Donau-Kanal vom 10.09.2014, darf der Fremdwasseranteil bei Trockenwetter im Jahresmittel darf 50% nicht übersteigen. Um diese Vorgaben zu gewährleisten und einzuhalten, ist eine Umsetzung der o.g. Forderung unumgänglich.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Diese werden soweit erforderlich bei der Detailplanung und Bauausführung berücksichtigt. In der Begründung zum Bebauungsplan ist bereits aufgeführt, dass eine Entwässerung im Trennsystem vorgesehen ist.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP

15. (21) Stellungnahme der GWE GmbH vom 06.06.2018

Die Gewerbe- und Wohnbau Eggolsheim GmbH fordert bei evtl. benötigten oder geplanten nicht ein gehausten technischen Anlagen im Außenbereich (z.B. Kühlungen) einen für Nachbarn immissionsverträglichen Standort bzw. Aufstellrichtung.

Die Räume der Ostseite des Lindner-Gebäudes (Bahnhofstraße 55) werden als Büroräume und Klassenzimmer genutzt. Um eine vorher genannte Nutzung langfristig nicht zu beeinträchtigen, bitten wir dies zu beachten.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Bezüglich haustechnischer Anlagen ist bereits ein entsprechender immissionsschutzrechtlicher Hinweis Bestandteil der Verbindlichen Festsetzungen unter Punkt C 19 des Bebauungsplanes.

Das angesprochene Lindner-Gebäude wurde zudem als Immissionsort in der aktualisierten Geräuschkontingentierung berücksichtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

BBP + FNP

16. (22) Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer vom 25.05.2018

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des § 4 Baugesetzbuch.

Geplant ist, am östlichen Rand des Ortsteiles Neuses ein Gewerbegebiet und ein Mischgebiet festzusetzen. Hierdurch sollen auf etwa 1,5 Hektar neue Gewerbeflächen, gemischte Bauflächen und öffentliche Parkplätze entstehen. Dies ist notwendig aufgrund der Nachfrage nach frei verfügbarem gewerblichen Bauland.

Gegen die vorliegende Planung erheben wir keine Einwendungen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2. Bürger

P1. Stellungnahme von Ludwig Endres und Gisela Peschka-Endres, Eggolsheim 04.06.2018

Wir wurden von Seiten des Bauamtes des Marktes Eggolsheim angefragt, ob wir bereit wären von unserem Grundstück Flurnummer 1879 im Zug der geplanten Bebauung Fläche abzutreten. Damit sollten Einfahrten zu den angrenzenden neu entstehenden Grundstücken ermöglicht werden. Wir sind nicht abgeneigt dies zu ermöglichen. Die Regelungen im Detail stehen noch aus.

Zum Bebauungsplan vom 20.03.2018 bringen wir folgende Anregungen und Vorstellungen vor:

1. Der nordwestliche Abstand vom Grenzpunkt an der Straße über der Ziffer 1879 beläuft sich bis zum Beginn der geplanten abzugebenden Fläche nach grober Messung von Frau Salomann bei ca. 14m. Da wir schon auf 3 Bäume-Apfel-Mirabellen-Kirsche verzichten müssten, wollen wir den 4. Baum-Zwetschge unbedingt erhalten. Dafür brauchen wir eine Entfernung von ca. 15 m.
2. Wir gehen davon aus, dass der künftige Grenzverlauf im Westen in der Flucht mit dem bisher genutzten Grundstück 1880 verlaufen soll. Grenzverlauf ist bisher auf Höhe des begrenzenden Zauns, nicht wie im Plan vorgesehen auf Höhe der Garage. Damit beträgt die Ausdehnung der Ersatzfläche nach Westen ca. 8 m statt der bisher im Plan vorgesehenen ca. 5,50 m.
3. Die neu zu ergänzende Fläche beträgt dann ca. 156 qm abzüglich der abzugebenden Fläche mit ca. 52 m² ergibt sich ein Flächenmehrung von ca. 100 qm Nähere Details entnehmen sie bitte dem beiliegenden von Laienhand angefertigten Plan.
4. Wir gehen davon aus, dass der o.g. Flächentausch für uns keine weiteren Kosten verursacht. Wir machen geltend, dass wir neben dem Verlust von im Jahr 1989 gepflanzten 3 Bäumen auch bezüglich verschiedener Beeren-Büsche, Grenzmauer, Kompost usw. entsprechenden Arbeitsaufwand auch erheblicher finanzieller Art haben. Dieser Aufwand muss entsprechend berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Der zukünftige Grundstückszuschnitt wird auf Grundlage eines Ortstermins dahingehend angepasst, dass der angesprochene Baumbestand erhalten werden kann.

Der angesprochene Grenzverlauf im Westen entspricht in der Plandarstellung der Flucht der Flurgrenze der Fl.Nr. 1880 und wird so beibehalten. Dies wurde vorab entsprechend abgestimmt. Planänderungen im Rahmen des Bebauungsplanes-Verfahrens sind daher nicht veranlasst.

Regelungen zum Arbeits- und Finanzaufwand sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes, die entsprechend notwendigen Abstimmungen werden von der Verwaltung geführt und ggf. in Verträgen festgelegt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

P2. Stellungnahme von Ingrid Schlund-Engel, Eggolsheim 26.07.2018

Hinsichtlich des geplanten Bebauungsplanes "Schottwiesen-Ost" in der Bahnhofsiedlung erhebe ich Einwendungen hinsichtlich des zu erwartenden Verkehrslärms.

Nachdem der zuvor für den gesamten Straßenverkehr zugelassene Bahnübergang Eggolsheim/Neuses lediglich in eine Fußgänger/Radfahrerunterführung umgewandelt wurde, ist zu befürchten, dass der Zulieferverkehr für das neue Gewerbegebiet - und dies sind beachtliche 6 Betriebe - nach dem derzeitigen Stand lediglich über die Bahnhofstraße erfolgen soll.

Westlich der Bahnhofsiedlung kommt demnächst der massive Ausbau des Verkehrsprojektes VDE 8.1 Nürnberg-Berlin (wobei die Erschütterungen der Güterzüge teilweise jetzt schon spürbar sind), östlich ist die Autobahn und durch die Mitte fahren dann die Laster bzw. sämtliche Pendler für die "Schottwiese-Ost". Mit Verlaub, das ist selbst für ein Mischgebiet ziemlich viel! Und diese Ansicht vertrete nicht nur ich!

Warum berücksichtigt man nicht eine alternative Lösung für den Lieferverkehr? Nach der Kreuzung, Richtung Eggolsheim führt recht ein asphaltierter Feldweg. Warum kann man diesen nicht ausbauen und als Zulieferstraße zumindest für die Betriebe nutzen? Der Eisenbahnstrecke ist es ziemlich egal, ob zusätzlicher Lärm entsteht. Den Anwohnern der Bahnhofsiedlung nicht!

Eggolsheim ist so ein schöner Ort zum Wohnen und Wohlfühlen. Das ist nicht zuletzt der Verdienst der wohlüberlegten Entscheidungen des Gemeinderates. Als gebürtige Eggolsheimerin hoffe ich, dass dies auch in der Bahnhofsiedlung so bleiben wird.

Ich bitte um entsprechende Prüfung und Stellungnahme.



2 von 3

26.07.2018 10:12



2 von 3

26.07.2018 10:17

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Durch die Schließung des Bahnübergangs entsteht zunächst weniger Durchfahrtsverkehr in der Bahnhofstraße. Durch das geplante mittelgroße Misch- und Gewerbegebiet ist zwar ein der Größe entsprechendes Verkehrsaufkommen zu erwarten, dennoch geht die Marktgemeinde davon aus, dass die geltenden Richtlinien des Immissionsschutzes (16. BlmschV - Verkehrslärmschutzverordnung) eingehalten werden und demnach weder tags noch nachts die entsprechenden Immissionsgrenzwerte für die bestehende Bebauung überschritten werden.

Eine alternative Erschließung von Süden würde aufgrund der Höhenlage der Kreisstraße FO 4 einen erheblichen Mehraufwand für den Neubau von zusätzlichen Verkehrswegen (inkl. Überquerung des Eggerbachs) darstellen und negative Auswirkungen auf die Naturlandschaft in diesem Bereich bedeuten. Daher soll nach Ansicht des Marktgemeinderates die geplante Straßenführung im Anschluss an die Bahnhofstraße / Buswendeanlage beibehalten werden.

Im Rahmen der Planaufstellung wurde den Belangen des gewerblichen Immissionsschutzes durch eine Geräuschkontingentierung Rechnung getragen. Dies gilt zum einen für alle bestehenden Immissionsorte bei der Bebauung der Bahnhofstraße als auch für mögliche neu entstehende Wohngebäude in den neuen Mischgebieten des Geltungsbereiches. Die Umsetzung und der Nachweis über die Einhaltung der Immissionsrichtwerte erfolgen im Rahmen der jeweiligen Bauausführungen. Insgesamt wird so eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte durch den Gewerbelärm vermieden.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

3. *Sonstige Planänderungen*

S1.

Aufgrund der erforderlichen Ableitung der Oberflächenwässer ist am Südwestrand des Plangebietes (Westrand der Teilfläche 2) ein 3 m breiter öffentlicher Grünstreifen erforderlich. Die geplanten Baumstandorte müssen entsprechend in Richtung Osten versetzt werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, am Westrand der Teilfläche 2 eine 3 m breite öffentliche Grünfläche zur Ableitung der Oberflächenwässer auszuweisen. Die Gewerbegebietsfläche wird an dieser Stelle entsprechend reduziert. Die Reduzierung ist bei der Geräuschkontingentierung mit Zuweisung der flächenbezogenen Schallleistungspegel zu beachten. Gleichzeitig werden die geplanten Baumstandorte in Richtung Osten verschoben.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

S2.

Am Nordostrand der Teilfläche 2 soll als Abgrenzung zur östlich benachbarten Grundstücksfläche Fl. Nr. 1031 (Bahnhofstr. 41) ein privater Grünstreifen entstehen. Aufgrund vorliegender konkreter Planungsabsichten ist dieser jedoch nur in einer Breite von 1 m möglich.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, am Nordostrand der Teilfläche 2 eine 1 m breite private Grünfläche auszuweisen. Die Gewerbegebietsfläche wird an dieser Stelle entsprechend reduziert. Die Reduzierung ist bei der Geräuschkontingentierung mit Zuweisung der flächenbezogenen Schallleistungspegel zu beachten.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

S3.

Die Teilfläche 4 soll mit einem Baufenster versehen werden, um eine bauliche Nutzung zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, die Teilfläche 4 mit einem Baufenster mittels Ausweisung von Baugrenzen zu versehen. Analog der übrigen Mischgebiets-Ausweisungen wird die zulässige Grundflächenzahl auf 0,6, die zulässige Geschossflächenzahl auf 1,2 festgesetzt. Der so entstehende mögliche Immissionspunkt ist bei den Untersuchungen zur Geräuschkontingentierung zu berücksichtigen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

S4.

Aufgrund der angenommenen Flächenanpassungen (Aufnahme eines Gehweges entlang der Planstraße A, zusätzliche Grünflächen) sollen die Grund- und Geschossflächenzahlen bei den geplanten Gewerbegebieten um jeweils 0,1 erhöht werden. Die GRZ von 0,8 entspricht somit dem gemäß BauNVO maximal zulässigem Wert. Zudem soll die südliche Baugrenze der Teilfläche 2 im südlichen Gewerbegebiet geringfügig in Richtung Süden verschoben werden. Dadurch wird das Baufenster leicht vergrößert.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, die Grundflächenzahlen (GRZ) der geplanten Gewerbegebiete auf 0,8 und die Geschossflächenzahlen (GFZ) auf 1,6 zu erhöhen sowie die südliche Baugrenze der Teilfläche 2 im südlichen Gewerbegebiet geringfügig in Richtung Süden zu verschieben.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Beschluss:

Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes des Marktes Eggolsheim hinsichtlich der Umwandlung einer Mischgebietsfläche in gewerbliche Baufläche im Bereich „Eggolsheim, Schottwiesen-Ost“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Marktgemeinderat Eggolsheim nimmt Kenntnis von der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zur Flächennutzungsplanänderung Markt Eggolsheim – Bereich Schottwiesen Ost.

Der Marktgemeinderat Eggolsheim billigt den vom Büro für Städtebau und Bauleitplanung Wittmann, Valier und Partner GBR, Bamberg ausgearbeiteten Planentwurf in der Fassung vom 20.03.2018 mit Begründung vom 20.03.2018 sowie den heute beschlossenen und vorliegenden Planänderungen in der Fassung vom 25.09.2018 mit Begründung Umweltbericht vom 25.09.2018.

Die so bezeichnete Planfassung vom 25.09.2018 ist nach Maßgabe des § 4a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen bzw. die Stellungnahmen sind einzuholen. Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen und mit dem Hinweis zu versehen, dass jedermann Bedenken und Anregungen zu dem Planentwurf schriftlich oder zur Niederschrift vorbringen kann.

Die Auslegung wird außerdem mit dem Hinweis versehen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegefrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Die Träger öffentlicher Belange sind über die Beschlüsse und die öffentliche Auslegung zu informieren. Ein geänderter Planentwurf inkl. Begründung ist, wenn nötig, beizugeben.

Das Beteiligungsverfahren ist durch das Büro für Städtebau und Bauleitplanung durchzuführen.

Aufstellung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan für den Bereich „Eggolsheim, Schottwiesen-Ost“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Marktgemeinderat nimmt Kenntnis von der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zur Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes "Schottwiesen Ost" in Eggolsheim.

Der Marktgemeinderat Eggolsheim billigt den vom Büro für Städtebau und Bauleitplanung Wittmann, Valier und Partner GBR, Bamberg ausgearbeiteten Planentwurf in der Fassung vom 20.03.2018 mit Begründung vom 20.03.2018 sowie den heute beschlossenen und vorliegenden Planänderungen in der Fassung vom 25.09.2018 mit Begründung und Umweltbericht vom 25.09.2018.

Die so bezeichnete Planfassung vom 25.09.2018 ist nach Maßgabe § 4a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen bzw. die Stellungnahmen sind einzuholen. Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen und mit dem Hinweis zu versehen, dass jedermann Bedenken und Anregungen zu dem Planentwurf schriftlich oder zur Niederschrift vorbringen kann.

Die Auslegung wird außerdem mit dem Hinweis versehen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können.

Die Träger öffentlicher Belange sind über die Beschlüsse und die öffentliche Auslegung zu informieren. Ein geänderter Planentwurf inkl. Begründung ist, wenn nötig, beizugeben.

Das Beteiligungsverfahren ist durch das Büro für Städtebau und Bauleitplanung durchzuführen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

5. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes für den Bereich "Solarpark Eggolsheim"; Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen; Abwägungs- und Auslegungsbeschlüsse

1. Frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3(1) BauGB

- Bekanntmachung am 27. 7. 2018 im Amtsblatt der Gemeinde
- Frist vom 6.8.2018 bis 7.9.2018

Es sind keine Anregungen oder Bedenken zum Vorentwurf des Bebauungsplans Freiflächenphotovoltaikanlage „Solarpark Eggolsheim“ oder zur Flächennutzungsplanänderung geäußert worden

2. Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4(1) BauGB

- Anschreiben am 27.7.2018
- Frist bis 7.September

A Beteiligte Fachstellen

1	Regierung von Oberfranken 95420 Bayreuth Landesentwicklung
2	Landratsamt Forchheim 91301 Forchheim Am Streckerplatz 3 91301 Forchheim
2.1	Landratsamt Forchheim, Bauamt
2.2	Landratsamt Forchheim, Naturschutzbehörde
2.3	Landratsamt Forchheim, Umweltschutz
2.4	Landratsamt Forchheim, Bodendenkmalpflege
2.5	Landratsamt Forchheim, Verkehr
2.6	Landratsamt Forchheim, Tiefbau
3	Regionaler Planungsverband Oberfranken-West 96052 Bamberg
4	Deutsche Bahn AG - DB Immobilien Region Süd Barthstraße 12, 80339 München
5..	DB ProjektBau GmbH DB Netz AG- VDE 8, Äußere Cramer-Klett-Straße 3 90489 Nürnberg
6	Staatliches Bauamt 96047 Bamberg
7	Wasserwirtschaftsamt Kronach 96317 Kronach
8	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung 96049 Bamberg
9.1	Amt für Landwirtschaft und Forsten 97047 Bamberg
9.2	Bereich Forst
10	Amt für Ländliche Entwicklung 97047 Bamberg
11	Bayernwerk AG 96052 Bamberg
12	Deutsche Telekom Technik GmbH - PTI 13, 90441 Nürnberg
13	Reg. v. Oberfranken - Bergamt Nordbayern 95444 Bayreuth
14	Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Referat B Q 80539 München
15	Bayerischer Bauernverband 91301 Forchheim
16	BUND Naturschutz Bayern 91301 Forchheim

17	Zweckverband Wasserversorgung Eggolsheimer Gruppe 91330 Eggolsheim
18	Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim-Hallerndorf 91330 Eggolsheim
19	Industrie- u. Handelskammer 95444 Bayreuth
20	Gewerbeaufsichtsamt 96407 Coburg
21	Handwerkskammer 95440 Bayreuth
22	Allianz Regnitz-Aisch e.V. 96146 Altendorf
23	Bundesnetzagentur Bauleitplanung, Referat 226/Richtfunk, Fehrbelliner Platz 3 10707 Berlin.
24.	Fernwasserversorgung Oberfranken, Ruppen 30, 96317 Kronach
25	Autobahndirektion Nordbayern 95444 Bayreuth
26	Gemeinde Altendorf 96146 Altendorf
27	Gemeinde Hallerndorf 91352 Hallerndorf
28	Markt Heiligenstadt 91332 Heiligenstadt
29	Gemeinde Unterleinleiter 91364 Unterleinleiter
30	VG Kirchehrenbach - Gemeinde Weilersbach 91356 Kirchehrenbach
31	Markt Buttenheim 96155 Buttenheim
32	Stadt Ebermannstadt 91320 Ebermannstadt
33	Stadt Forchheim 91301 Forchheim

B: Keine Einwände und Anregungen

- 3 Regionaler Planungsverband Oberfranken-West 96052 Bamberg
- 8 Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung 96049 Bamberg
- 9.2 Bereich Forst des Amt für Landwirtschaft und Forsten 97047 Bamberg
- 10 Amt für Ländliche Entwicklung 97047 Bamberg
- 12 Deutsche Telekom Technik GmbH - PTI 13, 90441 Nürnberg
- 13 Reg. v. Oberfranken - Bergamt Nordbayern 95444 Bayreuth
- 17 Zweckverband Wasserversorgung Eggolsheimer Gruppe 91330 Eggolsheim
- 18 Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim-Hallerndorf 91330 Eggolsheim
- 19 Industrie- u. Handelskammer 95444 Bayreuth
- 20 Gewerbeaufsichtsamt 96407 Coburg
- 21 Handwerkskammer 95440 Bayreuth
- 23 Bundesnetzagentur Bauleitplanung, Referat 226/Richtfunk Fehrbelliner Platz 3
- 27 Gemeinde Hallerndorf 91352 Hallerndorf
- 30 VG Kirchehrenbach - Gemeinde Weilersbach 91356 Kirchehrenbach
- 33 Stadt Forchheim 91301 Forchheim

C: Keine Stellungnahme abgegeben

- 1 Regierung von Oberfranken 95420 Bayreuth Landesentwicklung
- 16 BUND Naturschutz Bayern 91301 Forchheim
- 22 Allianz Regnitz-Aisch e.V. 96146 Altendorf
- 26 Gemeinde Altendorf 96146 Altendorf
- 28 Markt Heiligenstadt 91332 Heiligenstadt
- 29 Gemeinde Unterleinleiter 91364 Unterleinleiter
- 31 Markt Buttenheim 96155 Buttenheim
- 32 Stadt Ebermannstadt 91320 Ebermannstadt

D: Fachstellen mit Anregungen und Bedenken

2 Landratsamt Forchheim 91301 Forchheim Am Streckerplatz 3, 91301 Forchheim

2.1 Landratsamt Forchheim, Bauamt

Schreiben vom 7.9.:

Bei der maximal zulässigen Höhe unter Nr. 3 der Festsetzungen sollte die Maßeinheit (Meter) angegeben werden. Zudem sind nach § 18 Abs. 1 BauNVO die erforderlichen Bezugspunkte zu bestimmen.

Keine Einwände zur Flächennutzungsplanänderung

Abwägung und Beschluss:

Die Maßeinheit Meter wird bei der Angabe der maximal zulässigen Höhe ergänzt. Weiterhin wird ergänzt:

Als Bezugspunkt nach § 18 Abs. 1 BauNVO gilt dabei jeweils die vorhandene Geländeoberfläche. Diese wird nicht verändert.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2.2 Landratsamt Forchheim, Naturschutzbehörde

Schreiben vom 7.9.:

Aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege werden keine Einwendungen bzw. Bedenken erhoben hinsichtlich der vorgesehenen Aufstellung des Bebauungsplans.

In der sehr gut nachvollziehbar aufbereiteten Begründung mit Umweltbericht sind die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege in hinreichendem Ausmaß berücksichtigt. Die Aussagen zur Eingriffsbilanzierung und zum Artenschutz sind seitens der unteren Naturschutzbehörde nicht zu beanstanden.

Mit der Festsetzung der vorgesehenen Ausgleichsfläche und der darauf vorgesehenen Maßnahmen besteht Einverständnis.

Aus hiesiger Sicht ist eine zusätzliche bauplanungsrechtliche Festsetzung im Planwerk des Bebauungsplans erforderlich, wonach die Bauarbeiten im Zeitraum 01. Oktober bis 28. Februar durchzuführen sind.

Diese Eingriffsvermeidungsmaßnahme ist in der Begründung auf S. 13 bereits ausgeführt, erlangt aber nur Rechtskraft, wenn es auch als Festsetzung im Bebauungsplan getroffen wird.

Keine Einwände zur Flächennutzungsplanänderung

Abwägung und Beschluss:

Es wird festgesetzt, dass die Bauarbeiten im Zeitraum 01. Oktober bis 28. Februar durchzuführen sind. Es werden in der Begründung die Ansaatflächen innerhalb des 10 m Gewässerschutzstreifens hinsichtlich der Herkunftsgebiete und möglichen Bezugsquellen ergänzt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2.3 Landratsamt Forchheim, Umweltschutz

Schreiben vom 7.9.:

Bodenschutz

Die das Planungsgebiet umfassenden Flurstücke sind im Altlastenkataster des Landkreises Forchheim nicht aufgeführt. Sollten der Gemeinde jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Erkenntnisse vorliegen, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim zu informieren.

Hinweise für den Bauleitplan

Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.

Darstellung und Bewertung der Immissionssituation

Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Bebauungsplan. Die Frage der Blendwirkung durch die Photovoltaikmodule ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zu klären und nachfolgende Festsetzungen sind im Bebauungsplan aufzunehmen:

Festsetzungen für den Bauleitplan:

Die Blendwirkung, die durch die Photovoltaikmodule an benachbarten Wohnhäusern auftreten kann, darf eine Einwirkzeit von 30 Minuten am Tag und 30 Stunden im Jahr nicht überschreiten.

Der Betreiber der Photovoltaikanlage muss bei Bedarf auf Verlangen der Immissionsschutzbehörde einen Nachweis erbringen, dass die von den Photovoltaikmodulen verursachte Blendwirkung die festgesetzten Begrenzungen einhält. Dabei sind die „Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI), Stand 08.10.2012, zu beachten.

Keine Einwände zur Flächennutzungsplanänderung

Abwägung und Beschluss:

Unter Hinweisen wird ergänzt: „Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.“

Folgende Festsetzung wird ergänzt:

„Die Blendwirkung, die durch die Photovoltaikmodule an benachbarten Wohnhäusern auftreten kann, darf eine Einwirkzeit von 30 Minuten am Tag und 30 Stunden im Jahr nicht überschreiten. Der Betreiber der Photovoltaikanlage muss bei Bedarf auf Verlangen der Immissionsschutzbehörde einen Nachweis erbringen, dass die von den Photovoltaikmodulen verursachte Blendwirkung die festgesetzten Begrenzungen einhält. Dabei sind die „Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI), Stand 08.10.2012, zu beachten.“

Die Aussagen zu Altlasten und Vermeidung von Blendwirkung werden im Umweltbericht ergänzt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2.4 Landratsamt Forchheim, Bodendenkmalpflege

Schreiben vom 7.9.:

Nach Überprüfung im Denkmalatlas und Begehung keine Einwendungen, (nur folgende Informationen und Empfehlungen):

- ☒ Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Im Denkmalatlas sind in der Umgebung zahlreiche Bodendenkmäler verzeichnet: ca. 120 m südöstlich Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung; ca. 150 m südwestlich Siedlung der Urnenfelderzeit, hallstattzeitliches Brandgräberfeld, Siedlung der Frühlatènezeit und frühmittelalterliches Gräberfeld; ca. 200m nördlich Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung; ca. 250m westlich Siedlung der Latènezeit. Deshalb sollte bei notwendig werdenden Bodeneingriffen sorgfältig auf etwaige archäologische Funde geachtet werden.

Abwägung und Beschluss:

Die Informationen über die Bodendenkmäler in der Umgebung werden im Umweltbericht ergänzt. In den Hinweisen wird ergänzt, dass bei notwendig werdenden Bodeneingriffen auf etwaige archäologische Funde zu achten ist.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2.5 Landratsamt Forchheim, Verkehr

Schreiben vom 7.9.:

Die Verkehrsteilnehmer auf der FO 4 dürfen durch die Photovoltaik-Freiflächen-Anlage nicht beeinträchtigt werden. Störende Blendwirkungen und Reflexionen sind zu vermeiden.

Abwägung und Beschluss:

Es wird festgesetzt: „Es ist sicherzustellen, dass eine Blendung des Verkehrs auf der FO 4 durch die Anlage auszuschließen ist. Etwaige störende Blendwirkungen und Reflexionen sind auf Kosten des Verursachers abzuschirmen.“

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

2.6 Landratsamt Forchheim, Tiefbau, FB 52:

Schreiben vom 7.9.:

Unter Informationen und Empfehlungen:

1. Der Mindestabstand vom Fahrbahnrand der Kreisstraße FO 4 zur geplanten Photovoltaikanlage muss mindestens 30,0 m betragen.
2. Eine direkte Zufahrt/Zugang zur Kreisstraße FO 4 darf nicht errichtet werden.
3. Es ist sicherzustellen, dass eine Blendung des Verkehrs durch die Anlage auszuschließen ist.
4. Die Zufahrt zur Photovoltaikanlage darf nur über den bereits bestehenden gemeindlichen Wirtschaftsweg mit der Flur-Nr. 1899 erfolgen.
5. Der Wasserabfluss der Kreisstraße FO 4 darf nicht negativ beeinflusst werden.
6. Sämtliche dem Straßenbaulastträger durch das geplante Bauvorhaben entstehende Kosten gehen zu Lasten des Antragstellers.

Abwägung und Beschluss:

Es geht aus dem Plan hervor, dass keine direkte Zufahrt auf die Kreisstraße erfolgt, sondern über den Wirtschaftsweg. Der Wasserabfluss der Kreisstraße wird durch die Planung nicht berührt. Die Bauverbotszone von 15 m Abstand von der Kreisstraße ist eingehalten. Zu einem ganz geringen Teil wird die Baubeschränkungszone um wenige Meter erfasst. Weder Höhenentwicklung noch Blendwirkung lassen die geäußerte Empfehlung nachvollziehbar machen. Die Kreisstraße befindet sich wegen der Überführung über die Bahn auf einem erhöhten Damm und liegt somit weit höher als das Baugrundstück.

Die Solaranlage ist blendfrei zum Bahnbetriebsgelände und zur Kreisstraße FO4 zu gestalten. Sollte sich nach Inbetriebnahme eine Blendwirkung herausstellen, so sind vom Verursacher entsprechende Abschirmungen anzubringen.

Es wird allerdings analog zum Fachbereich Verkehr festgesetzt: „Es ist sicherzustellen, dass eine Blendung des Verkehrs auf der FO 4 durch die Anlage auszuschließen ist. Etwaige störende Blendwirkungen und Reflexionen sind auf Kosten des Verursachers abzuschirmen.“

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

4. und 5. Deutsche Bahn AG - DB Immobilien Region Süd Kompetenzteam Baurecht Barthstraße 12, 80339 München

Schreiben vom 5.9. als Gesamtstellungnahme auch für 5. DB Netz AG:

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Freiflächenphotovoltaikanlage "Solarpark Eggolsheim" und Änderung Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim;
Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Bahnstrecke 5900 Nürnberg Hbf - Bamberg/ von ca. km 44,84 bis ca. km 44,95/ rechts der Bahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zur o. g. Bauleitplanung.

Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen/Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken.

Die Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses 62110-621ppa/004/2304#001 vom 22.01.2016 sind zu beachten.

Eine Behinderung der Bauarbeiten am Streckenausbau ist unbedingt zu vermeiden. Sollen Arbeiten parallel zur Bahnbaumaßnahme durchgeführt werden, ist dies mit der Projektleitung VDE 8.1 ABS Nürnberg-Ebensfeld abzustimmen. Wenden Sie sich dazu an Herrn Peter Grünfeld, Tel: +49 (0)911/219-49506, peter.gruenfeld@deutschebahn.com.

Ein Teilstück der Fläche Nr. 1898 wird - wie bereits im Bebauungsplan dargestellt - während der Bahnbaumaßnahme als Baustellen- und Logistikfläche genutzt. Diese Fläche ist in jedem Falle frei und nutzbar zu halten. Der vorgesehene Zaun kann in diesem Abschnitt erst nach ausdrücklicher Freigabe des Projekts VDE 8.1 ABS Nürnberg-Ebensfeld errichtet werden.

Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.

Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können

...

und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht werden.

Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.

Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Immissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.

Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn AG weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu gewähren.

Hinweise für Bauten nahe der Bahn

Bei Bauarbeiten in Bahnnahe sind Sicherheitsauflagen aus dem Eisenbahnbetrieb zu beachten. Die Einholung und Einhaltung dieser Sicherheitsauflagen obliegt dem Bauherrn im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht. Zur Abstimmung der Sicherung gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb sind die Bauantragsunterlagen der DB AG (Eingangsstelle DB Immobilien) vorzulegen.

Die folgenden allgemeinen Auflagen für Bauten/ Baumaßnahmen nahe der Bahn dienen als Hinweis:

Das Planen, Errichten und Betreiben der geplanten baulichen Anlagen hat nach den anerkannten Regeln der Technik unter Einhaltung der gültigen Sicherheitsvorschriften, technischer Bedingungen und einschlägigen Regelwerke, zu erfolgen.

Ein gewolltes oder ungewolltes Betreten und Befahren von Bahngelände sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen.

Die Signalsicht darf während und nach der Baumaßnahme zu keiner Zeit eingeschränkt werden.

Evtl. vorhandene Rettungswege müssen, während und nach der Baumaßnahme, jederzeit nutzbar bleiben.

Baumaßnahmen in Nähe von Bahnbetriebsanlagen erfordern umfangreiche Vorarbeiten und Sicherungsvorkehrungen zum Schutz der Kabel, Leitungen und Anlagen der DB AG. Im unmittelbaren Bereich von DB-Liegenschaften muss jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel und Leitungen gerechnet werden.

Eine Beteiligung der DB Kommunikationstechnik GmbH hat ergeben, dass im betroffenen Bereich Betriebsanlagen der DB AG liegen. Die Anlage „Betreiberauskunft zu Kabeltrassen und TK-Anlagen der DB AG incl. Kabellagepläne und den darin genannten Anlagen“ vom 08.08.2018 (Zeichen: B 29353 N DB) ist zwingend zu berücksichtigen.

Die Kabelanlage/der Kabeltrog der DB Netz AG darf nicht überbaut, überschüttet freigegeben oder beschädigt werden. Kabelmarkzeichen dürfen nicht entfernt werden. Der Schutzabstand zum Kabeltrasse/trog muss feldseitig mindestens 2,0 Meter betragen. Die Kabelschächte müssen zum Zwecke der Instandhaltung/Entstörung jederzeit zugänglich bleiben.

Wir weisen darauf hin, dass Aufträge für Maßnahmen an F-Kabeln und TK-Anlagen der DB AG, grundsätzlich bei der DB Kommunikationstechnik zu beauftragen sind.

Vor Baubeginn ist zwingend eine Kabeleinweisung durch die DB Kommunikationstechnik GmbH (Ansprechpartner siehe Adressenliste) erforderlich.

Aus organisatorischen Gründen wird der Antragsteller gebeten, einen Termin für die örtliche Kabeleinweisung schriftlich (mindestens 7 Arbeitstage vorher und unter Angabe Streckennummer km von - bis) anzumelden (Ansprechpartner siehe beigefügte Adressenliste).

Die erfolgte Einweisung ist zu protokollieren.

Die Forderungen des Kabelmerkblattes und des Merkblattes der Berufsgenossenschaften der Bauwirtschaft "Erdarbeiten in der Nähe erdverlegter Kabel" sind strikt einzuhalten. Die Merkblätter und eine Verpflichtungserklärung werden bei der örtlichen Einweisung übergeben.

Die Empfangsbestätigung/Verpflichtungserklärung ist rechtzeitig vor Baubeginn und von der bauausführenden Firma unterzeichnet an uns zurückzusenden. Ohne Vorliegen der unterzeichneten Empfangsbestätigung/Verpflichtungserklärung darf mit den Bauarbeiten nicht begonnen werden.

Bei Rückfragen zu diesem Schreiben, steht Ihnen Frau Schruff gerne zur Verfügung.

Abwägung und Beschluss:

Es wird festgesetzt: „Während der Bahnbaumaßnahme muss die dargestellte Baustellen – und Logistikfläche freigehalten werden. Der Zaun wird am Rand der Baustellen- und Logistikfläche und dann in direkter Verlängerung Richtung Bach errichtet.“

„Die Solaranlage ist blendfrei zum Bahnbetriebsgelände und zur Kreisstraße FO4 zu gestalten. Sollte sich nach Inbetriebnahme eine Blendwirkung herausstellen, so sind vom Verursacher entsprechende Abschirmungen anzubringen.“

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

6 Staatliches Bauamt 96047 Bamberg

Schreiben vom 20.8.:

Gegen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Photovoltaikfreiflächenanlage Solarpark Eggolsheim“ bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Bamberg, Bereich Straßenbau keine Einwände, wenn sichergestellt ist, dass keine Blendwirkung von der Photovoltaikanlage auf den Verkehr der umliegenden Staatsstraßen ausgeht.

Abwägung und Beschluss:

Es ist wegen der vorgelagerten begrünten Böschungen der Kreisstraße ausgeschlossen, dass eine Blendwirkung auf die nächstliegende Staatsstraße ST2244 ausgeht, deshalb ist die Bedingung des staatlichen Bauamtes erfüllt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

7 Wasserwirtschaftsamt Kronach 96317 Kronach

Schreiben vom 9.8.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Aufstellung des Bebauungsplanes nimmt das Wasserwirtschaftsamt Kronach wie folgt Stellung:

1. Wasserversorgung, Grundwasserschutz

Das Gebiet liegt außerhalb von Wasserschutzgebieten. Schutzzonen oder Quellschutzgebiete sind nicht berührt.

Angaben zu Grundwasserständen liegen dem Wasserwirtschaftsamt nicht vor.

2. Gewässerschutz, Abwasser

Hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung ist das DWA-Merkblatt M 153 (Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser) und A 138 (Versickerung von Niederschlagswasser) zu beachten und ggf. ein wasserrechtliches Verfahren

durchzuführen. Es ist darauf zu achten, dass vom neuen Solarpark keine zusätzlichen Wassermengen in den Eggerbach eingeleitet werden. Die Versickerung ist örtlich zu bewerkstelligen.

3. Gewässerentwicklung, Überschwemmungsgebiet

Das überplante Gebiet grenzt nördlich und östlich an der Eggerbach, ein Gewässer III. Ordnung mit Genehmigungspflicht nach Art. 20 BayWG. Das heißt, bei Anlagen im 60 m- Bereich des Gewässers ist – auch im Baurechtsverfahren – das Wasserwirtschaftsamt als amtlicher Sachverständiger zu beteiligen.

Ein Überschwemmungsgebiet ist am Eggerbach nicht festgesetzt und nicht berechnet. Der Eggerbach fungiert in Eggolsheim im Wesentlichen als Mühlbach, Hochwässer laufen über die Brettig ab, der Eggerbach hat die Wassermengen aus dem Zwischeneinzugsgebiet nach Abzweig der Brettig abzuleiten. Beide Gewässer münden unterhalb von Neuses in den Main-Donau-Kanal. Aus den vorgenannten Gründen dürften sich die Hochwasserabflüsse auf ein verhältnismäßig schmales Abflussband entlang des Eggerbaches beschränken.

Gemäß Wasserrahmenrichtlinie ist der ökologisch gute Zustand des Gewässers durch entsprechende Maßnahmen zu erzielen (Verbesserungsgebot) bzw. besteht ein Verschlechterungsverbot. Ein wesentliches Merkmal des Gewässerzustandes ist die Gewässerstruktur. Folgende Aussagen bezüglich Gewässerstruktur können anhand der Kartierung des Eggerbaches getroffen werden:

- Im derzeitigen Zustand durch die landwirtschaftliche Nutzung entlang beider Ufer (ohne Randstreifen) hat das Gewässer ein geringes Entwicklungspotential und ohne Veränderung dieser Randbedingungen auch keine Chance, sich zu entwickeln.
- Dies zeigt sich auch in der stark bis sehr stark beeinträchtigten Auestruktur (nicht vorhanden).
- Gewässerbettstruktur ist mäßig bis deutlich verändert.
- Die Fähigkeit, als Retentionsraum zu wirken, ist ebenfalls mäßig bis gar nicht (Bereich unmittelbar nach Kreisstraße KrFO4) gegeben.

Die Einrichtung eines 10 m breiten Pufferstreifens auf Fl.-Nr. 1898 entlang des Baches wird daher ausdrücklich begrüßt, allerdings ist hier auch die Entwicklung von Auwaldstrukturen zuzulassen.

4. Altlasten, Deponien

Es wird empfohlen, eine Anfrage bezüglich eventueller Altlastenverdachtsflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans beim Landratsamt Forchheim vorzunehmen, sofern noch nicht geschehen.

Sollten bei Erschließungs- und Baumaßnahmen Anzeichen gefunden werden, die auf einen Altlastenverdacht (Verdacht auf Altlasten, schädliche Bodenveränderungen, Grundwasser-

verunreinigungen) schließen lassen, ist das Landratsamt umgehend zu informieren. Weiterhin wäre bei Altlastenverdacht die Einbindung eines privaten Sachverständigen nach § 18 BBodSchG angezeigt.

Abwägung und Beschluss:

Zu 1. und 3. Die Informationen zu Gewässerentwicklung, Grundwasserschutz, Überschwemmung werden in den Umweltbericht übernommen. Eine Entwicklung zu Auwald im Gewässerschutzstreifen wird wegen der unmittelbaren Nachbarschaft der Solarmodule nicht vorgenommen. Es bleibt bei Hochstaudenfluren.

Zu 2. Niederschlagswasser wird nicht gesammelt und versickert auf der kompletten weiterhin offenen, begrünten Fläche.

Zu 4. Verweis auf Beschlussfassung zur Stellungnahme Landratsamt Bereich Umweltschutz zu Altlasten.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

9a Amt für Landwirtschaft und Forsten 97047 Bamberg

Schreiben vom 27.8.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur vorgelegten Planung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg (Bereich Landwirtschaft) wie folgt Stellung:

Die Erzeugung erneuerbarer Energien (Biogasanlagen, Windkraft, Photovoltaik) ist neben der Nahrungsmittelproduktion eine weitere wichtige Aufgabe des ländlichen Raumes zur marktgerechten Versorgung der Gesellschaft. Die Stromerzeugung über Photovoltaikanlagen zeichnet sich u. a. durch eine hohe Energieeffizienz aus und kann bei entsprechenden Vergütungen nach dem Erneuerbaren Energiegesetz (EEG) durchaus profitabel sein. Damit kann dieser Produktionszweig auch zur Wertschöpfung des Ländlichen Raumes beitragen, soweit die ortsansässige Bevölkerung an den Investitionen und Erträgen beteiligt ist.

Kritisch wird natürlich bei den Freiflächenanlagen der große Flächenverbrauch gesehen. Dieser konkurriert mit dem Flächenbedarf für die Nahrungsmittelproduktion und dem Bedarf für Baumaßnahmen (Wohn-, Gewerbegebiete, etc.), für Verkehrsflächen (Straßen, Autobahn, ICE), dem Freizeitbedarf und dem Bedarf für gleichzeitig notwendige Ausgleichsflächen für den Naturschutz. Der Verbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche ist immer noch mehr als doppelt so hoch wie gewollt. Ein Ziel der Bundes- und Landesregierung ist es daher den Flächenverbrauch einzudämmen. Der Verlust von landwirtschaftlichen Produktionsflächen oder deren Zerschneidung trägt zu Ertragsverlusten und zu einem verschärften Bodenmarkt für die Landwirtschaft bei. Dies gefährdet die sichere Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen und kann die Importabhängigkeit steigern.

Diese Problematik ist im Gemeindebereich von Eggolsheim besonders zu beachten, da hier die Landwirtschaft in der Vergangenheit erhebliche Flächenverluste hinnehmen musste und eine weitere Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die dynamische Entwicklung der Gemeinde zu erwarten sind. So weit wie möglich ist deshalb die Erzeugung von Solarstrom auf bereits vorhandener Bebauung (Dachanlagen, Industrieanlagen, Brachen) zu bevorzugen. Besonders hochwertige Ackerböden sollten aus landwirtschaftlicher Sicht der Landwirtschaft nicht vorenthalten werden.

Im Schreiben der Obersten Baubehörde v. 19.11.2009 zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen wird in beiliegender Anlage folgendes genannt:

2. Standorte, die im Regelfall für die Errichtung von Photovoltaikanlage nur bedingt geeignet sind und daher nach Möglichkeit ebenfalls nicht in Anspruch genommen werden sollten (Restriktionsgebiete; einschränkende Kriterien):
 - *Landwirtschaftliche Böden hoher Bonität*

Ein Grundsatz im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP - B IV) lautet:

(1.3 G) Es ist anzustreben, dass die für land- und forstwirtschaftliche Nutzung geeigneten Böden nur in dem unbedingt notwendigen Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden.

(Begründung) Nach wie vor werden landwirtschaftlich genutzte Flächen in erheblichen Umfang für Siedlung, Verkehr und andere Maßnahmen der Infrastruktur in Anspruch genommen. Der Landverbrauch geht somit in erster Linie zu Lasten der Landwirtschaft. Alle Möglichkeiten der Minimierung und Vermeidung des Landverbrauchs gilt es daher verstärkt zu nutzen.

Zur landwirtschaftlichen Fläche

Die landwirtschaftliche Fläche, die für die Realisierung der Photovoltaikanlage („Solarpark Eggolsheim“) eingeplant wird, wird als Ackerland genutzt. Es werden ca. 1,5 ha Ackerland für die Planung in Anspruch genommen. Die Fläche ist eben, gut zu erreichen und für die Bewirtschaftung mit moderner Landtechnik ausreichend groß bemessen. Zudem verfügt die Ackerfläche mit der Bodenart Lehm und einer Boden-/Ackerzahl von 86/86 Bodenpunkten über eine sehr gute Bodenqualität (*hohe Bodenbonität*). Solche Ackerflächen werden auch von den örtlichen Landwirten für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung rege nachgefragt. Durch die Flächenkonkurrenz (z. B. durch Freiflächenphotovoltaikanlagen) wird es für die praktizierenden Landwirte zunehmend schwieriger –auch auf Grund steigender Pachtpreise- entsprechendes Ackerland in der Gemeinde Eggolsheim zu pachten.

Ausgleichsflächen

Für die Landwirtschaft ist es unverständlich, dass zum Flächenverbrauch durch die Solaranlage selbst, zusätzlich noch Ausgleichsflächen für den Naturschutz benötigt werden.

Die Umwandlung von Ackerland in extensives Grünland bzw. die Aufwertung durch Extensivierung etc. sollte deshalb bei der Beurteilung der erforderlichen Ausgleichsfläche berücksichtigt werden. Im Schreiben der Obersten Baubehörde (v. 19.11.2009) wird zwar im Regelfall ein Kompensationsfaktor von 20 % vorgeschlagen. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass eingriffsminimierende Maßnahmen den Ausgleichsfaktor auf 10 % verringern können.

Es wird unsererseits begrüßt, dass bei der vorliegenden Planung (Solarpark Eggolsheim) der Kompensationsfaktor 0,1 für den naturschutzrechtlichen Eingriff verwendet wird und die zusätzlich angelegte Ausgleichsfläche, dem Ökokonto der Gemeinde Eggolsheim gutgeschrieben wird.

Zudem sollte folgendes beachtet werden:

Der Betreiber der geplanten Solaranlage ist darauf hinzuweisen, dass auch landwirtschaftlich genutzte Flächen angrenzen und somit Emissionen aus der Landwirtschaft, z. B. durch Staub bei der Bodenbearbeitung und Ernte, vorkommen können. Grundsätzlich ist eine ordnungsgemäße Landwirtschaft auf den der Solaranlage benachbarten Flächen seitens der Anlagenbetreiber zu dulden

Beim Errichten und Betreiben der Photovoltaikanlage ist auf die angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Flurwege Rücksicht zu nehmen. Durch die Baumaßnahme entstandene Schäden an den Wegen sind vom Betreiber zu beseitigen.

Bei der Verlegung der Erdkabel ist darauf zu achten, dass vorhandene Drainagen nicht beschädigt werden. Sollten bestehende Drainagen beschädigt werden, so sind die Schäden wieder fachgerecht zu beheben.

Die Pflege der Fläche hat so zu erfolgen, dass das Aussamen eventueller Schadpflanzen auf landwirtschaftlich genutzte Nachbarflächen vermieden wird.

Es ist sicherzustellen, dass die gesamte Fläche nach Ablauf der Nutzung als Solarpark, wieder für die Landwirtschaft genutzt werden kann. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die Bodenqualität nicht nachteilig verändert wird und der Boden nicht durch Schadstoffe belastet wird.

Der Rückbau sollte auch für die Ausgleichsflächen und evtl. angelegte Pflanzungen (z. B. Hecken) gelten, da bei Aufgabe der Photovoltaiknutzung kein Ausgleichsbedarf mehr besteht.

Abwägung und Beschluss:

Den Bedenken zum Flächenverbrauch landwirtschaftlicher Böden mit guter Bonität, wird dadurch Rechnung getragen, dass sichergestellt wird, dass nach Ablauf der Nutzung als Solarpark die Sondergebiets-Fläche wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden kann. Der Rückbau bezieht sich aber nicht auf die Gewässerschutzstreifen. Die 10 m breiten Gewässerschutzstreifen sind bei Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzung umso wichtiger, zumal zusätzlich Konflikte mit dem Biber reduziert werden.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Schreiben vom 30.7.:

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Überprüfung der Planungsunterlagen haben wir festgestellt, dass die Anlagen unseres Unternehmens nicht richtig eingezeichnet sind bzw. fehlen. Wir haben zu Ihrer Information einen Übersichtsplan im Maßstab 1:750 beigelegt. Die betroffenen Anlagen sind farblich markiert, weitere Informationen können der Legende entnommen werden.

Bei geplanten Tiefbaumaßnahmen, in der Nähe unserer Leitungen, ist vor Baubeginn eine nochmalige Einweisung auf die genaue Lage der Leitung anzufordern. Ansprechpartner ist das KC Bamberg, Tel.: 0951/30932-0. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen für unsere Leitungen müssen im Zuge der weiteren Planungen festgelegt werden.

Anfragen für Auskünfte zur Lage von Versorgungsanlagen der Bayernwerk Netz GmbH senden Sie bitte mit einem Lageplan vorzugsweise per E-Mail an planauskunft-bamberg@bayernwerk.de, per Fax an 0951/30932-223 oder an die obenstehende Postadresse. Telefonische Anfragen bitte an 0951/30932-338.

Zur Begründung mit Umweltbericht des Bebauungsplanes, Punkt 5, 7. Unterpunkt „Die Einspeisemöglichkeit ist sichergestellt ...“;
Punkt 7, 2. Unterpunkt „20kV Leitung des Bayernwerkes ...“;
Punkt 9, Satz 2, „Der Strom wird eingespeist ...“.

Zur Begründung mit Umweltbericht der Änderung des Flächennutzungsplanes, Punkt 5, 7. Unterpunkt „Die Einspeisemöglichkeit ist sichergestellt ...“. Bezüglich der Einspeisung weisen wir darauf hin, dass die Anbindungsmöglichkeit der geplanten Photovoltaikanlage an das öffentliche Stromnetz erst nach Durchführung einer separaten Netzverträglichkeitsprüfung benannt werden kann.

Wir bitten diese Sätze in den Begründungen zu streichen.

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Des Weiteren bitten wir Sie, uns auch weiterhin am Bauleitplanverfahren und weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Abwägung und Beschluss:

Die Niederspannungsleitung zur FWO-Station wird als Hinweis nachgetragen. Die Einspeisезusage des Bayernwerks liegt bereits seit 10.7.18 vor. Daher werden die angeführten Streichungen in der Begründung nicht vorgenommen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Schreiben vom 31.8.

Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange:

Im nördlichen Abschnitt der geplanten Photovoltaikanlage liegt westlich der Bahngeleise das nach Art.1 Abs.2 DSchG mit folgendem Text in der Denkmalliste eingetragene Baudenkmal: „Firma Lindner, Elektrotechnische Fabrik, langgestreckter dreigeschossiger Fabrikbau, verschiedene Baukuben mit flach geneigten Walmdächern, Fassaden verputzt, Eisenbetonkonstruktion,1948.“ Die Adresse ist Bahnhofstraße 55.

Die Errichtung einer Photovoltaikanlage ist denkmalfachlich nur mit der Auflage hinzunehmen, dass diese die freie Sicht auf das Baudenkmal nicht beeinträchtigt. Ist dies nicht möglich, muss auf die Errichtung solcher Anlagen unmittelbar östlich des Baudenkmal verzichtet werden. Die Installation wäre dann erst südlich des Baudenkmal, ca. ab der Höhe „Schottwiesen“ (südl. Strecke des Rings) möglich. Die Auswirkungen der geplanten Anlage auf das Baudenkmal sollte auf der Grundlage einer photographischen Projektion mit der Gemeinde und dem Landesamt abgestimmt werden.

Bodendenkmalpflegerische Belange:

In unmittelbarer Nähe zu oben genanntem Planungsgebiet befinden sich folgende Bodendenkmäler:

D-4-6232-0043 „Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung.“

D-4-6232-0044 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung.“

D-4-6232-0375 „Siedlung der Urnenfelderzeit, hallstattzeitliches Brandgräberfeld, Siedlung der Frühlatènezeit und frühmittelalterliches Gräberfeld.“

D-4-6232-0377 „Siedlung der Latènezeit.“

Wegen der bekannten Bodendenkmäler in der Umgebung des Planungsgebietes sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes weitere Bodendenkmäler zu vermuten. Die bekannten Bodendenkmäler zeigen auf, dass das Gebiet in vorgeschichtlicher Zeit sowie im Frühmittelalter aufgrund der siedlungsgünstigen Lage über einen längeren Zeitraum immer wieder aufgesucht und bewohnt wurde. Unter anderem die Siedlungen der Vorgeschichte sind dabei in ihrer genauen Ausdehnung bisher archäologisch nicht bekannt. Es ist daher zu vermuten, dass sich weitere, bislang unbekannte Bodendenkmäler im überplanten Bereich erhalten haben.

Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen gemäß Art. 7.1 BayDSchG Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis.

Wir bitten Sie deshalb folgenden Text in die textlichen Hinweise auf dem Lageplan und ggf. in den Umweltbericht zu übernehmen:

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird in diesem Verfahren gegebenenfalls die fachlichen Anforderungen formulieren.

Abwägung und Beschluss:

Die Errichtung der Anlage erfolgt nicht wie behauptet unmittelbar östlich des Baudenkmal Bahnhofstraße 55, sondern südlich ab der Höhe „Schottwiesen“ (südl. Strecke des Rings).

Es wird folgender Hinweis aufgenommen:

In den Hinweisen wird ergänzt, - analog zur Stellungnahme der Unteren Denkmalbehörde - dass im Falle notwendig werdender Bodeneingriffe auf etwaige archäologische Funde zu achten ist und die Untere Denkmalbehörde zu informieren ist.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Schreiben vom 5.9.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die oben genannte Planung wurde uns als Träger öffentlicher Belange zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt. Aus landwirtschaftlicher Sicht nehmen wir wie folgt Stellung:

Für die Baumaßnahme werden ca. 1,3 ha landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich um eine Fläche mit sehr guten Boden (Bodenzahl 80). Ersatzflächen sind hierfür praktisch nicht zu bekommen, so dass diese Fläche den landwirtschaftlichen Betrieb entzogen wird.

Grundsätzlich muss alles unternommen um die Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft so gering wie möglich zu halten. Nach dem Bundesnaturschutzgesetz muss mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden, außerdem ist gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG „bei der Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen(...)“.

Angesichts dessen fordern wir, dass nach der Nutzung als Solarpark sicherzustellen ist, dass die Fläche wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägung und Beschluss:

Den Bedenken zum Flächenverbrauch landwirtschaftlicher Böden mit guter Bonität, wird dadurch Rechnung getragen, dass sichergestellt wird, dass nach Ablauf der Nutzung als Solarpark die Sondergebiets-Fläche wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden kann.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

24. Fernwasserversorgung Oberfranken, Ruppen 30, 96317 Kronach

Schreiben vom 3.8.:

Anbei finden Sie unsere Planunterlagen für den Bereich Eggolsheim Fl.-Nr. 1898.

Wie aus den Unterlagen ersichtlich verläuft hier die FWO-Leitung DN 600 GGG mit Steuerkabel. Bitte beachten Sie, dass unsere Planunterlage nur als Vorabinformation für Ihre Planung gilt. Für eine genaue Lagebestimmung muss eine Einweisung von unserem Haus vor Ort erfolgen.

Wir weisen darauf hin, dass die Anlagen der FWO durch Grunddienstbarkeiten dinglich gesichert sind.

Die Außengrenzen des Schutzstreifens (3 m beidseitig von Rohrachse) werden bestimmt durch die Lage der Rohrleitung, deren Achse unter der Mittellinie des Schutzstreifens liegt.

Auf dem Schutzstreifen dürfen keine Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlage beeinträchtigen oder gefährden.

Abwägung und Beschluss:

Der Schutzstreifen von beiderseits 3 m zur Rohrachse der Fernwasserleitung wird nachgetragen und die Bedingungen dazu in der Begründung beschrieben.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Schreiben vom 24.8.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Planungsgebiet für den im Betreff genannten vorhabenbezogenen Bebauungsplan „**Solarpark Eggolsheim**“ bzw. für die Flächennutzungsplanänderung liegt ca. 230 m von der Trasse der Bundesautobahn A73 entfernt. Aufgrund der Entfernung bestehen seitens der Autobahndirektion Nordbayern grundsätzlich keine Einwände gegen die vorgesehenen Ausweisungen.

Auf folgende Auflagen und Forderungen darf jedoch hingewiesen werden:

1. Durch die Anlagen dürfen keine Blendwirkungen für Verkehrsteilnehmer auf der BAB A73 entstehen. Für Unfälle, die auf eine Blendwirkung zurückzuführen sind, haftet der Betreiber.
2. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen.
3. Beleuchtungsanlagen (z. B. Hofraumbeleuchtungen) sind so anzubringen, dass die Verkehrsteilnehmer auf der BAB A73 weder während der Bauphase, Instandsetzung / Betrieb noch der Demontage geblendet werden.
4. Gegenüber dem Straßenbaulastträger können keine Ansprüche aus Lärm- oder sonstigen Emissionen geltend gemacht werden.

Abwägung und Beschluss:

Wegen des großen Abstands der geplanten Solaranlage zur Autobahn und wegen der vorhandenen Pflanzungen ist ein Verstoß gegen die vorgebrachten Auflagen und Forderungen der Autobahndirektion auszuschließen. Die formulierten Auflagen werden eingehalten.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Beschluss:

Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes des Marktes Eggolsheim hinsichtlich der Errichtung der Freiflächenphotovoltaikanlage“ Solarpark Eggolsheim“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Marktgemeinderat billigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes einschließlich der in der heutigen Sitzung vom 25.9.2018 gefassten Beschlüsse zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB. Die Verwaltung wird beauftragt dies entsprechend öffentlich bekannt zu machen unter Nennung der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt durch das von der Naturstrom AG beauftragte Planungsbüro.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan zur Errichtung der Freiflächenphotovoltaikanlage“ Solarpark Eggolsheim“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

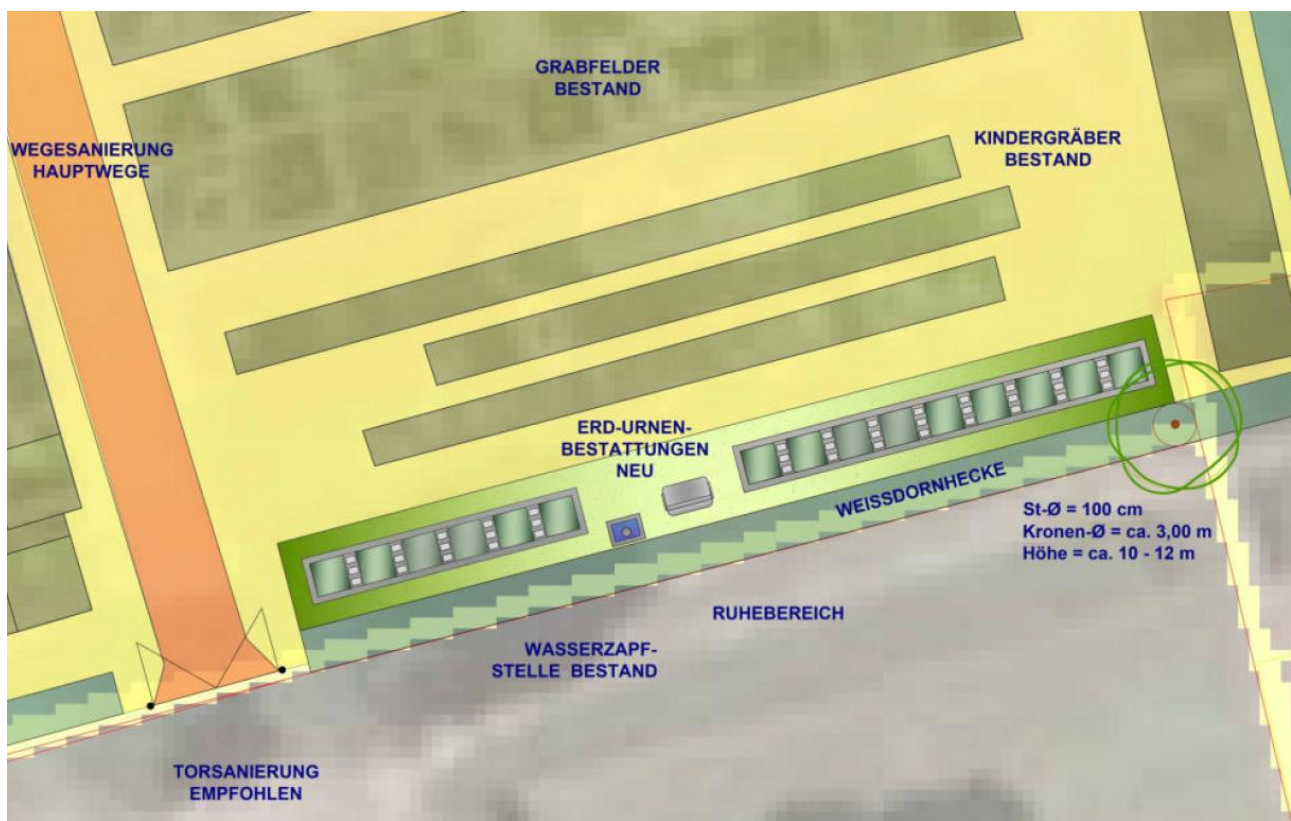
Der Marktgemeinderat billigt den Entwurf des Bebauungsplans einschließlich der in der heutigen Sitzung vom 25.9.2018 gefassten Beschlüsse zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB. Die Verwaltung wird beauftragt dies entsprechend bekannt zu machen unter Nennung der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt durch das von der Naturstrom AG beauftragte Planungsbüro.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 1 Anwesend 20

6. Friedhof Eggolsheim - Schaffung von Urnenbestattungsmöglichkeiten

In der Sitzung am 24.07.2018 wurde dem Marktgemeinderat vom beauftragten Planer Herrn Dipl.-Ing. Jörg Czerwonka Vorschläge zur Schaffung von Urnenbestattungsmöglichkeiten am Friedhof Eggolsheim vorgestellt.

Konkret die Anlage eines Urnenfeldes an der Nordseite (Kostenschätzung: 70.000 €, brutto) mittels Urnenkammersystemen und die Schaffung von Erdurnengräbern an der Südseite des Friedhofes (Kostenschätzung: 7.000 €, brutto).



ERD-URNENBESTATTUNGEN IM SÜD-ÖSTL. FRIEDHOFSBEREICH



BAUMBESTATTUNGEN MIT URNENKAMMERSYSTEMEN

Beim Urnenkammersystem besteht die Möglichkeit 2-fache oder 4-fache Urnenkammern zu verwenden. Die Verwendung von 4-fach-Kammern entspräche einem Familiengrab, 2-fach-Kammern einen Doppelgrab. Die Anschaffungskosten einer 2-fach-Kammer betragen nach vorliegenden Angeboten pro System 395,00 € (netto), für eine 4-fach-Kammer 560,00 € (netto). Die Preise können je nach beauftragten Unternehmen jedoch noch abweichen, auch sind die Kosten für Einbau und Vorarbeiten nicht inkludiert.

Es ist zu entscheiden, welches System im Friedhof Eggolsheim Anwendung findet. 4-fach-Kammern decken zwar den Bedarf an einem Familiengrab ab, jedoch erfüllt dies in der Regel auch ein 2-Kammern-System auf Grund der kurzen Ruhezeiten (10 Jahre).

Entscheidet man sich für ein 4-Kammern-System werden insgesamt mehr Bestattungsplätze geschaffen, jedoch wäre die Belegungsrate bei einem 2-Kammern-System sicher höher. Auch die Anwendung eines Mischsystems stellt eine Option dar.

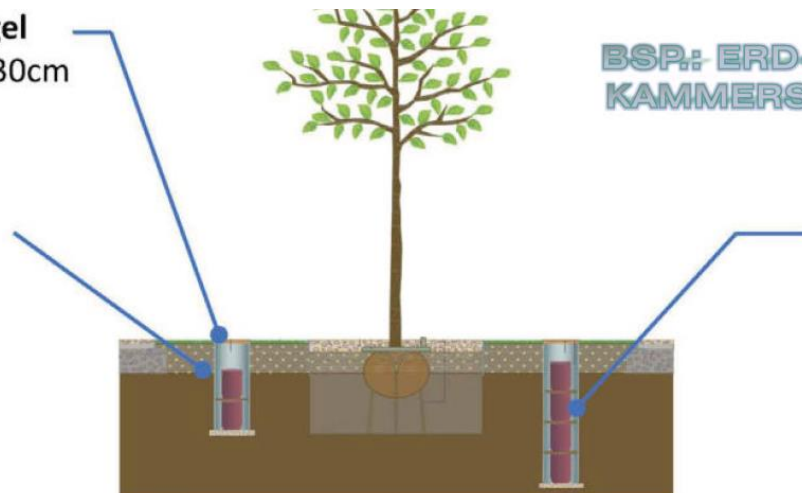
BSP.: ERD-URNENKAMMERSYSTEME



Quelle: WALZ GmbH

Grabstättensiegel
Bronzeguss: Ø=30cm

Partner-Grabstätte
Edelstahl,
Länge=0,75m
(2 Urnen)



BSP.: ERD-URNEN-
KAMMERSYSTEME

Familien-Grabstätte
Edelstahl,
Länge=1,30m
(4 Urnen)

Quelle: WEIHER GmbH

Der Marktgemeinderat hatte in der Sitzung am 24.07.2018 den Beschluss zur Schaffung dieser Bestattungsmöglichkeiten zunächst zurückgestellt.

Es wurde eine Ortsbesichtigung der vorgeschlagenen Standorte durch den Bauausschuss zusammen mit dem Architekten angeregt.

Im Rahmen seiner Sitzung am 18.09.2018 wurde dieser Ortstermin vom Bauausschuss nun durchgeführt. Hierbei wurde die Möglichkeit zur Aussprache und Fragestellung an den Architekten genutzt und eine Entscheidung bezüglich der Einrichtung der verschiedenen Kammersysteme vorbereitet.

Der Bauausschuss hat folgende Beschlussempfehlung mit 11:0 Stimmen gefasst:

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, die Maßnahmen zur Schaffung von Urnengrabanlagen am Friedhof Eggolsheim samt Umgriffen und Anbindung an die Aussegnungshalle so zeitnah wie möglich umzusetzen.

Es wird die Anwendung eines Mischsystems aus 2-Kammern-System (Richtwert 2/3) und 4-Kammern-System (Richtwert 1/3) bei der Anlage des Urnenkammersystems beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, dies zusammen mit dem Architekten zu beplanen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung ermächtigt, die entsprechenden Ausschreibungen zu beauftragen. Die Mittel von vsl. 80.000 € (brutto) werden im den Haushalt 2019 eingeplant.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 1 Anwesend 20

7. Vergabe von Aufträgen

7.1 Auftragsvergabe zum Breitbandausbau Markt Eggolsheim (2. Verfahren)

Zur ergänzenden Erschließung der Breitbandversorgung im Gebiet des Marktes Eggolsheim wurde 2017/2018 eine weitere Markterkundung durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass lediglich in Unterstürmig und Rettern unterversorgte Gebiete vorhanden sind, die über das ergänzende Verfahren mit Fördermitteln ausgebaut werden können.

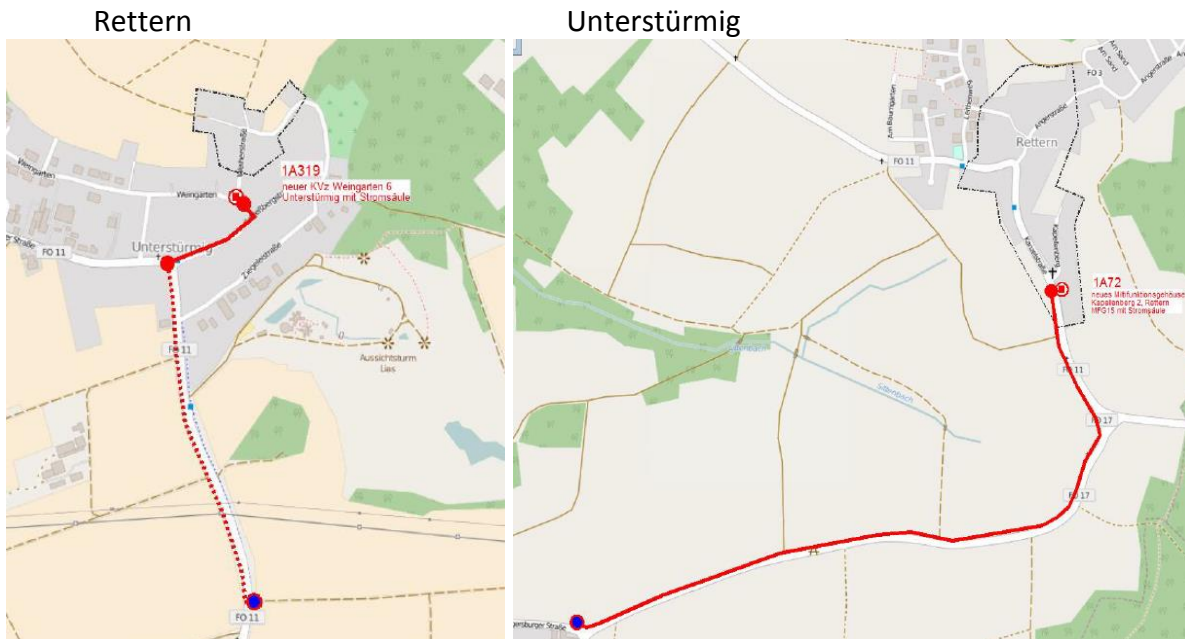
Das Büro Först Consult wurde mit der Ausschreibung beauftragt. Es ist ein Angebot eingegangen: Telekom Deutschland GmbH. Das Angebot wurde vom Büro Först geprüft und anhand der vorgegebenen Bewertungsmatrix beurteilt. Der Vergabevorschlag wurde dem Marktgemeinderat über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Die wichtigsten Inhalte:

Beginn Auswahlverfahren	19.07.2018
Ende Auswahlverfahren	31.08.2018
Anzahl der eingereichten Angebote	1
Anzahl der gewerteten Angebote	1
Defizitlücke	132.333,00 €
Vergleichsangebote	0
Nebenangebot zulässig	nein
Nebenangebot abgegeben	nein
Aufteilung in Lose	nein
Verwendete Technik	FTTC
Ausbaugebiet zu 100 % versorgt	ja
Ausbaugebiet mit mind.30 Mbit/s im Download versorgt	ja
Ausbaugebiet mit mind. 2,7 Mbit/s im Upload versorgt	ja
Anzahl Haushalte	101

Die Darstellung der Wirtschaftlichkeitslücke ist nachvollziehbar. Die Kosten der Infrastruktur wurden anhand der Angaben überschlägig berechnet. Dabei wurden neben den Kosten für den Tiefbau und die Nutzung der vorhandenen Leerrohre auch der Aufbau des Netzverteilers anhand branchenüblicher Preise berücksichtigt. Laufende Betriebskosten und zu erwartende Einnahmen sind ebenfalls nachvollziehbar.

Die erreichbare Bandbreite nach dem Ausbau ist aufgrund des technischen Konzepts nachvollziehbar. Die geforderte Mindestbandbreite kann garantiert werden.

Ausbaugebiete:



Das Angebot wurde vom Breitbandzentrum auf Plausibilität geprüft und als dahingehend korrekt bezeichnet.

Im Haushalt 2018 sind Ausgaben in Höhe von 120.000 € und Zuwendungen in Höhe von 90.000 € (Förderreste aus dem 1. Verfahren) vorgesehen. Da in diesem Jahr eine Umsetzung eher unwahrscheinlich ist, sind die Ansätze für den Haushalt 2019 entsprechend anzupassen.

Beschluss:

Die Telekom Deutschland GmbH, Georg-Elser-Str. 4, 90441 Nürnberg, erhält den Zuschlag für den Ausbau der Erschließungsgebiete Rettern und Unterstürmig im Markt Eggolsheim mit leistungsfähigem Breitbandanschlüssen gemäß dem Angebot vom 14.08.2018 mit einer Defizitlücke von 132.333,00 €. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, den entsprechenden Breitbandausbauvertrag zu schließen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

7.2 Ersatzbeschaffung eines Pritschenwagens für den Bauhof

Der Rahmen des Iveco-Pritschenfahrzeuges ist Ende Juli gebrochen. Es musste aus Sicherheitsgründen sofort stillgelegt werden. Eine Ersatzbeschaffung war umgehend notwendig, da es eines der am meisten genutzten Fahrzeuge im Bauhof ist.

Insgesamt wurden mehr als 10 Angebote verschiedener Neu- und Gebrauchtfahrzeuge eingeholt. In der engeren Auswahl standen folgende Fahrzeuge:

1. Ein Mercedes Sprinter Pritschenwagen in blau, 4 Jahre gebraucht, 125.000 km mit Gebrauchtwagengarantie für etwa 25.000 € inkl. MwSt.

2. Ein VW Crafter Pritschenwagen in weiß mit guter Ausstattung einschließlich AHK neu für etwa 35.000 € (10.000 € Nachlass vom Listenpreis verhandelt) inkl. MwSt

In Abstimmung mit dem 2. und 3. Bürgermeister wurde sich im Rahmen einer dringlichen Anordnung für das Neufahrzeug entschieden. Das Fahrzeug stand sofort zur Verfügung und ist bereits seit Mitte August in Betrieb.

Die außerplanmäßigen Kosten in Höhe von 35.000 € zzgl. Warnaufkleber und Planenaufbau sind über die positive Einnahmenentwicklung sowie nicht durchgeführte Bauprojekte finanzierbar.

Beschluss:

Die im Rahmen einer dringlichen Anordnung durchgeführte Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges für den gemeindlichen Bauhof wird durch den Marktgemeinderat genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

7.3 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Auftragserweiterung Drehtürantrieb im Gewerk Fenster und Außentüren

Die östl. Eingangstüre zum Dorftreff Faulenzer wurde nachträglich mit einer Drehtüranlage ausgestattet. Hierdurch ist zukünftig ein vollkommener barrierefreier Zugang zum Gebäude gewährleistet. Die Entscheidung wurde aufgrund der guten Resonanz und Erfahrung mit den Eingängen an Schule und Eggerbach-Halle getroffen. Auch eine Empfehlung der Behindertenbeauftragten gab den Anstoß zur Nachrüstung. Das Gebäude kann damit ohne Hilfe Dritter betreten werden.

Die Installation der Drehtüranlage und Umbau der ursprünglich vorgesehenen Tür wurde im Rahmen eines Nachtragsangebotes im Gewerk Fenster und Außentüren vergeben. Die Beauftragung war im Zuge des Baufortschritts notwendig.

Nachtragsangebot vom: 08.08.2018

Vergütung Summe netto: 8.195 €

Begründung: zusätzliche Leistung/Sonderwunsch (Höherwertige Ausstattung des barrierefreien Zugangs auf Wunsch des Bauherren)

Prüfung der Angebotspreise: Die Einheitspreise sind wirtschaftlich vertretbar und wurden mit Preisen ähnlicher Objekte und Leistungen verglichen.

Auftragnehmer: Schreinerei Hümmer

Die Aktualisierte Kostenfortschreibung liegt bei, die Vertragssumme erhöht sich um 9.752 € brutto.

Beschluss:

Das Nachtragsangebot 02 im Gewerk Fenster und Außentüren i.H.v. 9.752 € brutto wird vom Marktgemeinderat nachträglich genehmigt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 1 Anwesend 20

7.4 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Auftragserweiterung Zusatzarbeiten im Gewerk Fenster und Außentüren

Im Innenausbau des Dorftreff Faulenzer sind verschiedene Arbeiten im Rahmen eines Nachtragsangebotes im Gewerk Fenster und Außentüren vergeben worden. Die Beauftragung war im Zuge des Baufortschritts notwendig.

Nachtragsangebot vom:	10.07.2018
Vergütung Summe netto:	7.802 €
Begründung:	zusätzliche Leistung/Sonderwunsch (Zusätzlich notwendige Bekleidungsarbeiten, Anpassung an Bestandsbauteile des Altbaus, Garderobe und Wickeltisch (Sonderwunsch Bauherr), Zusatzleistung nach BS-Konzept)
Prüfung der Angebotspreise:	Die Einheitspreise sind wirtschaftlich vertretbar und wurden mit Preisen ähnlicher Objekte und Leistungen verglichen.
Auftragnehmer:	Schreinerei Hümmer

Die Aktualisierte Kostenfortschreibung liegt bei, die Vertragssumme erhöht sich um 9.284 € brutto.

Beschluss:

Das Nachtragsangebot 03 im Gewerk Fenster und Außentüren i.H.v. 9.284 € brutto wird vom Marktgemeinderat nachträglich genehmigt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 1 Anwesend 20

7.5 Dorferneuerung Bammersdorf, Pavillon

Für die Dorferneuerungsmaßnahme Bammersdorf im Rahmen der ELER-Infrastrukturmaßnahme vor dem Feuerwehrhaus und dem Sportplatz hat das Ingenieurbüro Sauer+Harrer, Eggolsheim den zu errichtenden Pavillon ausgeschrieben und dazu folgenden Vergabevorschlag vorgelegt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

die Angebote der Submission vom **17.09.2018, 14:30 Uhr** zu der im Betreff genannten Maßnahme wurden technisch und rechnerisch geprüft.

Alle Angebote wurden rechtsverbindlich unterschrieben und wurden vollständig und korrekt ausgefüllt. Die Angebotssummen sind in der Niederschrift der Verdingungsverhandlung dokumentiert.

Die Ausschreibung erfolgte durch den Markt Eggolsheim

Der Pavillon wurde nach VOB/A § 3a im beschränkten Verfahren ausgeschrieben.

Submission Markt Eggolsheim: Mo., **17.09.2018, 14:30 Uhr**

Angeforderte Angebote: **6 Stck**

Abgegebene Angebote : **4 Stck**

Gewertete Angebote: **4 Stck**

Ausführungszeitraum: Beginn **08.10.2018** bis **12.11.2018**

1. Hauptangebote:

Die Nachrechnung sowie die Erstellung des Preisspiegels erfolgt mittels elektronischer Datenverarbeitung. Die geprüften Angebotssummen wurden wie folgt ermittelt:

Bieter :		Angebotssumme brutto in EUR	Angebotssumme brutto in EUR Nachgerechnet	Bemerkung
			Nachlässe berück.	
1.	Fa. Holzbau Engert, Buttenheim	11.340,89 €	11.340,89 €	
2.	Fa. Eggolsheimer Holzbau, Eggolsheim	13.657,23 €	13.658,08 €	1)
3.	Fa. Werner Schmitt, Strullendorf	14.168,50 €	14.168,50 €	
4.	Fa. Schwarzmann, Unterstürmig	15.958,50 €	15.958,50 €	

1)	Rechenfehler
----	--------------

2. Vergleich Kostenberechnung – Angebot günstigster Bieter:

Im Vorfeld wurden vom Büro Sauer + Harrer GmbH für die Maßnahme reine Baukosten in Höhe von ca. 17.850,00 € ermittelt.

Das derzeit günstigste Angebot der Firma Engert Holzbau GmbH aus Buttenheim ist somit um 6.509,11 € niedriger als die vorliegende Kostenberechnung.

3. Nachrechnung und Wertung:

Die vorliegenden 4 Angebote wurden fristgerecht vor Angebotseröffnung eingereicht. Keiner der Bieter ist derzeit insolvent. Bei der Prüfung der Angebote wurden keine Anzeichen einer Abrede zwischen einzelnen oder mehreren Bietern festgestellt.

Bei der Auswertung der Angebote wurde folgendes festgestellt:

1.) Bei der **Fa. Eggolsheimer Holzbau** wurde bei der Position 16 ein Rechenfehler festgestellt und berichtigt.

Somit erhöht sich die Angebotssumme von 13.657,23 € auf 13.658,08 €.

Die Firma Eggolsheimer Holzbau bleibt nach der Prüfung dennoch zweitgünstigster Bieter der Maßnahme.

Der Mindestbieter, die Engert Holzbau GmbH aus Eggolsheim, bleibt nach der rechnerischen Prüfung der Angebote mit einem Angebotspreis in Höhe von 11.340,89 € günstigster Bieter.

4. Pauschal-Alternativangebot / Nebenangebote / Sondervorschläge

Es wurden keine Alternativ-/ Nebenangebote oder Sondervorschläge eingereicht.

5. Vergabevorschlag

Nach Prüfung und Wertung der Angebote und unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten empfehlen wir gemäß § VOB/A den Auftrag

an die Firma: **Engert Holzbau GmbH**
Im Gewerbepark 6
96155 Buttenheim

zum Preis von Brutto: **11.340,89 €**

für das Pavillon der Dorferneuerung Bammersdorf zu vergeben.

Die Niederschrift über die Verdingungsverhandlung mit den nachgerechneten Endsummen, den Preisspiegel sowie die 4 Original Leistungsverzeichnisse der Bieter haben wir Ihnen in Anlage beigelegt.

Sollten Sie noch Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Markus Nagengast“

Die Verwaltung schließt sich dem Vergabevorschlag des Ingenieurbüros an.

Beschluss:

Die Fa. Holzbau Engert, Buttenheim erhält den Auftrag für die Errichtung eines Pavillons für die im Betreff bezeichnete Baumaßnahme auf der Grundlage ihres Angebotes vom 16.09.2018 in Höhe von 11.340,89 € inkl. Mehrwertsteuer.

1. Bürgermeister Claus Schwarzmann bzw. dessen Stellvertreter ist ermächtigt, diesen Vertrag rechtsverbindlich für den Markt Eggolsheim zu unterzeichnen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

7.6 Bauleistungen zum Lückenschluss des Radweges und Neubau eines Linksabbiegestreifens mit Querungshilfe an der Einmündung GVS / KrFo1

Die vorsorgliche Vergabe dieser Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Landkreis Forchheim wurde bereits in der Sitzung des Marktgemeinderates vom 24.07.2018 beschlossen. Die Submission konnte aufgrund der vorgegebenen Fristen allerdings erst am 18.09.2018 erfolgen, sodass die formelle Vergabe unter Vorlage des folgenden Vergabevorschlags des Ingenieurbüro Sauer&Harrer vom 18.09.2018 in der heutigen Sitzung erfolgen kann:

...die Angebote der Submission vom **18.09.2018, 14:00 Uhr** zu der im Betreff genannten Maßnahme wurden technisch und rechnerisch geprüft.

Alle Angebote wurden rechtsverbindlich unterschrieben und wurden vollständig und korrekt ausgefüllt.
Die Angebotssummen sind in der Niederschrift der Verdingungsverhandlung dokumentiert.

Die Ausschreibung erfolgte durch den Markt Eggolsheim

Die Straßenbauarbeiten wurden nach VOB/A § 3a im öffentlichen Verfahren ausgeschrieben.

Submission Markt Eggolsheim: Di., **18.09.2018, 14:00 Uhr**

Angeforderte Angebote: **7 Stck**

Abgegebene Angebote : **4 Stck**

Gewertete Angebote: **4 Stck**

Ablauf der Zuschlagsfrist: **16.09.2018**

Ausführungszeitraum: Beginn **01.10.2018** bis **30.04.2019**

4. Hauptangebote:

Die Nachrechnung sowie die Erstellung des Preisspiegels erfolgt mittels elektronischer Datenverarbeitung.
Die geprüften Angebotssummen wurden wie folgt ermittelt:

Bieter:		Angebotssumme brutto in EUR	Angebotssumme brutto in EUR Nachgerechnet	Bemerkung
			<i>Nachlässe berück.</i>	
1.	Fa. Richard Schulz, Buttenheim	697.210,29 €	697.210,29 €	
2.	Fa. Rädlinger, Selbitz	777.545,75 €	777.545,75 €	
3.	Fa. Strabag, Neudrossenfeld	829.875,18 €	829.875,18 €	
4.	Fa. Leipold, Hessdorf	982.115,45 €	982.115,45 €	

5. Vergleich Kostenberechnung – Angebot günstigster Bieter:

Im Vorfeld wurden vom Büro Sauer + Harrer GmbH für die Maßnahme reine Baukosten in Höhe von ca. 639.853,24 € ermittelt.

Das derzeit günstigste Angebot der Firma Richard Schulz Tiefbau GmbH + Co. KG aus Buttenheim ist somit um 57.357,05 € höher als die vorliegende Kostenberechnung (ohne Grunderwerb und Beleuchtungseinrichtung).

6. Nachrechnung und Wertung:

Die vorliegenden 4 Angebote wurden fristgerecht vor Angebotseröffnung eingereicht.

Keiner der Bieter ist derzeit insolvent. Bei der Prüfung der Angebote wurden keine Anzeichen einer Abrede zwischen einzelnen oder mehreren Bietern festgestellt.

Der Mindestbieter, die Firma Richard Schulz Tiefbau GmbH + Co. KG aus Buttenheim, bleibt nach der rechnerischen Prüfung der Angebote mit einem Angebotspreis in Höhe von 697.210,29 € günstigster Bieter.

4. Pauschal-Alternativangebot / Nebenangebote / Sondervorschläge

Es wurden keine Alternativ-/Nebenangebote oder Sondervorschläge eingereicht.

5. Vergabevorschlag

Nach Prüfung und Wertung der Angebote und unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten empfehlen wir gemäß § VOB/A den Auftrag

an die Firma: **Richard Schulz Tiefbau GmbH + Co. KG**
Im Gewerbepark 10
96155 Buttenheim

zum Preis von Brutto: **697.210,29 €**

für die Straßenbauarbeiten der Kreisstraße Fo 1 zu vergeben.

Die Niederschrift über die Verdingungsverhandlung mit den nachgerechneten Endsummen, den Preisspiegel sowie die 4 Original Leistungsverzeichnisse der Bieter haben wir Ihnen in Anlage beigelegt.

Sollten Sie noch Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Markus Nagengast

Anlagen:

- Preisspiegel
- Niederschrift der Verdingungsverhandlung
- 4 Original Angebote

Beschluss:

Die Fa. Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co KG, Buttenheim erhält den Auftrag für die im Betreff näher bezeichnete Baumaßnahme auf der Grundlage des geprüften Angebotes in Höhe von 697.210,29 € (Angebot vom 17.09.2018). Erster Bgm. Claus Schwarzmann wird ermächtigt, das Angebot anzunehmen und den Auftrag rechtsverbindlich zu erteilen. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

7.7 Radweg Bahnhofstraße Eggolsheim - Mehrkosten im Zuge der Bauausführung

Zurückgestellt

8. Förderinitiative zur Belebung von Ortskernen "Innen statt Außen" durch die Regierung von Oberfranken Selbstbindungsbeschluss zur Innenentwicklung

Mit Wirkung ab Programmjahr 2018 unterstützt die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der Förderinitiativen „Innen statt Außen“ das kommunale Engagement zum Flächensparen durch verbesserte Förderkonditionen bei Projekten der Innenentwicklung. Ebenso gibt es Unterstützung bei der Entsiegelung befestigter Flächen durch die Förderinitiative „Flächenentsiegelung“.

Für Gemeinden in ganz Bayern, die sich durch einen Gemeinderatsbeschluss und durch ein städtebauliches Konzept dazu verpflichten, ihre Ortsentwicklung vorrangig auf die Innenentwicklung auszurichten, ist für einschlägige Projekte im Rahmen der Städtebauförderung oder der Dorferneuerung eine Erhöhung des Regelfördersatzes um 20 Prozentpunkte möglich. Mit einem erhöhten Fördersatz können innerörtliche Maßnahmen, die einen Beitrag zum Flächensparen leisten bzw. der Flächenentsiegelung dienen, ausgestattet werden. Dazu zählen neben anderen insbesondere gemeindliche Maßnahmen und kommunale Förderprogramme für Modernisierung, Instandsetzung und ggf. Abbruch (falls nicht denkmalgeschützt) innerörtlicher, leerstehender oder vom Leerstand bedrohter Gebäude.

Voraussetzung für Projektförderungen im Rahmen von „Innen statt Außen“ ist das Vorliegen eines kommunalen städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) mit Aussagen zu vorhandenen Innenentwicklungspotentialen, zum beabsichtigten Vorrang der Innenentwicklung sowie mit Vorschlägen zu Instrumenten und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele. Dies liegt dem Markt Eggolsheim mit Stand November 2017 vor. Hinreichende Einlassungen zu den Zielsetzungen und Handlungsansätzen sowie Maßnahmen mit Bezug zur Innenentwicklung sind darin enthalten.

Zudem wurde in den Jahren 2015/2016 ein ILEK erarbeitet, das mit Stand vom September 2016 ebenfalls vom Marktgemeinderat gebilligt wurde. Im ILEK finden sich ebenfalls weitreichende Erhebungen und Handlungsempfehlungen zum Thema Innenentwicklung und Flächenmanagement. Dies wurde mit der Durchführung eines Vitalitäts-Check 2.0 auf eine objektive Datenbasis für die Entwicklung einer Zukunftsstrategie gestellt.

Weitere Voraussetzung für Projektförderungen im Rahmen von „Innen statt Außen“ ist das Vorliegen eines gemeindlichen Selbstbindungsbeschlusses zur Innenentwicklung mit Darstellung, wie der Vorrang der Innenentwicklung umgesetzt werden soll.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, am Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept für den Markt Eggolsheim sowie dem Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept für die Allianz Regnitz-Aisch festzuhalten. Er verpflichtet sich, vorrangig Innenentwicklung zu betreiben, in dem er beabsichtigt,

- Gebäudeleerstände in den Ortskernen einer neuen Nutzung zuzuführen
- innerörtliche Baulücken zu nutzen
- Neu- und Umnutzungen zu erleichtern
- Gewerbeansiedlungen und Baulandausweisungen auf sinnvolle und erforderliche Maßnahmen zu beschränken
- mindergenutzte Flächen rückzubauen, zu entsiegeln oder einer neuen Nutzung zuzuführen
- Möglichkeiten zur Begrünung zu nutzen oder Beläge zur Verbesserung der Versickerungsfähigkeit einzubauen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

**9. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Weilersbach;
Aufstellung des Bebauungsplans "Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplans St. Anna Leite" und integriertem Grünordnungsplan**

Mit Schreiben vom 14.08.2018 beteiligt die Weyrauther Ingenieurgesellschaft im Auftrag der Nachbargemeinde Weilersbach den Markt Eggolsheim an der Aufstellung des Bebauungsplans „Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplans St. Anna Leite“.

Das Ziel der Bauleitplanung ist es den im Flächennutzungsplan bereits ausgewiesenen ungenutzten Innenbereich für Wohnbebauung zu nutzen. Insbesondere soll durch den Zuzug junger Familien der demografischen Entwicklung entgegen gewirkt werden.

Das Gebiet liegt im Innenbereich der Gemeinde in den Gemarkungen Ober- und Unterweilersbach und ist bisher dominiert von Acker- und Grünlandflächen. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Weilersbach entwickelt.

Belange des Marktes Eggolsheim sind nicht berührt.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erhebt keine Einwendungen gegen die vorgelegte Bauleitplanung der Gemeinde Weilersbach für den Bereich „Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplans St. Anna Leite“ und integriertem Grünordnungsplan.

Mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

**10. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Forchheim,
Aufstellung des Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Solarpark Forchheim Nord"**

Der Stadtrat der Stadt Forchheim hat in seiner Sitzung vom 18.07.2018 den Aufstellungsbeschluss des Bebauungs- und Grünordnungsplans „Solarpark Forchheim Nord“ beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Flächennutzungsplan in diesem Bereich zu ändern.

Der Markt Eggolsheim wird mit Schreiben vom 25.07.2018 an der Bauleitplanung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung beteiligt.

Die Stadtwerke Forchheim planen im Norden der Stadt, östlich der Autobahn A 73 und westlich der Bahnlinie Bamberg-Nürnberg die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage. Ziel ist die Erzeugung regenerativer, klimaneutraler Energie, die in das öffentliche Netz eingespeist wird. Das Baugebiet wird als sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ ausgewiesen.

Der derzeit rechtsverbindliche Flächennutzungsplan weist die betroffenen Flächen als Flächen für die Landwirtschaft und Wald aus. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes ist beabsichtigt, das Gebiet als Sonderbaufläche für Photovoltaik auszuweisen.

Belange des Marktes Eggolsheim sind nicht berührt.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erhebt keine Einwendungen gegen die vorgelegte Bauleitplanung der Stadt Forchheim für den Bereich „Solarpark Forchheim Nord“.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 1 Anwesend 20

11. Behandlung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts-, und Forstausschusses vom 18.09.2018 (ö.T.)

11.1 Bauantrag: Dr. Andreas Schneider, Bammersdorf Bauvorhaben: Neubau einer Industriehalle mit Bürogebäude und drei Fertiggaragen Bauort: Fl.Nrn. 1904 und 1905, Gemarkung Eggolsheim (Bahnhofstraße 58)

Herr Dr. Schneider reicht für den Neubau einer Industriehalle mit Bürogebäude und 3 Fertiggaragen einen Bauantrag ein.

Die Firma SAM ist bislang im Lindner-Gebäude eingemietet und möchte sich im neuen Gewerbegebiet „Schottwiesen-Ost“ ansiedeln.

Das Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes „Schottwiesen-Ost“. Das Bauvorhaben ist auf den Bebauungsplan abgestimmt, so dass keine Befreiungen erforderlich sind. Da der Bebauungsplan jedoch noch nicht die formelle Planreife hat und die Erschließung derzeit noch nicht gesichert ist, ist ein Baugenehmigungsverfahren erforderlich.

Die Nachbarn wurden nicht beteiligt.

Der Bauausschuss stimmte dem Vorhaben mit einem Abstimmungsergebnis von 11:0 zu.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gem. § 36 BauGB.

Das anfallende Dachwasser ist über Rigolen auf dem eigenen Grundstück zu entsorgen. Für den Überlauf in den Eggerbach ist ggf. eine gesonderte wasserrechtliche Erlaubnis des Landratsamtes Forchheim erforderlich.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Einstimmig beschlossen Ja 0 Nein 0 Anwesend 0 Persönlich beteiligt 0

Abstimmungsvermerke:

Die Marktgemeinderäte Dr. Hans-Jürgen Dittmann und Monika Dittmann waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

**11.2 Bauantrag: Dr. Andreas Schneider, Bammersdorf
Bauvorhaben: Antrag auf Teilbaugenehmigung für den Neubau einer
Industriehalle mit Bürogebäude und drei Fertiggaragen
Bauort: Fl.Nrn. 1904 und 1905, Gemarkung Eggolsheim (Bahnhofstraße
58)**

Herr Dr. Schneider beantragt für sein Bauvorhaben eine Teilbaugenehmigung, da noch im Herbst 2018 bereits mit dem Neubau der Industriehalle begonnen werden soll.

Die Teilbaugenehmigung wird für die Ausschachtungsarbeiten und Fundamentierung bzw. Bodenplatte und für die Errichtung der Entwässerungsleitungen beantragt.

Der Bauausschuss stimmte dem Vorhaben mit einem Abstimmungsergebnis von 11:0 zu.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gem. § 36 BauGB.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

**11.3 Antrag auf Vorbescheid: Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Neckarsulm
Bauvorhaben: Abriss und Neubau eines LIDL-Marktes mit Fachmarkt
Bauort: Fl.Nrn. 126/6, 126/7, 130 und 130/1, Gemarkung Neuses a.d.
Regnitz (Weinhütten 1)**

Die LIDL Dienstleistung GmbH & Co. KG hat einen Antrag auf Vorbescheid für den Abriss und Neubau eines LIDL-Marktes mit Fachmarkt eingereicht.

Das Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Neuses II“.

Mit dem Vorbescheid soll geklärt werden, ob die geplanten Verkaufsflächen planungsrechtlich zulässig sind. Folgende Verkaufsflächen sind geplant:

- Lebensmittelmarkt: 1.337 m², hilfsweise 1.200 m²

- Fachmarkt: 1.020 m²
- Bäcker- und Metzgerladen: 160 m²

Inwieweit die vorgesehenen Verkaufsflächen zulässig sind, entscheidet das Landratsamt Forchheim in Absprache mit der Landesplanung.

Weiterhin wird eine Überschreitung der Baugrenze angefragt. Der geplante Lidl-Markt liegt außerhalb der Baugrenze. Hierdurch kann die Bauverbotszone von 20 m zur Staatsstraße 2244 nicht mehr eingehalten werden.

Aus Sicht der Verwaltung kann der Überschreitung der Baugrenze zugestimmt werden, sofern das Staatliche Bauamt hierzu seine Zustimmung erteilt.

Der Bauausschuss stimmte dem Vorhaben mit einem Abstimmungsergebnis von 11:0 zu.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gem. § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Neuses II“ hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenzen wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass das Staatliche Bauamt die Zustimmung zur Bebauung innerhalb der Bauverbotszone von 20 m zur Staatsstraße erteilt.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

11.4 Verlängerung der Baugenehmigung der Drügendorfer Schotterwerke GmbH & Co., Drügendorf Bauvorhaben: Anlage und Betrieb einer Lagerfläche Bauort: Fl.Nr. 2437, Gemarkung Eggolsheim

Der ursprüngliche Bauantrag wurde bereits 2008 genehmigt und diese Genehmigung 2012, 2014 und 2016 jeweils um 2 Jahre verlängert.

Es handelt sich um die Errichtung einer Lagerfläche für Sand, Kies, Auffüllmaterial, Humus und Oberboden im Bereich der Sand- und Kiesgrube in Eggolsheim. Die geplante Lagerfläche weist eine Länge von ca. 60 m, eine Breite von ca. 40 m und eine max. Schütthöhe von ca. 8 m auf. Das Vorhaben wurde bisher nicht durchgeführt.

Der Bauausschuss stimmte dem Vorhaben mit einem Abstimmungsergebnis von 11:0 zu.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gem. § 36 BauGB für die Lagerung der im ursprünglichen Antrag genannten Materialien. Eine Gefährdung des Grundwassers ist auszuschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

11.5 Neugestaltung des Spielplatzes Bammersdorf im Rahmen der ELER-Infrastrukturmaßnahme am Gemeinschaftshaus

In der Sitzung des Bauausschusses am 28.11.2017 wurden vier mögliche Planungsvarianten für die Neugestaltung des Spielplatzes am Gemeinschaftshaus in Bammersdorf, Oertelbergstraße, vorgestellt.

Diese Varianten wurden nochmals mit den Bammersdorfer Bürgern besprochen. Die Planerin, Frau Pelz-Lindner, hat daraufhin einen endgültigen Plan für die Gestaltung des Spielplatzes ausgearbeitet.

Die Umgestaltung des Spielplatzes wird im Zuge der ELER-Maßnahme am Umfeld des Gemeinschaftshauses ausgeführt.

Die Planung wird den Marktgemeinderatsmitgliedern über das Sitzungsprogramm zur Verfügung gestellt.

Der Bauausschuss billigte die Planung mit einem Abstimmungsergebnis von 11:0.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt Kenntnis von den Planungen für die Neugestaltung des Spielplatzes in Bammersdorf und billigt diese.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

12. Kommunale Verkehrsüberwachung - Statistische Auswertungen

Der Marktgemeinderat hat in der letzten Sitzung eine statistische Auswertung der kommunalen Verkehrsüberwachung angefordert. Die Verwaltung hat folgende Zahlen zusammengetragen.

Fließender Verkehr:

Insgesamt wurden in den Monaten März bis Juli 93 Messstunden an den verschiedenen Messstellen durchgeführt. Hierbei wurden bei einem Gesamtdurchlauf von 10.267 Fahrzeugen insgesamt 1.402 Verstöße festgestellt, was einer Verstoßquote von 13,66 % entspricht. Sollbußgeldeinnahmen von 31.240 € stehen nach Stand bis Juli 2018 somit zu Buche. Kosten von 14.081,20 € wurden durch die Verkehrsüberwachung bisher erzeugt, dadurch entsteht aktuell ein Überschuss von 17.158,80 €.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs erst im Juli begonnen hat und dort für gewöhnlich eine Unterdeckung von ca. 1.000 €/Monat anfällt.

Die Verstoßquoten bei der Ortsdurchfahrt Kauernhofen, der Jägersburger Straße in Bammersdorf und der Forchheimer Straße in Eggolsheim sind mit teils deutlich über 20 % am höchsten. Die restlichen Messstellen bewegen sich durchschnittlich alle bei um die 10% oder teilweise sogar noch darunter, was insgesamt als positiv zu werten ist.

Der Anteil an den 1.402 Verstößen gliedert sich wie folgt:

Gesamtanzahl Verstöße und Geschwindigkeitsbereich der Verstöße							
Messstelle	Anzahl	bis 10 km/h	bis 15 km/h	bis 20 km/h	über 20 km/h	Spitzenreiter	Zulässig
Eggolsheim, Am oberen Tor	10	2	7	1	0	30 km/h	10 km/h
Eggolsheim, FO 1, St.-Martin-Straße	4	3	1	0	0	68 km/h	50 km/h
Eggolsheim, FO 5, Mittelweg	206	135	49	12	10	88 km/h	50 km/h
Eggolsheim, FO 5, Schillerstraße	79	47	20	7	5	83 km/h	50 km/h
Eggolsheim, Schulstraße, Bücherei	49	8	26	14	1	39/km/h	10 km/h
Bammersdorf, Am Brunnfeld	8	4	3	1	0	49 km/h	30 km/h
Bammersdorf, Jägersburger Str.	194	118	54	16	6	69 km/h	30 km/h
Kauernhofen, FO 11, A.-Knauer-Str.	198	87	62	27	22	64 km/h	30 km/h
Neuses, St 2244, Ortsdurchfahrt	80	58	13	7	2	82 km/h	50 km/h
Neuses St 2244, Einm. Weinhütten	479	285	141	36	17	84 km/h	50 km/h
Rettern, Kanzelstraße	2	2	0	0	0	73 km/h	50 km/h
Unterstürmig, FO 11, Buttenh. Str.	93	67	15	10	1	76 km/h	50 km/h
Weigelshofen, FO 11, Eggerbachstr.	0	0	0	0	0	50 km/h	50 km/h
Gesamt	1402	816	391	131	64		
Quote		58,20	27,89	9,34	4,56		

Eine klare Entwicklung der Wirkung der Verkehrsüberwachung bei den Problemstellen durch eine spürbare Verringerung der Verstoßquoten zeichnet sich leider noch nicht ab, was die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Überwachung unterstreicht.

Unten aufgeführt sind die Einzelauswertungen zu den Messstellen.

Einzelauswertungen der Messstellen:

Messstelle Eggolsheim, Am oberen Tor, Höhe HsNr. 11 (10 km/h - Schrittgeschwindigkeit)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
30.04.2018	08:19 bis 09:53 Uhr	01:34	25	0	0,00%	16	0,00 €
08.05.2018	15:07 bis 16:55 Uhr	01:48	11	0	0,00%	6	0,00 €
04.06.2018	05:50 bis 08:01 Uhr	02:11	30	8	26,70%	14	210,00 €
17.07.2018	16:01 bis 16:54 Uhr	00:53	13	2	15,40%	15	50,00 €
Gesamt		06:26	79	10		51	260,00 €
Durchschnitt			19,75	2,5	10,53%	12,75	65,00 €

Messstelle Eggolsheim, FO 1, St.-Martin-Straße, Höhe Einmündung Nelkenweg (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
06.03.2018	10:04 bis 11:56 Uhr	01:52	199	3	1,50%	107	55,00 €
02.05.2018	08:05 bis 09:27 Uhr	01:22	90	1	1,10%	66	15,00 €
Gesamt		03:14	289	4		173	70,00 €
Durchschnitt			144,5	2	1,30%	86,5	35,00 €

Messstelle Eggolsheim, FO 5, Forchheimer Str., ggü. Einmündung Mittelweg (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
30.04.2018	10:09 bis 11:54 Uhr	01:45	225	28	12,40%	129	640,00 €
02.05.2018	05:47 bis 07:55 Uhr	02:08	363	109	30,00%	170	2.485,00 €
04.06.2018	08:14 bis 10:51 Uhr	02:37	250	35	14,00%	96	695,00 €
03.07.2018	08:15 bis 10:58 Uhr	02:43	248	34	13,70%	91	805,00 €
Gesamt		09:13	1086	206		486	4.625,00 €
Durchschnitt			271,5	51,5	17,53%	121,5	1.156,25 €

Messstelle Eggolsheim, FO 5, Forchheimer Straße, Höhe Einmündung Schillerstraße (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
12.04.2018	10:03 bis 11:56 Uhr	01:53	140	29	20,70%	74	680,00 €
17.07.2018	13:48 bis 15:53 Uhr	02:05	215	50	22,30%	103	1.225,00 €
Gesamt		03:58	355	79		177	1.905,00 €
Durchschnitt			177,5	39,5	21,50%	88,5	952,50 €

Messstelle Eggolsheim, Schulstraße, ggü. Bücherei (10 km/h - Schrittgeschwindigkeit)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
12.03.2018	10:50 bis 13:35 Uhr	02:45	80	10	12,50%	29	280,00 €
22.03.2018	05:55 bis 08:58 Uhr	03:03	106	15	14,20%	35	365,00 €
12.04.2018	05:55 bis 07:58 Uhr	02:03	88	6	6,80%	43	140,00 €
12.06.2018	12:45 bis 14:50 Uhr	02:50	122	11	9,00%	59	275,00 €
03.07.2018	05:55 bis 08:08 Uhr	02:13	93	7	7,50%	42	250,00 €
Gesamt		12:54	489	49		208	1.310,00 €
Durchschnitt			97,8	9,8	10,00%	41,6	262,00 €

Messstelle Bammersdorf, Am Brunnfeld, diverse Standorte (30 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
06.03.2018	05:55 bis 07:50 Uhr	01:55	7	0	0,00%	4	0,00 €
12.04.2018	08:15 bis 09:52 Uhr	01:37	13	1	7,70%	8	25,00 €
12.06.2018	16:42 bis 17:46 Uhr	01:04	21	4	19,00%	20	70,00 €
09.07.2018	08:50 bis 10:50 Uhr	02:00	29	3	10,30%	15	75,00 €
Gesamt		06:36	70	8		47	170,00 €
Durchschnitt		01:39	17,5	2	9,25%	11,75	42,50 €

Messstelle Bammersdorf, FO 1, Jägersburger Straße, diverse Standorte (30 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
30.04.2018	05:52 bis 08:05 Uhr	02:13	148	29	19,60%	67	730,00 €
22.05.2018	08:50 bis 10:52 Uhr	02:02	113	31	27,40%	56	875,00 €
12.06.2018	15:05 bis 16:31 Uhr	01:26	168	34	20,20%	117	745,00 €
06.03.2018	08:00 bis 09:50 Uhr	01:50	90	25	27,80%	49	435,00 €
09.07.2018	11:01 bis 13:51 Uhr	02:50	190	75	39,50%	67	1.585,00 €
Gesamt		10:21	709	194		356	4.370,00 €
Durchschnitt			141,8	38,8	26,90%	71,2	874,00 €

Messstelle Kauernhofen, FO 11, A.-Knauer-Str., diverse Standorte (30 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
28.03.2018	12:55 bis 15:01 Uhr	02:06	133	50	37,60%	63	1.700,00 €
28.05.2018	11:58 bis 13:31 Uhr	01:33	34	12	35,30%	22	305,00 €
17.07.2018	17:03 bis 18:51 Uhr	01:48	158	75	47,50%	88	1.690,00 €
30.07.2018	16:46 bis 18:47 Uhr	02:01	121	61	35,30%	22	805,00 €
Gesamt		07:28	446	198		195	4.500,00 €
Durchschnitt			111,5	49,5	38,93%	48,75	1.125,00 €

Messstelle Neuses, ST 2244, Ortsdurchfahrt (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
28.03.2018	15:16 bis 17:56 Uhr	02:40	506	15	3,00%	190	245,00 €
02.05.2018	09:49 bis 11:48 Uhr	01:59	412	21	5,10%	208	465,00 €
28.05.2018	09:31 bis 11:38 Uhr	02:07	384	20	5,20%	181	410,00 €
21.06.2018	08:50 bis 10:45 Uhr	01:55	376	11	2,90%	196	280,00 €
27.07.2018	09:51 bis 11:47 Uhr	01:56	544	13	2,40%	281	245,00 €
Gesamt		10:37	2222	80		1056	1.645,00 €
Durchschnitt			555,5	20	4,65%	264	411,25 €

Messstelle Neuses, ST 2244, Höhe Einmündung Weinhütten (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
12.03.2018	13:54 bis 16:51 Uhr	02:57	926	127	13,70%	314	2.975,00 €
24.04.2018	05:46 bis 08:55 Uhr	03:09	1208	166	13,70%	383	3.615,00 €
08.05.2018	12:44 bis 14:56 Uhr	02:12	605	87	14,40%	275	2.000,00 €
21.06.2018	05:45 bis 08:43 Uhr	02:58	1066	99	9,30%	359	1.945,00 €
Gesamt		11:16	3805	479		1331	10.535,00 €
Durchschnitt			951,25	119,75	12,78%	332,75	2.633,75 €

Messstelle Rettern, FO 11, Kanzelstraße (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
22.05.2018	06:52 bis 08:37 Uhr	01:45	140	2	2,00%	56	30,00 €
Gesamt		01:45	140	2		56	30,00 €
Durchschnitt			140	2	2,00%	56	30,00 €

Messstelle Unterstürmig, FO 11, Buttenheimer Straße (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
08.05.2018	17:11 bis 18:45 Uhr	01:34	202	35	17,30%	129	745,00 €
27.07.2018	06:46 bis 09:36 Uhr	02:49	135	37	9,80%	135	695,00 €
30.07.2018	13:31 bis 16:17 Uhr	02:46	121	21	17,40%	44	380,00 €
Gesamt		07:09	458	93		308	1.820,00 €
Durchschnitt			152,67	31	14,83%	102,67	606,67 €

Messstelle Weigelshofen, FO 11, Eggerbachstraße (50 km/h)							
Datum	Zeitraum	Dauer	Durchlauf	Verstöße	Verstoßquote	Durchlauf/Std.	Bußgelder
24.04.2018	09:19 bis 11:46 Uhr	02:27	119	0	0,00%	49	0,00 €
Gesamt		02:27	119	0		49	0,00 €
Durchschnitt			119	0	0,00%	49	0,00 €

Ruhender Verkehr:

Mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs konnte auf Grund von Personalengpässen des Kooperationspartners erst Ende Juni 2018 begonnen werden. Es wurden bis Mitte August im gesamten Gemeindegebiet **77 Verstöße** geahndet, davon allein 22 Verstöße im Bereich der „Büg“ (unerlaubtes Hängerparken auf PKW-Parkflächen, lt. Überwacher ist die Lage hier aktuell im Griff). Ansonsten verteilen sich die Ahndungen, ohne neuralgische Problemstellen ausmachen zu können. Ein verfestigtes Bild wird sich hier wohl erst nach einer gewissen Zeit abbilden.

Eine Einnahmeübersicht wird uns quartalsmäßig erst noch zur Verfügung gestellt. Der Aufwand wurde bereits im Abzug zu den Einnahmen aus der Überwachung des fließenden Verkehrs berücksichtigt.

Einzelauswertungen nach Straßen:

Altendorfer Straße	3 Verstöße
A.-Knauer-Straße	3 Verstöße
Eisenbachstraße	1 Verstoß
Fliederweg	3 Verstöße
Hartmannstraße	3 Verstöße
Hauptstraße	5 Verstöße
Heinrichstraße	1 Verstoß
Hochrain	1 Verstoß
In der Büg	22 Verstöße
Jägersburger Straße	4 Verstöße
Juraquelle	3 Verstöße
Kirchstraße	2 Verstöße
Kirschäckerstraße	4 Verstöße
Klingenweg	3 Verstöße
Lessingstraße	7 Verstöße
Regnitzstraße	1 Verstoß
Retterer Weg	1 Verstoß
Schießbergstraße	2 Verstöße
Schönbornstraße	6 Verstöße
Tulpenweg	1 Verstoß
Ziegeleistraße	1 Verstoß

Zur Kenntnis genommen

13. Nutzungsvereinbarung für den Dorftreff Eggolsheim mit dem Faulenzer Eggolsheim e.V.

Seitens der Verwaltung wurde nachfolgende Nutzungsvereinbarung für den Dorftreff Eggolsheim ausgearbeitet und mit dem Faulenzer Eggolsheim e.V. besprochen:

Nutzungsvereinbarung zum Dorftreff Eggolsheim

zwischen

dem Markt Eggolsheim, Hauptstraße 27, 91330 Eggolsheim,
vertreten durch den 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann,

und dem

Faulenzer Eggolsheim e. V., Hauptstraße 26, 91330 Eggolsheim,
vertreten durch den 1. Vorstand Max Hofmann,

wird folgende Nutzungsvereinbarung geschlossen:

Präambel

Im Rahmen der Erarbeitung des ISEK Eggolsheim hat der Markt Eggolsheim den ehemaligen Jugendtreff (Hauptstraße 26, Eggolsheim, Fl.Nr. 154, Gem. Eggolsheim) als Leuchtturmprojekt saniert und um einen Anbau erweitert. Er soll zukünftig als Dorftreff und Vereinsraum der Gemeinschaft dienen. Die Nutzung des Erdgeschoßes sowie der Funktionsräume Büro und Waschraum im 1. Obergeschoß wird durch diese Nutzungsvereinbarung geregelt.

§ 1 Zweck des Dorftreffs

Der Dorftreff Eggolsheim ist eine öffentliche Einrichtung des Marktes Eggolsheim und dient als Veranstaltungsstätte. Bevorzugt erfolgt eine Nutzung für kulturelle und gesellschaftliche Zwecke. Insbesondere soll der Dorftreff die soziale Integration und den sozialen Zusammenhalt, das Miteinander in Eggolsheim fördern und stärken.

Der Dorftreff soll zudem möglich machen, kleinere Versammlungen und Veranstaltungen mit geringem organisatorischem Aufwand durchzuführen. Durch das breitere Angebot soll das Dorfleben bereichert und ein Treffpunkt mit hoher Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte Eggolsheim geschaffen werden.

§ 2 Nutzungsberechtigte

Der Dorftreff wird vom Faulenzer Eggolsheim e. V. regelmäßig und in eigener Verantwortung bewirtschaftet. Er ist zuständig für die Überlassung an bzw. Nutzung durch Dritte und übt gleichzeitig das Hausrecht für die in seinem Verantwortungsbereich liegenden Räumlichkeiten (s. Anlage Raumnutzungsplan) aus. Er ist berechtigt, bei zweck- oder vereinbarungswidriger Nutzung die Überlassung mit sofortiger Wirkung zu unterbinden.

Der Dorftreff steht nach Absprache mit dem Faulenzer Eggolsheim e.V. allen Einwohnern des Marktes Eggolsheim, den gemeindlichen Körperschaften, den örtlichen Vereinen und Verbänden, den örtlichen politischen Parteien und Gruppierungen, den lokalen Glaubensgemeinschaften und gewerkschaftlichen Organisationen für öffentliche Veranstaltungen, Sitzungen und Anlässe zur Verfügung.

Er kann nur nach vorheriger Zustimmung des Marktes Eggolsheim auch für sonstige Veranstaltungen überlassen werden. Ein Rechtsanspruch auf Überlassung besteht nicht.

§ 3 Betriebszeiten und Betriebsgrundsätze

Der Dorftreff soll vorrangig und überwiegend den in § 1 genannten Zwecken dienen.

Um dem Ziel einer Förderung der Dorfgemeinschaft gerecht zu werden verpflichtet sich der Faulenzer Eggolsheim e.V. für den Dorftreff einen regelmäßigen Gastbetrieb (ohne Speisen) zu gewährleisten. Diese Betriebsverpflichtung erstreckt sich auf:

- die Öffnung und den Betrieb an mindestens 4 Tagen je Woche zu regelmäßigen Öffnungszeiten von mindestens 18:00 Uhr bis 22:00 Uhr
- mindestens fünf Sonderveranstaltungen pro Jahr (z.B. Musikveranstaltungen, Kleinkunst, etc.).

Der Hauptraum ist vornehmlich für den Regelbetrieb zu nutzen. Um parallel einzelne und wiederkehrende Gemeinschaftsveranstaltungen, wie z.B. Veranstaltungen der Jugend- und Seniorenarbeit, kleine Versammlungen, etc. zu ermöglichen, kann der Kombiraum im Anbau genutzt werden. In den Lagerräumen des DG werden Ausstattungsgegenstände des Dorftreff und des Faulenzer Eggolsheim e.V. untergebracht.

§ 4 Vergabe und Reservierung

Die Vergabe des EG und die Reservierung für bestimmte Termine durch Dritte erfolgt grundsätzlich über bzw. durch den Faulenzer Eggolsheim e.V.. In Problemfällen ist die Gemeindeverwaltung als Entscheidungsinstanz einzuschalten.

Der Dorftreff kann durch den Faulenzer Eggolsheim e. V. in Absprache mit dem Markt Eggolsheim für unter § 1 genannte Zwecke untervermietet werden.

Der Jugendpflege des Marktes Eggolsheim und den örtlichen Vereinen wird ein vorrangiges Nutzungsrecht eingeräumt. Reservierungen des Dorftreffs müssen mindestens 14 Tage vor dem Veranstaltungstermin beim Faulenzer Eggolsheim e. V. erfolgen.

§ 5 Nutzungsentgelt

Die Überlassung des Dorftreffs mit den in der Anlage genannten Räumen zur Bewirtschaftung an den Faulenzer Eggolsheim e.V. erfolgt auf die Dauer von 25 Jahren unentgeltlich. Die unentgeltliche Nutzung erfolgt aufgrund hoher Eigenleistungen des Faulenzer Eggolsheim e.V. sowie der Zweckbindung bei der Nutzung im Sinne der Dorfgemeinschaft.

Der Faulenzer Eggolsheim e.V. ist in folgenden Fällen berechtigt, für die Nutzung durch Dritte eine Aufwandspauschale in Höhe von bis zu 100 € zu erheben:

- Nutzungsbedingte Bewirtschaftung außerhalb der in § 3 festgelegten Regelöffnungszeiten
- Anforderung einer individuellen Bestuhlung
- Nutzung der Multimediaausstattung

§ 6 Betriebskosten

Die Aufteilung der anfallenden Betriebskosten für die in der Anlage genannten Räume werden zwischen dem Markt Eggolsheim und dem Faulenzer Eggolsheim e.V. wie folgt vereinbart:

	Faulenzer Eggolsheim e.V.	Markt Eggolsheim
• Wasser- und Abwasserkosten einschl. Zählermiete	73 %	27 %
• Kosten der Müllabfuhr	100%	
• Betrieb und Unterhaltung der Heizungsanlage	73 %	27 %
• Personal- und Sachkosten für Hausreinigung und ggf. Schädlingsbekämpfung für die gemeinschaftlich genutzten Flächen	73 %	27 %
• Kosten der Feuer-, Sach- und Haftpflichtversicherung	73 %	27 %
• Allgemeiner Strom- und Wärmeverbrauch	73 %	27 %
• Stromkosten	Abrechnung über Zählerverbrauch Abrechnung über Zählerverbrauch	
• Heizkosten (Wärmeverbrauch)		

Personal- und Sachkosten des kleinen Bauunterhalts sowie der Reinigung erfolgt in den eigenen Räumlichkeiten jeweils in eigener Verantwortlichkeit. Der kleine Bauunterhalt ist auf einen Gesamtbetrag von 1.000,- € (brutto) jährlich begrenzt. Kosten für die Beschaffung von Verschleißgegenständen sowie Wartungskosten tragen die jeweiligen Raumnutzer selbst.

§ 7 Pflichten und Aufgaben

Der Faulenzer Eggolsheim e. V. benennt für jedes Kalenderjahr eine Person, die für die im Folgenden genannten Aufgaben zuständig ist, sowie eine weitere Person als Stellvertreter bzw. Stellvertreterin. Die benannte Person ist Ansprechpartner in allen Angelegenheiten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben.

1. Die Inhalte und Auflagen der Betriebsbeschreibung sowie der erteilten Baugenehmigung sind dem Faulenzer Eggolsheim e.V. bekannt. Er verpflichtet sich, im Rahmen seiner Nutzungsberechtigung, die Einhaltung der Auflagen und Bestimmungen zu gewährleisten. Wiederholte Verstöße gelten als wichtiger Grund im Sinne von § 9 dieser Vereinbarung.
2. Der Faulenzer Eggolsheim e.V. ist verpflichtet, die überlassenen Räumlichkeiten, Anlagen und Geräte sowie Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände pfleglich zu behandeln, so dass Schäden und Abnutzungen über das Maß des üblichen hinaus vermieden werden. Er hat auch für die Schäden einzustehen, die von Besuchern der Veranstaltung verursacht werden, gleichgültig, ob diese zum Veranstaltungsbesuch berechtigt sind oder nicht. Es wird der Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung empfohlen.
3. Die Einholung einer Gaststättengestattung und deren Aufлагenerfüllung liegt im Verantwortungsbereich des Faulenzer Eggolsheim e.V.
4. Die Reinigung und Pflege der Gemeinschaftsbereiche sowie des Gruppenraumes im 1. OG liegt in der Verantwortung des Marktes Eggolsheim. Die Reinigung der Räumlichkeiten, die zur Nutzung an den Faulenzer Eggolsheim e.V. überlassen sind, inkl. Waschraum und Büro im 1. OG, übernimmt dieser in eigener Verantwortung.
5. Der Faulenzer Eggolsheim e.V. ist für die Ordnung in den genutzten Räumlichkeiten und im direkten Umfeld des Außenbereichs verantwortlich.
6. Die Barrierefreiheit sowie der Brandschutz im Gebäude sind zu gewährleisten. Diesbezügliche Räume und Anlagen sind zur Benutzung frei zu halten bzw. ist eine Benutzung zu gewährleisten.
7. Als Lagerraum steht ausschließlich das Dachgeschoß zur Verfügung.
8. Das Anbringen von Dekorationsmaterial mit Nägeln, Haken, Krampen oder ähnlichem innerhalb der Räumlichkeiten und am Gebäude ist untersagt bzw. nur nach vorheriger Absprache mit dem Markt Eggolsheim gestattet. Bei Nichtbeachtung sind die Wiederherstellungskosten zu erstatten.
9. Der jeweilige Nutzer bzw. Veranstalter meldet Veranstaltungen bei der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) der KSK (Künstlersozialkasse), etc. an und führt die Gebühren oder Beiträge direkt ab.

Im Falle des Verstoßes gegen die o.g. Auflagen und Pflichten ist der Markt Eggolsheim berechtigt, vom Faulenzer Eggolsheim e.V. ein Ordnungsgeld in Höhe von jeweils bis zu 100,- € zu erheben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, bestimmte Räumlichkeiten vorübergehend für den Betrieb zu sperren.

§ 8 Inventar

Einrichtungsgegenstände, die vom Faulenzer Eggolsheim e.V. angeschafft wurden und im Dorftreff zur Verwendung kommen, verbleiben in dessen Eigentum. Sie werden in einer Inventarliste erfasst, die Anlage dieser Vereinbarung ist.

§ 9 Dauer und Kündigung der Nutzungsvereinbarung

Die Nutzungsvereinbarung wird auf die Dauer von 25 Jahren geschlossen. Sie beginnt am 01.01.2019. Die Nutzungsvereinbarung kann anschließend mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden.

Unabhängig davon kann die Vereinbarung von den Vertragsparteien gelöst werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

1. eine Vertragspartei ihre Pflichten aus diesem Vertrag trotz Abmahnung nicht erfüllt;
2. einer Vertragspartei ein weiteres Festhalten an diesem Vertrag nicht länger zugemutet werden kann.
3. dem nutzungsberechtigten Verein „Faulenzer Eggolsheim e.V.“ die Anerkennung der Gemeinnützigkeit entzogen bzw. nicht gewährt wird. Ein Verlust der Gemeinnützigkeit ist dem Markt Eggolsheim unverzüglich mitzuteilen.

Bei einer Kündigung aus wichtigem Grund ist eine Kündigungsfrist von drei Monaten einzuhalten. Darüber hinaus ist der vertragsschließende Verein zur außerordentlichen Kündigung mit einer Frist von einem Monat berechtigt, wenn dieser aufgelöst wird.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 10 Schriftform

Andere als die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen bestehen nicht. Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für diese Schriftformklausel.

§11 Schiedsverfahren

Bei unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieser Vereinbarung entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde des Marktes Eggolsheim (Landratsamt Forchheim) als Schiedsstelle.

§ 12 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt.

Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Eggolsheim, den _____

Claus Schwarzmann
1. Bürgermeister
Markt Eggolsheim

Max Hofmann
1. Vorsitzender
Faulenzer Eggolsheim e.V.

Anlagen:

- Raumnutzungsplan
- Flächenaufteilung
- Inventarliste

Für den Marktgemeinderat besteht die Möglichkeit zur Diskussion, Fragestellung und ggf. Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem im Sachverhalt erläuterten Entwurf einer Nutzungsvereinbarung für den Dorftreff Eggolsheim mit dem Faulenzer Eggolsheim e.V. zu. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt die Vereinbarung zu schließen. Die Regelungen der Nutzungsvereinbarung sowie deren Einhaltung sollen nach einem Jahr Betrieb, spätestens jedoch bis Ende 2019 erneut geprüft und ggf. angepasst werden.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

14. Wünsche und Anfragen

14.1 Fortführung Projekt Regnitz-Radweg 2019-2021

Ein Weg, zwei Varianten und ein einzigartiger Fluss - mit diesem Aufmacher werben Internetseite und Broschüre für den RegnitzRadweg zwischen Nürnberg und Bischberg bei Bamberg. Auch für den Weg zur Arbeit, für Ausflüge und die Radwegevernetzung sind Kanal- und Talroute dieser zentralen Radroute in der Metropolregion Nürnberg enorm wichtig.

Der Flussparadies Franken e.V. ist auf die am RegnitzRadweg liegenden Kommunen zugegangen und bittet darum, die bisher so erfolgreiche Zusammenarbeit über das Jahr 2018 hinaus mit einem überschaubaren finanziellen Beitrag zu unterstützen. Durch die Geschäftsführerin des Flussparadieses Franken e.V. liegt das Projektmanagement dafür in sehr guten Händen. Der

Tourismusverband Franken soll wieder für ein professionelles Marketing mit überregionaler Reichweite als Partner gewonnen werden.

Mit dem gemeinsamen Budget in Höhe von gut 69.000 Euro (brutto) für 3 Jahre sollen folgende Dinge finanziert werden:

- Die Internetseite www.regnitzradweg.de wird im Gesamtangebot des Tourismusverbandes Franken aktualisiert und die Social Media Kanäle betreut (ca. 8.000,- €)
- Die Broschüre 2019/2020 soll aktualisiert und nachgedruckt werden (ca. 21.000,- €)
- Der RegnitzRadweg soll auf Messen und Veranstaltungen sowie über Anzeigen und verschiedene Medienkanäle überregional präsentiert werden (ca. 8.000,- €)
- Produktion von touristischen Fotos und Videos (ca. 12.000,- €)
- Regelmäßige Qualitätsprüfung hinsichtlich Beschilderung und Wegezustand (ca. 3.500,- €)
- innovative Maßnahmen am Radweg (ca. 12.000,- €)
- die Beteiligung am bayernweiten Projekt „Erlebnis Kanal“ (Mitfinanzierung i.H.v. ca. 4.500,- €)

Sollten sich alle Kommunen beteiligen, soll die Finanzierung wie folgt aufgeteilt werden:

Landkreise und kreisfreie Städte: 4.650 € (1.550 €/Jahr)

(Stadt Erlangen, Lkr. Erlangen-Höchstädt, Lkr. Forchheim, Stadt und Lkr. Bamberg, Stadt Nürnberg und Stadt Fürth)

Kommunen über 7.000 EW 3.450 € (1.150 €/Jahr)

(Baierndorf, Forchheim, Hirschaid, Strullendorf)

Kommunen bis 7.000 EW 2.250 € (850 €/Jahr)

(Altendorf, Bischberg, Bubenreuth, Buttenheim, Eggolsheim, Hausen, Hallerndorf, Möhrendorf, Pettstadt)

Beschluss:

Der Marktgemeinderat befürwortet die Weiterführung des Projektes RegnitzRadweg bis 2021. Der entsprechende Finanzierungsanteil für das Gesamtbudget in Höhe von 2.250 € wird freigegeben.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0 Anwesend 20

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann um 21:10 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Claus Schwarzmann
Erster Bürgermeister

Stefan Loch
Schriftführung